

**No. 35486**

---

**Germany  
and  
Denmark**

**Convention between the Federal Republic of Germany and the Kingdom of Denmark for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income, capital, estates, inheritances and donations and for mutual assistance in taxation matters (German-Danish Tax Agreement) (with annex and protocol). Bonn, 22 November 1995**

**Entry into force:** *25 December 1996 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 49*

**Authentic texts:** *German and Danish*

**Registration with the Secretariat of the United Nations:** *Germany, 22 February 1999*

---

**Allemagne  
et  
Danemark**

**Convention entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume du Danemark tendant à éviter la double impositions en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune ainsi que sur les successions et les donations et concernant l'assistance mutuelle en matière d'imposition fiscale (Convention fiscale germano-danoise) (avec annexe et protocole). Bonn, 22 novembre 1995**

**Entrée en vigueur :** *25 décembre 1996 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 49*

**Textes authentiques :** *allemand et danois*

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies :** *Allemagne, 22 février 1999*

[ GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND ]

**ABKOMMEN  
ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND  
UND DEM KÖNIGREICH DÄNEMARK  
ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEuerung  
BEI DEN STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN  
SOWIE BEI DEN NACHLAB-, ERBSCHAFT- UND SCHENKUNGSTEUERN  
UND ZUR BEISTANDSLEISTUNG IN STEUERSACHEN  
(DEUTSCH-DÄNISCHES STEUERABKOMMEN)**

Die Bundesrepublik Deutschland  
und  
das Königreich Dänemark -

von dem Wunsch geleitet, durch ein neues Abkommen, das den heutigen Beziehungen zwischen beiden Staaten und den Entwicklungen im Steuerrecht Rechnung trägt, die Doppelbesteuerung zu vermeiden und sich gegenseitig Beistand in Steuersachen zu leisten -

sind wie folgt übereingekommen:

**Abschnitt I**

**Allgemeine Bestimmungen**

**Artikel 1**

**Ziel des Abkommens**

Die Vertragsstaaten wirken nach diesem Abkommen zusammen, um die Doppelbesteuerung zu vermeiden und die Steuererhebung zu sichern. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich hierzu in geeigneten Zeitabständen über Änderungen in ihren Steuergesetzen informieren und beraten, wie die genannten Ziele zu erreichen sind. Die zuständigen Behörden können im Rahmen dieses Abkommens unmittelbar miteinander verkehren.

**Artikel 2**

**Geltungsbereich des Abkommens**

(1) Dieses Abkommen gilt ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung für folgende Steuern, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden:

- a) Abschnitt II für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen; als solche gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder

des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs;

- b) Abschnitt III für Nachlaß- und Erbschaftsteuern sowie Schenkungsteuern: als solche gelten die Steuern, die
  - aa) von Todes wegen als Nachlaßsteuern, Erbanfallsteuern, Abgaben vom Vermögensübergang oder Steuern von Schenkungen auf den Todesfall erhoben werden, oder
  - bb) auf Übertragungen unter Lebenden nur deshalb erhoben werden, weil die Übertragungen unentgeltlich oder gegen ein zu geringes Entgelt vorgenommen werden;
- c) Abschnitt IV für Steuern jeder Art und Bezeichnung, soweit der Zusammenhang nichts anderes erfordert; ausgenommen sind jedoch Zölle, Monopolabgaben und Verbrauchsteuern; Mehrwertsteuern und Luxussteuern gelten nicht als Verbrauchsteuern im Sinne dieses Abschnitts.

(2) Die zur Zeit bestehenden Steuern, für die die Abschnitte des Abkommens gelten, sind in der Anlage zu diesem Abkommen aufgeführt.

(3) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden.

(4) In diesem Abkommen gelten

- a) der Abschnitt II für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind;
- b) der Abschnitt III für
  - aa) Nachlässe und Erbschaften, wenn der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig war, und
  - bb) Schenkungen, wenn der Schenker im Zeitpunkt der Schenkung in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig war;
- c) der Abschnitt IV für alle Personen, gleichgültig, ob sie in einem Vertragsstaat oder einem anderen Staat ansässig sind oder ob sie Staatsangehörige eines Vertragsstaats oder eines anderen Staates sind.

### Artikel 3

#### Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert:

- a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“, je nach dem Zusammenhang, die Bundesrepublik Deutschland oder das Königreich Dänemark, und der Ausdruck „Staaten“ die Bundesrepublik Deutschland oder das Königreich Dänemark;
- b) bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland“ das Gebiet, in dem das Steuerrecht der Bundesrepublik Deutschland gilt, sowie die an das Küstenmeer der Bundesrepublik Deutschland grenzenden Gebiete des Meeresgrunds und Meeresuntergrunds und der darüberliegenden Gewässer, soweit die Bundesrepublik Deutschland dort zur Erforschung und zur Ausbeutung der Naturschätze in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht souveräne Rechte und die Hoheitsgewalt ausübt;
- c) bedeutet der Ausdruck „Dänemark“ das Königreich Dänemark einschließlich der Gebiete außerhalb des dänischen Küstenmeers, die in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht nach dänischem Recht als Gebiete ausgewiesen oder gegebenenfalls künftig noch ausgewiesen werden, in denen Dänemark zur Erforschung und zur Ausbeutung der Naturschätze des Meeresgrunds und Meeresuntergrunds und der darüberlie-

genden Gewässer und bezüglich anderer Tätigkeiten zur wirtschaftlichen Erforschung und Ausbeutung des betroffenen Gebiets souveräne Rechte ausüben kann; der Ausdruck umfaßt nicht die Färöer und Grönland;

- d) umfaßt der Ausdruck „Person“ natürliche Personen und Gesellschaften;
- e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die jeweilige Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- f) hat der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Minervorkommen, Quellen und anderen Naturschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen;
- g) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- h) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
- i) umfaßt der Ausdruck „Vermögen, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person ist“ alle Vermögenswerte, deren Übergang oder Übertragung einer unter Abschnitt III des Abkommens fallenden Steuer unterliegt;
- j) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
  - aa) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;
  - bb) in bezug auf Dänemark alle natürlichen Personen, die die dänische Staatsangehörigkeit besitzen, und alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in Dänemark geltenden Recht errichtet worden sind;
- k) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
  - aa) auf seiten der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die Behörde, an die es seine Befugnisse delegiert hat;
  - bb) auf seiten Dänemarks der Minister für die Besteuerung oder seinen bevollmächtigten Vertreter.

(2) Bei Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt.

#### Artikel 4

##### Ansässige Personen

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“

- a) für Zwecke der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfaßt jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist;
  - b) für Zwecke der Nachlaß-, Erbschaft- und Schenkungsteuern eine Person, die mit einem Nachlaß oder einer Schenkung nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfaßt jedoch nicht eine Person, deren Nachlaß oder Schenkung in diesem Staat nur mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.
- (2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

#### Artikel 5

##### Betriebsstätte

- (1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.
- (2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfaßt insbesondere:
- a) einen Ort der Leitung,
  - b) eine Zweigniederlassung,
  - c) eine Geschäftsstelle,
  - d) eine Fabrikationsstätte,
  - e) eine Werkstätte und
  - f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.
- (3) Eine Beausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.
- (4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:
- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;

- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben e bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, daß die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person, mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6, für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 für Zwecke des Abschnitts II so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen würden.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

## Abschnitt II

### Besteuerung des Einkommens und Vermögens

#### Artikel 6

##### Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

#### **Artikel 7**

##### **Unternehmensgewinne**

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Staat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, daß dieser Vertragsstaat die zu besteuenden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muß jedoch derart sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

#### **Artikel 8**

##### **Schifffahrt, Binnenschifffahrt und Luftfahrt**

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet. Zu diesen Gewinnen gehören auch Einkünfte des Unternehmens aus der Benutzung, Unterhaltung oder Vermietung von Containern (einschließlich Trailerschiffen, Leichtern und ähnlichem Gerät für die Beförderung von Containern), die für die Beförderung von Gütern oder Waren im internationalen Verkehr benutzt werden, wenn diese Einkünfte den im vorhergehenden Satz genannten Gewinnen zugerechnet werden können.

(2) Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(3) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der See- oder Binnenschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem

der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(4) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

(5) Im Zusammenhang mit Gewinnen des dänischen, norwegischen und schwedischen Lufttransportkonsortiums Scandinavian Airlines System (SAS) gelten die Absätze 1 und 4 nur für den Teil der Gewinne, der der Beteiligung der Det Danske Luftfartsselskab (DDL), des dänischen Gesellschafters des Scandinavian Airlines System (SAS), an dem Konsortium entspricht.

#### Artikel 9

##### Verbundene Unternehmen

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet, und entsprechend besteuert, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich mit Einverständnis des anderen Vertragsstaats bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor, soweit dies zur Vermeidung der Doppelbesteuerung erforderlich ist. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

#### Artikel 10

##### Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist, 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen. Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 darf die Steuer 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine Gesellschaft ist, der unmittelbar mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die



Dividenden zahlenden Gesellschaft gehört. Dieser Absatz berührt nicht eine günstigere Behandlung der Dividenden aufgrund der Richtlinie Nr. 90/435/EWG des Rates über das gemeinsame Steuersystem der Mutter- und Tochtergesellschaften verschiedener Mitgliedstaaten vom 23. Juli 1990 (ABl. EG Nr. L 225 S. 6).

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genußrechten oder Genußscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Einkünften, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind. Der Ausdruck „Dividenden“ umfaßt in der Bundesrepublik Deutschland auch Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter, Einkünfte aus partiarischen Darlehen, Gewinnobligationen und ähnliche gewinnabhängige Vergütungen sowie Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

(5) Abweichend von den Absätzen 2 und 3 können Einkünfte aus Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder aus partiarischen Darlehen und Gewinnobligationen) in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, und nach dem Recht dieses Staates besteuert werden, wenn sie dort bei der Ermittlung des Gewinns des Schuldners abzugsfähig sind. Die Steuer darf aber 25 vom Hundert des Bruttobetrags der Einkünfte nicht übersteigen.

(6) Die Absätze 1, 2 und 5 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(7) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, daß diese Dividenden an eine in diesem anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder daß die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer in diesem anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

#### Artikel 11

##### Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels. Der Ausdruck „Zinsen“ umfaßt jedoch nicht die in Artikel 10 behandelten Einkünfte.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch

eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigt der als Zinsen gezahlte Betrag, aus welchen Gründen auch immer, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen als Zins vereinbart hätten, so gilt dieser Artikel für den übersteigenden Zinsbetrag nicht. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

#### Artikel 12

##### Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, Filme oder Videoband-Aufnahmen für das Fernsehen oder Bandaufnahmen für den Rundfunk, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so gilt dieser Artikel für den übersteigenden Betrag nicht. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

#### Artikel 13

##### Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können in diesem anderen Staat besteuert werden. Gewinne aus der Veräußerung von Aktien, Rechten oder Beteiligungen an einer Gesellschaft, einer anderen juristischen Person oder einer Personengesellschaft, deren Vermögen hauptsächlich aus in einem Vertragsstaat gelegenen unbeweglichem Vermögen oder Rechten daran oder aus Anteilen an einer Gesellschaft, deren Vermögen hauptsächlich aus diesem in einem Vertragsstaat gelegenen unbeweglichem Vermögen oder Rechten daran besteht, können in dem Staat besteuert werden, in dem das unbewegliche Vermögen gelegen ist.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet. Artikel 8 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden.

Im Zusammenhang mit Gewinnen des dänischen, norwegischen und schwedischen Lufttransportkonsortiums Scandinavian Airlines System (SAS) gilt dieser Absatz nur für den Teil der Gewinne, der der Beteiligung der Det Danske Luftfartsselskap (DDL), des dänischen Gesellschafters des Scandinavian Airlines System (SAS), an dem Konsortium entspricht.

(4) Einkünfte oder Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 3 nicht genannten Vermögens können nur in dem Staat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

(5) Bei einer natürlichen Person, die in einem Vertragsstaat mindestens fünf Jahre ansässig war und im anderen Vertragsstaat ansässig geworden ist, berührt Absatz 4 nicht das Recht des erstgenannten Staates, nach seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften bei der Person den Vermögenszuwachs hinsichtlich von Anteilen bis zu ihrem Wohnsitzwechsel zu besteuern. Wird bei späterer Veräußerung der Aktien der daraus erzielte Gewinn in dem anderen Vertragsstaat nach Absatz 4 besteuert, so läßt der andere Staat den Betrag, der der im erstgenannten Staat gezahlten Einkommensteuer entspricht, zum Abzug von der Steuer von diesem Einkommen zu. Der Abzug darf aber den Teil der vor dem Abzug ermittelten Einkommensteuer nicht übersteigen, der auf das Einkommen entfällt, das im erstgenannten Staat nach dem ersten Satz dieses Absatzes besteuert werden kann.

#### Artikel 14

##### Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so können die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

#### Artikel 15

##### Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18, 19 und 20 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) die unselbständige Arbeit im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahrs ausgeübt wird und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs, das im internationalen Verkehr betrieben wird, oder an Bord eines Schiffes, das der Binnenschifffahrt dient, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet. Wenn eine in Dänemark ansässige Person Vergütungen für unselbständige Arbeit bezieht, die an Bord eines Luftfahrzeugs ausgeübt wird, das im internationalen Verkehr von dem Konsortium Scandinavian Airlines System (SAS) betrieben wird, können diese Vergütungen nur in Dänemark besteuert werden.

(4) Die Bestimmungen des Absatzes 2 finden keine Anwendung auf Vergütungen für Arbeit im Rahmen gewerbsmäßiger Arbeitnehmerüberlassung. Die zuständigen Behörden treffen nach Artikel 43 die Vereinbarungen, die notwendig sind, um eine doppelte Erhebung von Abzugsteuern zu vermeiden und die Steueransprüche der beiden Vertragsstaaten zu sichern.

#### Artikel 16

##### Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen

(1) Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person oder mehrere solche Personen in ihrer Eigenschaft als nach dem Handelsrecht verantwortliche Leiter einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft beziehen, können im anderen Staat besteuert werden.

#### Artikel 17

##### Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließende Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Tätigkeiten von Künstlern und Sportlern, wenn der Aufenthalt in einem Vertragsstaat ganz oder in wesentlichem Umfang unmittelbar oder mittelbar aus öffentlichen Kassen des anderen Vertragsstaats unterstützt wird.

**Artikel 18**

**Ruhegehälter und ähnliche Zahlungen**

(1) Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Leistungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aufgrund des Sozialversicherungsrechts des anderen Vertragsstaats erhält, nur in diesem anderen Staat besteuert werden.

(3) Ruhegehälter und andere wiederkehrende oder einmalige Zahlungen, die ein Vertragsstaat oder eine andere juristische Person des öffentlichen oder privaten Rechts dieses Staates als Vergütung für einen Schaden leistet, der als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung entstanden ist, können nur in diesem Staat besteuert werden.

(4) Im Fall einer natürlichen Person, die in einem Vertragsstaat ansässig war und die im anderen Vertragsstaat ansässig geworden ist, berührt Absatz 1 oder Artikel 21 nicht das Recht des erstgenannten Staates, nach seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften die Ruhegehälter, ähnliche Vergütungen und Renten zu besteuern, die der natürlichen Person aus dem erstgenannten Staat zufließen, es sei denn, diese Person ist im anderen Staat vor Inkrafttreten des Abkommens ansässig geworden.

(5) Der Ausdruck „Renten“ bedeutet bestimmte Beträge, die regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten lebenslanglich oder während eines bestimmten oder bestimmbarer Zeitabschnitts aufgrund einer Verpflichtung zahlbar sind, die diese Zahlungen als angemessene Gegenleistung für in Geld oder Geldeswert bewirkte Leistungen vorsieht.

(6) Unterhaltszahlungen oder ähnliche Leistungen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können nur im anderen Staat besteuert werden. Bei der Festsetzung des steuerpflichtigen Einkommens einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen natürlichen Person wird in bezug auf Unterhaltszahlungen oder ähnliche Leistungen, die an eine in Dänemark ansässige natürliche Person erbracht werden, der Betrag berücksichtigt, der berücksichtigt würde, wenn die letztgenannte Person in der Bundesrepublik Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig wäre.

**Artikel 19**

**Zahlungen aus öffentlichen Kassen**

(1) Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts eines der beiden Staaten an eine natürliche Person für geleistete Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden. Diese Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden, die natürliche Person in diesem Staat ansässig und nicht ein Staatsangehöriger des erstgenannten Staates ist und der erstgenannte Staat von dem ihm nach Satz 1 zustehenden Besteuerungsrecht nach seiner Gesetzgebung keinen Gebrauch machen kann.

(2) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts eines der beiden Staaten an eine natürliche Person für frühere Dienstleistungen gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

(3) Auf Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts eines der Staaten erbracht werden, sind die Artikel 15, 16 und 18 anzuwenden.

(4) Absatz 1 und, soweit Buchstabe a betroffen ist, die Absätze 1 und 2 gelten auch für Zahlungen, die geleistet werden

- a) im Fall der Bundesrepublik Deutschland von der Deutschen Post AG, der Deutschen Postbank AG, der Deutschen Telekom AG und der Deutschen Bundesbahn AG an Beamte sowie von der Deutschen Bundesbank und im Falle Dänemarks von „Post og Telegrafvaesenel“, „De Danske Statsbaner“ und „Danmarks Nationalbank“;
- b) von oder für das deutsche Goethe-Institut, das Dänische Kulturinstitut („Det Danske Kulturinstitut“) sowie andere ähnliche oder vergleichbare Institutionen, die von den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bestimmt werden, und die für Dienstleistungen an diese Institutionen erbracht werden;
- c) aus öffentlichen Kassen eines Vertragsstaats als Ausgleich an vorübergehend im anderen Vertragsstaat beschäftigte Lehrkräfte, und für solche Zahlungen, die aus öffentlichen Kassen unmittelbar oder mittelbar von Institutionen geleistet werden, die von den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bestimmt werden.

Unterliegen diese Zahlungen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nicht der Besteuerung, so gilt Artikel 15.

#### **Artikel 20**

##### **Studenten**

Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

#### **Artikel 21**

##### **Andere Einkünfte**

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe f nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

#### **Artikel 22**

##### **Vermögen**

(1) Unbewegliches Vermögen, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Staat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und Schiffe, die der Binnenschifffahrt dienen, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser

Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet. Artikel 8 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden. Im Zusammenhang mit dem Vermögen des dänischen, norwegischen und schwedischen Lufttransportkonsortiums Scandinavian Airlines System (SAS) gilt dieser Absatz nur für den Teil des Vermögens, der der Beteiligung der Det Danske Luftfartselskab (DDL), des dänischen Gesellschafters des Scandinavian Airlines System (SAS), an dem Konsortium entspricht.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

#### Artikel 23

##### **Tätigkeiten im Zusammenhang mit vorbereitenden Untersuchungen und der Erforschung von Kohlenwasserstoffvorkommen sowie der Förderung von Kohlenwasserstoffen**

(1) Ungeachtet der Bestimmungen der Artikel 5 und 14 wird eine in einem Vertragsstaat ansässige Person, die Tätigkeiten im Zusammenhang mit vorbereitenden Untersuchungen und der Erforschung von Kohlenwasserstoffvorkommen sowie der Förderung von Kohlenwasserstoffen im anderen Vertragsstaat ausübt, so behandelt, als übe sie in diesem Zusammenhang eine gewerbliche Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder feste Einrichtung aus.

(2) Absatz 1 gilt nicht, wenn die Tätigkeiten für einen Zeitraum von insgesamt höchstens 30 Tagen innerhalb einer Zeitspanne von 12 Monaten ausgeübt werden. Für die Zwecke dieses Absatzes gelten jedoch Tätigkeiten, die von einem Unternehmen ausgeübt werden, das mit einem anderen Unternehmen im Sinne von Artikel 9 verbunden ist, als von dem Unternehmen ausgeübt, mit dem es verbunden ist, wenn die betroffenen Tätigkeiten im wesentlichen die gleichen sind wie diejenigen, die von dem letztgenannten Unternehmen ausgeübt werden.

(3) Ungeachtet der Bestimmungen der Absätze 1 und 2 gelten die Offshore-Tätigkeiten einer Bohrinselfür nur dann als Betriebsstätte, wenn die Tätigkeiten für einen Zeitraum von insgesamt mehr als 365 Tagen innerhalb einer Zeitspanne von 18 Monaten ausgeübt werden. Für die Zwecke dieses Absatzes gelten jedoch Tätigkeiten, die von einem Unternehmen ausgeübt werden, das mit einem anderen Unternehmen im Sinne des Artikels 9 verbunden ist, als von dem Unternehmen ausgeübt, mit dem es verbunden ist, wenn die betroffenen Tätigkeiten im wesentlichen die gleichen sind wie diejenigen, die von dem letztgenannten Unternehmen ausgeübt werden.

(4) Ungeachtet der Bestimmungen der Absätze 1 und 2 können Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Beförderung von Vorräten oder Personal mit Seeschiffen oder Luftfahrzeugen an einen Ort, an dem Offshore-Tätigkeiten im Zusammenhang mit vorbereitenden Untersuchungen und der Erforschung von Kohlenwasserstoffvorkommen sowie der Förderung von Kohlenwasserstoffen im anderen Vertragsstaat ausgeübt werden, oder aus dem Betrieb von Schleppern und ähnlichen Schiffen im Zusammenhang mit diesen Tätigkeiten bezieht, nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(5) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus unselbständiger Arbeit an Bord eines Schiffes oder Luftfahrzeugs nach Absatz 4 bezieht, werden in Übereinstimmung mit Artikel 15 Absatz 3 besteuert.

(6) Ungeachtet der Bestimmungen des Artikels 13 ist ein Veräußerungsgewinn, der einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person im Zusammenhang mit Bohrinselfür, die für die in Absatz 3 erwähnten Tätigkeiten benutzt werden, zugerechnet wird, wenn die Bohrinselfür-Tätigkeiten im anderen Vertragsstaat nicht mehr besteuert werden, von der Steuer im anderen Staat befreit. Für die

Zwecke dieses Absatzes bedeutet der Ausdruck „Veräußerungsgewinn“ den Betrag, um den der Marktwert den um in Anspruch genommene Abschreibungen erhöhten Restwert im Zeitpunkt der Übertragung übersteigt.

#### Artikel 24

##### Verminderung der Doppelbesteuerung

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Soweit nicht Buchstabe b anzuwenden ist, werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer die Einkünfte aus Dänemark sowie die in Dänemark gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in Dänemark besteuert werden können. Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen.

Auf Dividenden sind die vorstehenden Bestimmungen nur dann anzuwenden, wenn die Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft von einer in Dänemark ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört.

Für die Zwecke der Steuern vom Vermögen werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Dividenden, falls solche gezahlt werden, nach dem vorhergehenden Satz von der Steuerbemessungsgrundlage auszunehmen wären.

- b) Auf die deutsche Steuer vom Einkommen wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die dänische Steuer angerechnet, die nach den Rechtsvorschriften und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen von den nachstehenden Einkünften gezahlt worden ist:

aa) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;

bb) Einkünfte, die in Dänemark nach den Artikeln 13 Absatz 1 Satz 2, 15 Absatz 4, 16, 17, 18 Absatz 4 und 23 besteuert werden können.

- c) Verwendet eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft Einkünfte aus Quellen innerhalb Dänemarks zur Ausschüttung, so schließen die Buchstaben a und b die Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach den Vorschriften des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland nicht aus.

(2) Die Doppelbesteuerung wird in Dänemark vermieden:

- a) Vorbehaltlich des Buchstabens f läßt Dänemark in den Fällen, in denen eine in Dänemark ansässige Person Einkünfte bezieht oder Vermögenswerte besitzt, die nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können,

aa) zum Abzug von der Steuer vom Einkommen dieser Person einen Betrag zu, der der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Steuer vom Einkommen (einschließlich einer etwaigen Gewerbeertragsteuer) entspricht;

bb) zum Abzug von der Steuer vom Vermögen dieser Person einen Betrag zu, der der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Vermögensteuer (einschließlich einer etwaigen Gewerbekapitalsteuer) entspricht.

- b) Der Abzug darf aber in keinem Fall den Teil der vor dem Abzug ermittelten Einkommensteuer oder Vermögensteuer übersteigen, der auf das Einkommen oder das Vermögen entfällt, das in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden kann.

- c) Vorbehaltlich des Buchstabens d sind Dividenden, die von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesell-



schaft an eine in Dänemark ansässige Gesellschaft gezahlt werden, der unmittelbar oder mittelbar mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft gehören, von der dänischen Steuer befreit.

- d) Buchstabe c gilt nur insoweit, als
- aa) der Gewinn, aus dem die Dividenden gezahlt werden, mit der allgemeinen Körperschaftsteuer in der Bundesrepublik Deutschland oder mit einer der dänischen Steuer vergleichbaren Steuer in der Bundesrepublik Deutschland oder in einem anderen Staat belegt worden ist; oder
  - bb) es sich bei den Dividenden, die von der in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, um Dividenden handelt, die für Anteile oder sonstige Rechte an einer in einem dritten Staat ansässigen Gesellschaft bezogen werden und die von der dänischen Steuer befreit gewesen wären, wenn die Anteile oder Rechte unmittelbar von der in Dänemark ansässigen Gesellschaft gehalten worden wären.
- e) Bei Dividenden, die von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesellschaft an eine in Dänemark ansässige Gesellschaft gezahlt werden, der unmittelbar oder mittelbar mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft gehören, wird, wenn die Dividenden nicht nach Buchstabe c von der dänischen Steuer befreit sind, bei der Anrechnung die deutsche Steuer einschließlich des auf den Ertrag entfallenden Anteils der Gewerbesteuer berücksichtigt, die von der die Dividenden zahlenden Gesellschaft auf den Gewinn zu entrichten ist, aus dem die Dividenden gezahlt werden.
- f) Bezieht eine in Dänemark ansässige Person Einkünfte oder besitzt sie Vermögenswerte, die nach diesem Abkommen nur in der Bundesrepublik Deutschland oder dort nach Artikel 15 Absätze 1 und 3 besteuert werden können, so kann Dänemark diese Einkünfte oder Vermögenswerte in die Bemessungsgrundlage einbeziehen, läßt jedoch zum Abzug von der Einkommensteuer oder Vermögensteuer den Teil der Einkommensteuer oder Vermögensteuer zu, der auf die Einkünfte aus der Bundesrepublik Deutschland oder auf das dort gelegene Vermögen entfällt.
- g) Auf Einkünfte, die nach Artikel 15 Absätze 1 und 3 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, ist Buchstabe f nur anzuwenden, wenn der in Dänemark zuständigen Behörde Unterlagen darüber vorgelegt werden, daß Vorkehrungen für die Zahlung der deutschen Steuer auf diese Einkünfte getroffen worden sind.
- (3) Für die Zwecke dieses Artikels gelten Gewinne oder Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person als aus Quellen innerhalb des anderen Vertragsstaats stammend, wenn sie in Übereinstimmung mit diesem Abkommen im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

### Abschnitt III

#### Besteuerung von Nachlässen, Erbschaften und Schenkungen

##### Artikel 25

##### Besteuerungsregeln

- (1) Unbewegliches Vermögen, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person ist und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.
- (2) Bewegliches Vermögen eines Unternehmens, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person ist und

- a) Betriebsvermögen einer im anderen Vertragsstaat gelegenen Betriebsstätte darstellt, oder
- b) der Ausübung eines freien Berufs oder einer sonstigen selbständigen Tätigkeit dient und zu einer im anderen Vertragsstaat gelegenen festen Einrichtung gehört,

kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Alles andere Vermögen, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person ist, kann ohne Rücksicht auf seine Belegenheit nur in diesem Staat besteuert werden, soweit Artikel 26 nichts anderes bestimmt.

#### Artikel 26

##### Verminderung der Doppelbesteuerung

(1) Die Doppelbesteuerung wird im Falle der Bundesrepublik Deutschland wie folgt vermieden:

- a) War der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes oder der Schenker im Zeitpunkt der Schenkung in der Bundesrepublik Deutschland ansässig, so rechnet die Bundesrepublik Deutschland nach Maßgabe der Vorschriften des deutschen Rechts über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die nach ihrem Recht festgesetzte Steuer die Steuer an, die in Dänemark für das Vermögen gezahlt wird, das nach Artikel 25 Absätze 1 und 2 in Dänemark besteuert werden kann.
- b) War der Erwerber im Zeitpunkt des Todes des Erblassers oder der Schenkung in der Bundesrepublik Deutschland ansässig, so kann die Bundesrepublik Deutschland das gesamte von dieser Person erworbene Vermögen besteuern und rechnet nach Maßgabe der Vorschriften des deutschen Rechts über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die nach ihrem Recht festgesetzte Steuer die Steuer an, die in Dänemark für alles Vermögen gezahlt wird, das nicht nach Artikel 25 Absätze 1 und 2 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden kann.

(2) Die Doppelbesteuerung wird im Falle Dänemarks wie folgt vermieden:

- a) War der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes oder der Schenker im Zeitpunkt der Schenkung in Dänemark ansässig, so rechnet Dänemark nach Maßgabe der Vorschriften des dänischen Rechts über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die nach dänischem Recht festgesetzte Steuer die Steuer an, die in der Bundesrepublik Deutschland für das Vermögen gezahlt wird, das nach Artikel 25 Absätze 1 und 2 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden kann.
- b) War der Erwerber im Zeitpunkt des Todes des Erblassers oder der Schenkung in Dänemark ansässig, so kann Dänemark das gesamte von dieser Person erworbene Vermögen besteuern und rechnet nach Maßgabe der Vorschriften des dänischen Rechts über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die nach dänischem Recht festgesetzte Steuer die Steuer an, die in der Bundesrepublik Deutschland für alles Vermögen gezahlt wird, das nicht nach Artikel 25 Absätze 1 und 2 in Dänemark besteuert werden kann.

(3) Der nach den Absätzen 1 und 2 jeweils anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten deutschen beziehungsweise dänischen Steuern nicht übersteigen, der auf das Vermögen entfällt, für das die Anrechnung zu gewähren ist.

#### Artikel 27

##### Fünf-Jahres-Regel

(1) War der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes oder der Schenker im Zeitpunkt der Ausführung der Schenkung

- a) Staatsangehöriger eines Vertragsstaats, ohne gleichzeitig Staatsangehöriger des anderen Vertragsstaats zu sein,
- b) im erstgenannten Staat nach dessen Steuerrecht unbeschränkt steuerpflichtig, und

c) war er in dem anderen Staat aufgrund des Artikels 4 Absatz 1 Buchstabe b für die Dauer von nicht mehr als fünf Jahren ansässig gewesen,

so gilt er abweichend von Artikel 4 als in dem Vertragsstaat ansässig, dessen Staatsangehöriger er war.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für einen Erben oder Beschenkten, wenn er in seiner Person im Zeitpunkt des Erbfalls oder der Schenkung die Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllt.

#### **Artikel 28**

##### **Schuldenabzug**

(1) Schulden, die durch das in Artikel 25 genannte Vermögen besonders gesichert sind, werden vom Wert dieses Vermögens abgezogen. Schulden, die zwar nicht durch das in Artikel 25 genannte Vermögen besonders gesichert sind, die aber im Zusammenhang mit dem Erwerb, der Änderung, der Instandsetzung oder der Instandhaltung solchen Vermögens entstanden sind, werden vom Wert dieses Vermögens abgezogen.

(2) Vorbehaltlich des Absatzes 1 werden Schulden, die mit einer in Artikel 25 Absatz 2 genannten Betriebsstätte oder einer in Artikel 25 Absatz 2 genannten festen Einrichtung zusammenhängen, vom Wert der Betriebsstätte beziehungsweise der festen Einrichtung abgezogen.

(3) Die anderen Schulden werden vom Wert des Vermögens abgezogen, für das Artikel 25 gilt.

(4) Übersteigt eine Schuld den Wert des Vermögens, von dem sie in einem Vertragsstaat nach den Absätzen 1 oder 2 abzuziehen ist, so wird der übersteigende Betrag vom Wert des übrigen Vermögens, das in diesem Staat besteuert werden kann, abgezogen.

(5) Verbleibt in einem Vertragsstaat nach den Abzügen, die aufgrund der Absätze 3 oder 4 vorzunehmen sind, ein Schuldenrest, so wird dieser vom Wert des Vermögens, das im anderen Vertragsstaat besteuert werden kann, abgezogen.

(6) Ist ein Vertragsstaat nach den Absätzen 1 bis 5 verpflichtet, einen höheren als nach seinem Recht vorgesehenen Schuldenabzug vorzunehmen, so gelten die genannten Absätze nur insoweit, als der andere Vertragsstaat nicht verpflichtet ist, die gleichen Schulden nach seinem innerstaatlichen Recht abzuziehen.

#### **Abschnitt IV**

##### **Beistand in Steuersachen**

#### **Artikel 29**

##### **Gegenstand des Beistands**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten leisten sich gegenseitig Beistand. Der Beistand umfasst

- a) den Informationsaustausch,
- b) die Unterstützung bei der Beitreibung, einschließlich Sicherungsmaßnahmen, und
- c) die Bekanntgabe von Schriftstücken.

(2) Der Beistand umfasst auch Feststellungen und andere Maßnahmen zugunsten des Steuerpflichtigen sowie zur Vermeidung der Doppelbesteuerung. Dies gilt insbesondere für zeitlich abgestimmte Maßnahmen der Steuerverwaltungen. Wenn Beistandsmaßnahmen zu einer Doppelbesteuerung führen können, wird die Doppelbesteuerung in gegenseitigem Einvernehmen nach Artikel 43 vermieden.

(3) Finanzgerichte der Vertragsstaaten leisten sich in bezug auf Steuern, die in ihre Zuständigkeit fallen und für die dieses Abkommen gilt, gegenseitig auf Ersuchen unter Vermittlung der dafür zuständigen Behörden nach Maßgabe dieses Abkommens Rechtshilfe.

#### **Artikel 30**

##### **Auskunft auf besonderes Ersuchen**

Auf Ersuchen der zuständigen Behörde eines Vertragsstaats erteilt die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats dem ersuchenden Staat alle Auskünfte, die für diesen Staat bei der Festsetzung und Erhebung der Steuern oder der Beitreibung und Vollstreckung steuerlicher Ansprüche oder für die Anwendung dieses Abkommens erforderlich sind.

#### **Artikel 31**

##### **Auskunft ohne besonderes Ersuchen**

(1) Die zuständige Behörde des einen Vertragsstaats übermittelt der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats in folgenden Fällen ohne vorheriges Ersuchen Informationen, die ihr bekanntgeworden sind.

- a) wenn sie Gründe für die Vermutung einer Steuerverkürzung in dem anderen Vertragsstaat hat;
- b) wenn ein Steuerpflichtiger eine Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung in einem Vertragsstaat erhält, die für ihn eine Steuererhöhung oder eine Besteuerung in dem anderen Vertragsstaat zur Folge haben müßte;
- c) bei Geschäftsbeziehungen zwischen einem Steuerpflichtigen des einen Vertragsstaats und einem Steuerpflichtigen des anderen Vertragsstaats, die über ein oder mehrere weitere Länder in einer Weise geleitet werden, die in einem der beiden oder in beiden Vertragsstaaten zur Steuerersparnis führen können;
- d) wenn sie Gründe für die Vermutung einer Steuerersparnis durch künstliche Gewinnverlagerungen innerhalb eines Konzerns hat;
- e) wenn in einem Vertragsstaat im Zusammenhang mit Auskünften, die ihm von der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats erteilt worden sind, ein Sachverhalt ermittelt worden ist, der für die Steuerfestsetzung in dem anderen Staat geeignet sein kann.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können sich auch ohne besonderes Ersuchen und unter Berücksichtigung ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Auskünfte über gleichartige Sachverhalte erteilen, die ihnen in größerer Zahl bekannt werden und für die Festsetzung und Erhebung der Steuern oder die Beitreibung und Vollstreckung steuerlicher Ansprüche von Bedeutung sein können. Voraussetzung ist, daß die zuständigen Behörden eine entsprechende Vereinbarung treffen. Die Vereinbarung ist vor Beginn der Auskunftserteilung öffentlich bekanntzumachen.

#### **Artikel 32**

##### **Widersprüchliche Informationen**

Wenn die zuständige Behörde des einen Vertragsstaats von der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats Informationen über die steuerlichen Verhältnisse einer Person erhält, die nach ihrer Auffassung zu den ihr zur Verfügung stehenden Informationen in Widerspruch stehen, unterrichtet sie davon die zuständige Behörde des anderen Staates.

#### **Artikel 33**

##### **Beitreibung steuerlicher Ansprüche**

(1) Auf Ersuchen der zuständigen Behörde des einen Vertragsstaats führt der andere Vertragsstaat vorbehaltlich des Absatzes 5 und des Artikels 34 die Beitreibung der steuerlichen Ansprüche des erstgenannten Staates durch, als handele es sich um seine eigenen steuerlichen Ansprüche.

(2) Absatz 1 gilt nur für steuerliche Ansprüche, die Gegenstand eines im ersuchenden Staat gültigen Vollstreckungstitels sind und die nicht mehr angefochten werden können.

(3) Bei steuerlichen Ansprüchen im Zusammenhang mit einem Erblasser oder seinem Nachlaß führt der ersuchte Staat die Beitreibung derartiger Ansprüche lediglich bis zur Höhe des Wertes des Nachlasses oder desjenigen Teils des Vermögens durch, der auf jeden Nachlaßbegünstigten entfällt, je nachdem, ob die Ansprüche aus dem Nachlaß oder gegenüber den Nachlaßbegünstigten zu befriedigen sind.

(4) Auf Ersuchen der zuständigen Behörde des einen Vertragsstaats trifft der andere Vertragsstaat zum Zweck der Beitreibung aller Steuerbeträge Sicherungsmaßnahmen, selbst wenn gegen die steuerlichen Ansprüche Einspruch eingelegt oder lediglich ein vorläufiger oder zu Sicherungszwecken ausgebrachter Vollstreckungstitel ausgestellt worden ist.

(5) Die steuerlichen Ansprüche, bei deren Beitreibung Unterstützung geleistet wird, genießen in dem ersuchten Vertragsstaat kein Recht auf bevorzugte Befriedigung, das für steuerliche Ansprüche dieses Staates besonders gewährt wird.

(6) Der ersuchte Vertragsstaat kann einem Zahlungsaufschub oder Ratenzahlungen zustimmen, wenn sein Recht oder seine Verwaltungspraxis dies in ähnlichen Fällen zuläßt; er unterrichtet den anderen Vertragsstaat hierüber.

#### Artikel 34

##### Verjährungsfristen

(1) Für Fragen im Zusammenhang mit Verjährungsfristen bei steuerlichen Ansprüchen ist das Recht des ersuchenden Vertragsstaats maßgebend. Der ersuchte Vertragsstaat ist nicht zur Beitreibung des Anspruchs verpflichtet, wenn der Anspruch nicht auch nach seinem eigenen Recht beigetrieben werden könnte. Das Ersuchen um Beitreibung enthält Angaben über die für die steuerlichen Ansprüche geltenden Verjährungsfristen.

(2) Beitreibungsmaßnahmen, die vom ersuchten Staat aufgrund eines Ersuchens durchgeführt werden und die nach dem Recht dieses Staates die in Absatz 1 erwähnte Verjährungsfrist hemmen oder unterbrechen würden, heben nach dem Recht des ersuchenden Staates dieselbe Wirkung. Der ersuchte Staat unterrichtet den ersuchenden Staat über die zu diesem Zweck getroffenen Maßnahmen.

#### Artikel 35

##### Bekanntgabe von Schriftstücken

(1) Jeder Vertragsstaat kann einer Person im Gebiet des anderen Vertragsstaats Schriftstücke durch die Post unmittelbar zusenden.

(2) Auf Ersuchen eines Vertragsstaats stellt der andere Vertragsstaat dem Empfänger die Schriftstücke einschließlich gerichtlicher Entscheidungen zu, die aus dem ersuchenden Staat stammen und eine unter das Abkommen fallende Steuer betreffen.

(3) Der ersuchte Staat stellt Schriftstücke zu

- a) in einer Form, die sein Recht für die Zustellung im wesentlichen ähnlicher Schriftstücke vorschreibt;
- b) soweit möglich in einer besonderen vom ersuchenden Staat gewünschten Form oder einer dieser am nächsten kommenden Form, die das Recht des ersuchten Staates vorseht.

(4) Dieses Abkommen ist nicht so auszulegen, als bewirke es die Nichtigkeit einer durch einen Vertragsstaat in Übereinstimmung mit seinen Rechtsvorschriften vorgenommenen Zustellung, wenn sie im Gegensatz zu den Bestimmungen dieses Artikels steht.

**Artikel 36**

**Inhalt und Beantwortung des Ersuchens**

- (1) Im Ersuchen sind, soweit erforderlich, anzugeben:
- a) die Behörde oder Dienststelle, von der das durch die zuständige Behörde vorgelegte Ersuchen ausgeht;
  - b) Name, Anschrift und andere sachdienliche Angaben zur Identifizierung der Person, die das Ersuchen betrifft;
  - c) bei einem Ersuchen um Auskunft die Form der Antwort, die der ersuchende Staat für seine Zwecke benötigt;
  - d) bei einem Ersuchen um Unterstützung bei der Beitreibung oder um Sicherungsmaßnahmen Art und Zusammensetzung der steuerlichen Ansprüche und die Vermögenswerte, aus denen die steuerlichen Ansprüche befriedigt werden können;
  - e) bei einem Ersuchen um Zustellung von Schriftstücken Art und Gegenstand der zuzustellenden Schriftstücke.
- (2) Dem Ersuchen nach Artikel 33 sind beizufügen:
- a) eine Erklärung, daß der Anspruch eine unter das Abkommen fallende Steuer betrifft und daß er im Falle eines Beitreibungsersuchens nicht mehr angefochten werden kann,
  - b) eine amtliche Ausfertigung des im ersuchenden Staat gültigen Vollstreckungstitels und
  - c) sonstige für die Beitreibung oder die Sicherungsmaßnahmen erforderlichen Schriftstücke.
- (3) Sobald dem ersuchenden Staat weitere Informationen im Zusammenhang mit dem Ersuchen zur Kenntnis gelangt sind, unterrichtet er den ersuchten Staat.
- (4) Wird dem Ersuchen entsprochen, so unterrichtet der ersuchte Staat den ersuchenden Staat so bald wie möglich über die getroffenen Maßnahmen und das Ergebnis.
- (5) Hat der ersuchende Staat um Auskunft in einer bestimmten Form gebeten, so soll der ersuchte Staat, sofern er dazu in der Lage ist, die Auskunft in der gewünschten Form erteilen.

**Artikel 37**

**Grenzen der Verpflichtung zum Beistand**

- (1) Das Abkommen ist, vorbehaltlich des Artikels 34, nicht so auszulegen, als verpflichte es den ersuchten Staat:
- a) Maßnahmen durchzuführen, die von seinen eigenen Gesetzen oder seiner Verwaltungspraxis oder den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis des ersuchenden Staates abweichen;
  - b) Maßnahmen durchzuführen, die nach seiner Auffassung der öffentlichen Ordnung oder den wesentlichen Interessen des Staates widersprechen;
  - c) Informationen zu erteilen, die nach seinen eigenen Gesetzen oder seiner Verwaltungspraxis oder nach den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis des ersuchenden Staates nicht beschafft werden können;
  - d) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung oder den wesentlichen Interessen des Staates widerspräche;
  - e) einem Ersuchen zu entsprechen, wenn der ersuchende Staat nicht alle in seinem eigenen Gebiet zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft hat; ausgenommen sind Fälle, in denen

die Durchführung derartiger Maßnahmen unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würde.

(2) Wird das Beistandsersuchen zurückgewiesen, so unterrichtet der ersuchte Staat den ersuchenden Staat so bald wie möglich von der Entscheidung unter Angabe der Gründe.

#### Artikel 38

##### Geheimhaltung

(1) Die Informationen, die ein Vertragsstaat nach diesem Abkommen erhalten hat, sind ebenso geheimzuhalten wie die Informationen, die dieser Staat aufgrund seines innerstaatlichen Rechts oder der in dem die Informationen erteilenden Staat geltenden Geheimhaltungsvorschriften erhalten hat, wenn diese restriktiver sind.

(2) Diese Informationen dürfen in jedem Fall nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Festsetzung, Erhebung, Beitreibung, Vollstreckung, der verwaltungsmäßigen Überprüfung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsbehelfen im Zusammenhang mit Steuern dieses Staates befaßt sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden, können sie jedoch ungeachtet des Absatzes 1 nach vorheriger Genehmigung durch die zuständige Behörde des die Informationen erteilenden Staates in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung im Zusammenhang mit diesen Steuern offenlegen.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 können Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, auch für andere Zwecke verwendet werden, wenn diese Informationen nach dem Recht des erteilenden Staates für diese anderen Zwecke verwendet werden können und die zuständige Behörde dieses Staates diese Verwendung gestattet. Die von einem Vertragsstaat dem anderen Vertragsstaat erteilten Informationen können von diesem nach vorheriger Genehmigung durch die zuständige Behörde des erstgenannten Staates an einen dritten Staat übermittelt werden.

#### Artikel 39

##### Rechtsbehelf

(1) Ein Rechtsbehelf gegen die vom ersuchten Staat nach diesem Abkommen ergriffenen Maßnahmen ist nur bei den zuständigen Behörden dieses Staates einzulegen.

(2) Ein Rechtsbehelf gegen die vom ersuchenden Staat nach diesem Abkommen ergriffenen Maßnahmen, insbesondere bei der Beitreibung, der das Bestehen oder die Höhe des Steueranspruchs oder den Vollstreckungstitel betrifft, ist nur bei den zuständigen Stellen dieses Staates einzulegen. Der ersuchende Staat unterrichtet den ersuchten Staat unverzüglich davon, daß ein Rechtsbehelf eingelegt worden ist. Nach Eingang der Mitteilung setzt der ersuchte Staat das Beitreibungsverfahren aus, bis die Entscheidung der zuständigen Stelle vorliegt. Der ersuchte Staat kann jedoch, wenn er vom ersuchenden Staat darum gebeten wird, Sicherungsmaßnahmen zur Gewährleistung der Beitreibung treffen. Jeder Beteiligte kann dem ersuchten Staat ebenfalls mitteilen, wenn ein Rechtsbehelf eingelegt worden ist. Nach Eingang der Mitteilung konsultiert der ersuchte Staat in dieser Angelegenheit gegebenenfalls den ersuchenden Staat.

(3) Sobald eine Entscheidung zu dem Rechtsbehelf ergangen ist, unterrichtet der ersuchende oder der ersuchte Staat den anderen Staat über die Entscheidung und ihre Auswirkungen auf das Beistandsersuchen.

**Artikel 40**

**Kosten**

Die üblichen bei der Beistandsgewährung entstehenden Kosten gehen zu Lasten des ersuchten Staates. Außergewöhnliche Kosten gehen zu Lasten des ersuchenden Staates.

**Abschnitt V**

**Schutz des Steuerpflichtigen  
und Verständigung**

**Artikel 41**

**Verbot der Diskriminierung**

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere aufgrund des Wohnsitzes, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 2 Absatz 4 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen zu gewähren, die er nur seinen ansässigen Personen gewährt.

(3) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 4 oder Artikel 12 Absatz 4 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Staates gegenüber einer im anderen Staat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(4) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

**Artikel 42**

**Konsultation**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens im allgemeinen oder im Einzelfall entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie



können auch gemeinsam darüber beraten, wie in Fällen, die im Abkommen nicht behandelt sind, eine Doppelbesteuerung vermieden werden kann oder wie durch eine besondere Vereinbarung Fragen geklärt werden, die im Zusammenhang mit den Steuern im Sinne des Abkommens stehen und die sich durch unterschiedliche Maßstäbe der Staaten für die Besteuerungsgrundlagen oder aus anderen Gründen ergeben. Sie können sich ferner beraten, um andere Schwierigkeiten, die sich aus Unterschieden ihrer Steuerrechte ergeben, zu mildern oder zu beseitigen, und der internationalen Steuerverkürzung und -umgehung zu begegnen.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können insbesondere Verständigungsvereinbarungen treffen, um

- a) Zweifel zu klären, für welche Steuern das Abkommen nach seinem Artikel 2 Absatz 3 gilt;
- b) festzulegen, wie die Begrenzungsbestimmungen des Abkommens, insbesondere der Artikel 10 bis 12, durchzuführen sind.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können gemeinsam über allgemeine Regelungen beraten, um auf der Grundlage des Abkommens den Anspruch der Steuerpflichtigen auf abgestimmte Anwendung des Abkommens in beiden Staaten durch gemeinsame Auslegungen oder durch besondere Verfahren zu sichern.

#### Artikel 43

##### Verständigung

(1) Ist eine Person der Auffassung, daß Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie anässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 41 Absatz 1 erfaßt wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muß innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können einander nach Artikel 42 oder nach den vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels insbesondere konsultieren, um nach Möglichkeit eine Einigung zu erreichen über

- a) eine übereinstimmende Zurechnung des Gewinns, der auf ein Unternehmen eines Vertragsstaats und auf seine im anderen Vertragsstaat gelegene Betriebsstätte entfällt;
- b) eine übereinstimmende Aufteilung der Gewinne auf verbundene Unternehmen im Sinne des Artikels 9;
- c) eine übereinstimmende Behandlung von Einkünften, die im Quellenstaat den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind und im anderen Staat anderen Einkünften zugerechnet werden;
- d) eine übereinstimmende Behandlung von Schulden bei den Steuern vom Vermögen, von Nachlässen, Erbschaften und Schenkungen.

**Artikel 44**

**Verfahren**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der Artikel 42 und 43 unmittelbar miteinander verkehren.

(2) Erscheint ein mündlicher Meinungs-austausch für die Herbeiführung der Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungs-austausch in einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten besteht.

(3) Die zuständigen Behörden können gemeinschaftlich ein unabhängiges Gremium beauftragen, eine gutachterliche Äußerung zu einer Frage abzugeben, die sie diesem Gremium vorlegen.

(4) Bezieht sich das Verfahren auf einen Einzelfall, so sind die Betroffenen zu hören.

**Abschnitt VI**

**Besondere Bestimmungen**

**Artikel 45**

**Anwendung des Abkommens in bestimmten Fällen**

(1) Der Wohnsitzstaat vermeidet die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Artikel 24 und nicht durch Steuerbefreiung nach dem genannten Artikel.

a) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte oder Vermögen unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9) und dieser Konflikt sich nicht durch ein Verfahren nach Abschnitt V regeln läßt und wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte unbesteuert blieben oder zu niedrig besteuert würden oder

b) wenn der Wohnsitzstaat nach gehöriger Konsultation und vorbehaltlich der Beschränkungen seines innerstaatlichen Rechts dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg andere Einkünfte notifiziert, auf die er diesen Absatz anzuwenden beabsichtigt. Die Notifikation wird erst am ersten Tag des Kalenderjahrs wirksam, das auf das Jahr folgt, in dem die Notifikation übermittelt wurde und alle rechtlichen Voraussetzungen nach dem innerstaatlichen Recht des notifizierenden Staates für das Wirksamwerden der Notifikation erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen ist nicht dahingehend auszulegen, daß

a) ein Steuerpflichtiger durch Mißbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten des Rechts seine steuerlichen Verpflichtungen in einem Vertragsstaat umgehen kann;

b) die Bundesrepublik Deutschland daran gehindert wird, die Beträge zu besteuern, die nach dem Vierten Teil des deutschen Außensteuergesetzes in die Einkünfte einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person einzubeziehen sind;

c) Dänemark daran gehindert wird, seine Steuern gemäß Vorschriften zu erheben, die nach Sinn und Zweck den in Buchstabe b erwähnten Vorschriften entsprechen.

Wenn die vorstehenden Bestimmungen zur Doppelbesteuerung führen, konsultieren die zuständigen Behörden einander nach Artikel 43 Absatz 3, wie die Doppelbesteuerung zu vermeiden ist.

**Artikel 46**

**Erstattung der Abzugsteuern**

(1) Werden in einem der Vertragsstaaten die Steuern von Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder sonstigen Einkünften

im Abzugsweg erhoben, so wird das Recht zur Vornahme des Steuerabzugs zu dem im innerstaatlichen Recht dieses Staates vorgesehenen Satz durch dieses Abkommen nicht berührt.

(2) Diese im Abzugsweg erhobene Steuer wird auf Antrag erstattet, soweit ihre Erhebung durch dieses Abkommen eingeschränkt wird.

(3) Die Frist für den Antrag auf Erstattung beträgt vier Jahre nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder sonstigen Einkünfte bezogen worden sind.

(4) Der Vertragsstaat, aus dem die Einkünfte stammen, kann eine amtliche Bescheinigung des Vertragsstaats, in dem der Steuerpflichtige ansässig ist, über die Erfüllung der Voraussetzungen für die unbeschränkte Steuerpflicht in diesem Staat verlangen.

(5) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten führen die vorstehenden Bestimmungen in gegenseitigem Einvernehmen gemäß Artikel 43 durch.

(6) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können in gegenseitigem Einvernehmen auch andere Verfahren zur Durchführung der in diesem Abkommen vorgesehenen Steuerermäßigungen festlegen.

#### Artikel 47

##### Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die Mitgliedern diplomatischer Missionen oder konsularischer Vertretungen und Beamten zwischenstaatlicher Organisationen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.

(2) Soweit Einkünfte oder Vermögenswerte wegen solcher Vorrechte im Empfangsstaat nicht besteuert werden, steht das Besteuerungsrecht dem Entsendestaat zu.

(3) Ungeachtet des Artikels 4 gilt eine natürliche Person, die Mitglied einer diplomatischen Mission, einer konsularischen Vertretung oder der ständigen Vertretung eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat ist, für die Zwecke des Abkommens als im Entsendestaat ansässig, wenn sie

- a) nach dem Völkerrecht im Empfangsstaat mit ihren Einkünften aus Quellen außerhalb dieses Staates oder mit ihrem außerhalb dieses Staates gelegenen Vermögen nicht zur Steuer herangezogen wird und
- b) im Entsendestaat mit ihrem gesamten Einkommen oder mit ihrem Vermögen wie in diesem Staat ansässige Personen zur Steuer herangezogen wird.

(4) Das Abkommen gilt nicht für zwischenstaatliche Organisationen, ihre Organe oder Beamten sowie nicht für Mitglieder einer diplomatischen Mission, einer konsularischen Vertretung oder der ständigen Vertretung eines dritten Staates, die sich in einem Vertragsstaat aufhalten, aber in keinem der beiden Vertragsstaaten mit ihrem Einkommen oder Vermögen wie dort ansässige Personen zur Steuer herangezogen werden.

#### Artikel 48

##### Ausdehnung des räumlichen Geltungsbereichs

(1) Dieses Abkommen kann entweder als Ganzes oder mit den erforderlichen Änderungen auf jeden Teil des Hoheitsgebiets der Vertragsstaaten ausgedehnt werden, der ausdrücklich von der Anwendung des Abkommens ausgeschlossen ist und in dem Steuern erhoben werden, die im wesentlichen den Steuern ähnlich sind, für die das Abkommen gilt. Eine solche Ausdehnung wird von dem Zeitpunkt an und mit den Änderungen und Bedingungen, einschließlich der Bedingungen für die Beendigung, wirksam, die zwischen den Vertragsstaaten durch auf diplomatischem Weg

auszutauschende Noten oder auf andere, den Verfassungen dieser Staaten entsprechende Weise vereinbart werden.

(2) Haben die beiden Vertragsstaaten nichts anderes vereinbart, so wird mit der Kündigung durch einen Vertragsstaat nach Artikel 50 die Anwendung des Abkommens in der in jenem Artikel vorgesehenen Weise auch für jeden Teil des Hoheitsgebiets der Vertragsstaaten beendet, auf den das Abkommen nach diesem Artikel ausgedehnt worden ist.

#### **Artikel 49**

##### **Inkrafttreten**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Kopenhagen ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist in beiden Staaten anzuwenden

- a) bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen auf das Steuerjahr, das mit dem Kalenderjahr übereinstimmt oder es ersetzt, das unmittelbar auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist, und auf die folgenden Einkommensjahre:
- b) bei der Nachlaß- und Erbschaftsteuer auf die Nachlässe von Personen, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs sterben, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist, und bei der Schenkungsteuer auf Schenkungen, die am oder nach dem 1. Januar des genannten Jahres ausgeführt werden;
- c) auf Beistandshandlungen, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs vorgenommen werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;
- d) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt oder gutgeschrieben werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

(3) Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das am 30. Januar 1962 in Kopenhagen unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuer und der Grundsteuern bei den Steuern, für die dieses Abkommen nach Absatz 2 gilt, außer Kraft.

#### **Artikel 50**

##### **Geltungsdauer, Kündigung**

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen in beiden Staaten nicht mehr anzuwenden

- a) bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen auf die Steuerjahre, die am 1. Januar des Kalenderjahrs, das auf das Kündigungsjahr folgt, bereits laufen oder die am oder nach dem 1. Januar des genannten Kalenderjahrs beginnen;
- b) bei der Nachlaß- und Erbschaftsteuer auf die Nachlässe von Personen, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs sterben, das auf das Kündigungsjahr folgt, und bei der Schenkungsteuer auf Schenkungen, die am oder nach dem 1. Januar des genannten Jahres ausgeführt werden;
- c) auf Beistandshandlungen, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs vorgenommen werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;

- d) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt oder gutgeschrieben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt.

Geschehen zu Bonn am 22. November 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und dänischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

**Für die Bundesrepublik Deutschland**

**Peter Hartmann  
Dr. Theo Waigel**

**Für das Königreich Dänemark**

**Marianne Jelved**

### Anlage

Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

#### 1. In der Bundesrepublik Deutschland:

##### Abschnitt II

- a) die Einkommensteuer;
- b) die Körperschaftsteuer;
- c) die Vermögensteuer;
- d) die Gewerbesteuer;
- e) die Grundsteuer;
- f) der Solidaritätszuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer;

##### Abschnitt III

die Erbschaftsteuer und Schenkungsteuer;

##### Abschnitt IV

- a) die Steuern der Abschnitte II und III;
- b) die Umsatzsteuer;
- c) die Grunderwerbsteuer;
- d) die Versicherungsteuer;
- e) die Kraftfahrzeugsteuer;
- f) die Kirchensteuern;
- g) die Getränkesteuer;
- h) die Vergnügungsteuer;
- i) die Verspätungszuschläge, Säumniszuschläge, Zinsen und Kosten;

#### 2. In Dänemark:

##### Abschnitt II

- a) die Einkommensteuer des Staates (indkomstskatten til staten);
- b) die kommunale Einkommensteuer (den kommunale indkomstskat);
- c) die Einkommensteuer der Kreise (den amtskommunale indkomstskat);
- d) die besondere Einkommensteuer (den særlige indkomstskat);
- e) die Kirchensteuer (kirkeskatten);
- f) die Dividendensteuer (udbytteskatten);

- g) die Zinssteuer  
(renteskatten);
- h) die Steuer auf Lizenzgebühren  
(royaltyskatten);
- i) die Steuern aufgrund des Gesetzes zur Besteuerung der Einkünfte aus der Gewinnung von Kohlenwasserstoffen  
(skatter i henhold til kulbrinteskatteloven);
- j) die Vermögensteuer des Staates  
(formueskatten til staten);

Abschnitt III

die Erbschaft- und Schenkungsteuer  
(afgift af arv og gave);

Abschnitt IV

- a) die Steuern der Abschnitte II und III;
- b) die Grundbesitzfreigabesteuer  
(frigørelsesafgift);
- c) die Landsteuer der Gemeinden  
(kommunal grundskyld);
- d) die Landsteuer der Kreise  
(amtskommunal grundskyld);
- e) die Kraftfahrzeugsteuer  
(registreringsafgift og vægtafgift på motorkøretøjer);
- f) Steuer auf Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeuge  
usw.  
(afgift af ansvarforsikring af motorkøretøjer);
- g) die Verspätungszuschläge, Säumniszuschläge, Zinsen  
und Kosten  
(skattelillaeg som ikke er bøder, renter og omkostninger).

## Protokoll

Die Bundesrepublik Deutschland  
und  
das Königreich Dänemark

haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den beiden Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie bei den Nachlaß-, Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Beistandsleistung in Steuersachen (deutsch-dänisches Steuerabkommen) am 22. November 1995 in Bonn zu Abschnitt IV die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

Wenn aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen:

- a) Die Verwendung der Daten durch den empfangenden Vertragsstaat ist nur zu den in Artikel 38 genannten Zwecken und unter den dort genannten Bedingungen zulässig.
- b) Der empfangende Vertragsstaat unterrichtet den übermittelnden Vertragsstaat auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- c) Der übermittelnde Vertragsstaat ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote in Übereinstimmung mit Artikel 37 zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem empfangenden Vertragsstaat unverzüglich mitzuteilen. Dieser Staat ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
- d) Dem Betroffenen ist auf Antrag vom empfangenden Vertragsstaat über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person übermittelten Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, an den der Antrag gerichtet wird.
- e) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür der empfangende Vertragsstaat nach Maßgabe seines innerstaatlichen Rechts. Der empfangende Vertragsstaat kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu seiner Entlastung nicht darauf berufen, daß der Schaden durch den übermittelnden Vertragsstaat verursacht worden ist.
- f) Wenn nach dem innerstaatlichen Recht des übermittelnden Vertragsstaats Lösungsfristen bestehen, weist er bei der Übermittlung darauf hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
- g) Der übermittelnde und der empfangende Vertragsstaat sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
- h) Der übermittelnde und der empfangende Vertragsstaat sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.



[ DANISH TEXT — TEXTE DANOIS ]

**Overenskomst  
mellem Forbundsrepublikken Tyskland  
og Kongeriget Danmark  
til undgåelse af dobbeltbeskatning  
for så vidt angår indkomst- og formueskatter  
og for så vidt angår skatter i boer, af arv og af gave  
samt vedrørende bistand i skattesager  
(Tysk-Dansk skatte-overenskomst)**

Forbundsrepublikken Tyskland  
og  
Kongeriget Danmark

Som ønsker at undgå dobbeltbeskatning og at yde hinanden bistand i skattesager ved at indgå en ny overenskomst, som er i overensstemmelse med de gældende forhold mellem de to stater og med udviklingen i skattelovgivningen, er blevet enige om følgende bestemmelser:

**Kapitel I**

**Almindelige bestemmelser**

**Artikel 1**

**Formålet med overenskomsten**

De kontraherende stater skal arbejde sammen efter denne overenskomst for at undgå dobbeltbeskatning og for at sikre påligningen af skatter. De kontraherende staters kompetente myndigheder skal til dette formål informere hinanden med passende mellemrum om ændringer i deres skattelove, og de skal holde konsultationer om, hvorledes de ovenfor nævnte formål kan opnås. De kompetente myndigheder kan træde i direkte forbindelse med hinanden indenfor rammerne af denne overenskomst.

**Artikel 2**

**Overenskomstens anvendelsesområde**

1. Denne overenskomst skal finde anvendelse på følgende skatter, der pålignes på en kontraherende stats, dens politiske underafdelingers eller dens lokale myndigheders vegne, uden hensyn til hvorledes de opkræves:

- a) Kapitel II på indkomst- og formueskatter, hvortil skal anses alle skatter, der pålignes hele indkomsten, hele formuen eller dele af indkomsten eller formuen, herunder skatter på fortjeneste

ved afhændelse af rørlig formue eller fast ejendom, så vel som skatter på formueforegelse;

- b) Kapitel III på skatter i boer, af arv og af gave, hvortil skal anses skatter,
  - aa) der pålignes som følge af død i form af skatter på dødsboets corpus (bomassen), som skatter på arv, som overførselsafgifter eller som skatter på donationes mortis causa (dødsgaver), eller
  - bb) der pålignes på overførsler inter vivos (i levende live), men kun, fordi sådanne overførsler sker uden eller for mindre end fuldt vederlag;
- c) Kapitel IV på skatter af enhver art og beskrivelse, med mindre andet fremgår af sammenhængen, men ikke for toldafgifter, enerets-afgifter eller forbrugsafgifter; moms og luksus-skatter anses ikke for at være forbrugsafgifter i dette kapitel.

2. De gældende skatter, som kapitlerne i overenskomsten skal finde anvendelse på, er opregnet i bilaget til overenskomsten.

3. Overenskomsten skal også finde anvendelse på alle skatter af samme eller væsentlig samme art, der pålignes efter overenskomstens undertegnelse som tillæg til eller i stedet for de gældende skatter.

4. Denne overenskomst skal finde anvendelse på følgende:

- a) Kapitel II på personer, der er hjemmehørende i en af eller begge de kontraherende stater;
- b) Kapitel III på
  - aa) dødsboer og arv i tilfælde, hvor arvelader på dedstidspunktet var hjemmehørende i en af eller begge de kontraherende stater, og
  - bb) gaver i tilfælde, hvor giveren på gavetidspunktet var hjemmehørende i en af eller begge de kontraherende stater;
- c) Kapitel IV på enhver person, uanset han er hjemmehørende eller statsborger i en kontraherende stat eller en anden stat.

### Artikel 3

#### Aimådelige definitioner

1. Medmindre andet fremgår af sammenhængen, har i denne overenskomst følgende udtryk den nedenfor angivne betydning:

- a) Udtrykkene „en kontraherende stat“ og „den anden kontraherende stat“ betyder Forbundsrepublikken Tyskland eller Kongeriget Danmark alt efter sammenhængen, og udtrykket „staterne“ betyder Forbundsrepublikken Tyskland eller Kongeriget Danmark;
- b) udtrykket „Forbundsrepublikken Tyskland“ betyder det område, hvor Forbundsrepublikken Tysklands skattelove gælder, så vel som området med havbunden, dens undergrund og de overliggende vande, som støder op til Forbundsrepublikken Tysklands territorialfarvand, i det omfang Forbundsrepublikken Tyskland i overensstemmelse med folkeretten udever suverænitetsrettigheder og jurisdiktion dér med efterforskning og udnyttelse af naturforekomster;
- c) udtrykket „Danmark“ betyder Kongeriget Danmark, herunder ethvert område uden for Danmarks territorialfarvand, som ifølge dansk lovgivning og i overensstemmelse med folkeretten er eller senere måtte blive betegnet som et område, inden for hvilket Danmark kan udever suverænitetsrettigheder med hensyn til efterforskning og udnyttelse af naturforekomster på havbunden, dens undergrund og de overliggende vande og

med hensyn til andre aktiviteter med henblik på økonomisk efterforskning og udnyttelse af området; udtrykket omfatter ikke Færøerne og Grønland;

- d) udtrykket „person“ omfatter en fysisk person og et selskab;
  - e) udtrykket „selskab“ betyder enhver juridisk person eller enhver sammenslutning, der i skattemæssig henseende behandles som en juridisk person;
  - f) udtrykket „fast ejendom“ skal tillægges den betydning, som det har i lovgivningen i den kontraherende stat, hvori ejendommen er beliggende. Udtrykket skal i alle tilfælde omfatte tilbehør til fast ejendom, husdyrbesætning og redskaber, der anvendes i land- og skovbrug, rettigheder på hvilke civilretten om fast ejendom finder anvendelse, brugsrettigheder til fast ejendom, samt rettigheder til varierende eller faste ydelser, der betales for udnyttelsen af eller retten til at udnytte mineralforekomster, kilder og andre naturforekomster; skibe, både og luftfartøjer skal ikke anses for fast ejendom;
  - g) udtrykkene „foretagende i en kontraherende stat“ og „foretagende i den anden kontraherende stat“ betyder henholdsvis et foretagende, som drives af en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, og et foretagende, som drives af en person, der er hjemmehørende i den anden kontraherende stat;
  - h) udtrykket „international trafik“ betyder enhver transport med et skib eller luftfartøj, der anvendes af et foretagende, hvis virkelige ledelse har sit sæde i en kontraherende stat, bortset fra tilfælde, hvor skibet eller luftfartøjet udelukkende anvendes mellem pladser i den anden kontraherende stat;
  - i) udtrykket „ejendom, som udgør en del af dødsboet efter, eller en del af en gave ydet af, en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat“ omfatter alle formuegoder, hvis overdragelse eller overførsel er undergivet en skat, der er omfattet af kapitel III i overenskomsten;
  - j) udtrykket „statsborger“ betyder
    - aa) for så vidt angår Tyskland, enhver tysker som omhandlet i § 116, stykke 1, i Forbundsrepublikken Tysklands grundlov og enhver juridisk person, interessentskab eller forening, der består i kraft af den gældende lovgivning i Forbundsrepublikken Tyskland;
    - bb) for så vidt angår Danmark, enhver fysisk person, der har statsborgerret i Danmark, og enhver juridisk person, interessentskab eller forening, der består i kraft af den gældende lovgivning i Danmark;
  - k) udtrykket „kompetent myndighed“ betyder
    - aa) for så vidt angår Forbundsrepublikken Tyskland, Forbundsfinansministeriet eller det organ, hvortil det har delegeret sin myndighed;
    - bb) for så vidt angår Danmark, skatteministeren eller hans befuldmægtigede stedfortræder.
2. Ved anvendelsen af overenskomsten i en kontraherende stat skal, medmindre andet følger af sammenhængen, ethvert udtryk, som ikke er defineret deri, tillægges den betydning, som det har i denne stats lovgivning om de skatter, hvorpå overenskomsten finder anvendelse.

#### Artikel 4

##### Skattemæssigt hjemsted

1. I denne overenskomst betyder udtrykket „en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat“

a) for så vidt angår indkomst- og formueskatter, en person, som i henhold til lovgivningen i denne stat er skattepligtig dér på grund af hjemsted, bopæl, ledelsens sæde eller ethvert andet lignende kriterium. Dette udtryk omfatter dog ikke en person, hvis skattepligt i denne stat er begrænset til indkomst fra kilder i denne stat eller dér beroende formue;

b) for så vidt angår skatter i boer, af arv eller af gave, en person, som i henhold til lovgivningen i denne stat er skattepligtig dér med hensyn til et bo eller en gave på grund af hjemsted, bopæl, ledelsens sæde eller ethvert andet lignende kriterium. Dette udtryk omfatter dog ikke en person, hvis bo eller hvis gave er skattepligtig i denne stat udelukkende på grund af formuegoder, som befinder sig dér.

2. I tilfælde, hvor en fysisk person efter bestemmelserne i stykke 1 er hjemmehørende i begge de kontraherende stater, bestemmes hans status efter følgende regler:

a) han skal anses for at være hjemmehørende i den stat, i hvilken han har en fast bolig til sin rådighed; hvis han har en fast bolig til sin rådighed i begge stater, skal han anses for at være hjemmehørende i den stat, med hvilken han har de stærkeste personlige og økonomiske forbindelser (midtpunkt for sine livsinteresser);

b) hvis det ikke kan afgøres, i hvilken stat han har midtpunkt for sine livsinteresser, eller hvis han ikke har en fast bolig til sin rådighed i nogen af staterne, skal han anses for at være hjemmehørende i den stat, i hvilken han sædvanligvis har ophold;

c) hvis han sædvanligvis har ophold i begge stater, eller hvis han ikke har sådant ophold i nogen af dem, skal han anses for at være hjemmehørende i den stat, i hvilken han er statsborger;

d) hvis han er statsborger i begge stater, eller hvis han ikke er statsborger i nogen af dem, skal de kompetente myndigheder i de kontraherende stater afgøre spørgsmålet ved gensidig aftale.

3. I tilfælde, hvor en ikke-fysisk person efter bestemmelserne i stykke 1 er hjemmehørende i begge de kontraherende stater, skal den anses for at være hjemmehørende i den stat, i hvilken dens virkelige ledelse har sit sæde.

#### Artikel 5

##### Fast driftssted

1. I denne overenskomst betyder udtrykket „fast driftssted“ et fast forretningssted, gennem hvilket et foretagendes virksomhed helt eller delvis udøves.

2. Udtrykket „fast driftssted“ omfatter navnlig:

- a) et sted, hvorfra et foretagende ledes,
- b) en filial,
- c) et kontor,
- d) en fabrik,
- e) et værksted, og
- f) en mine, en olie- eller gaskilde, et stenbrud eller ethvert andet sted, hvor naturforekomster udvindes.

3. Et bygnings-, anlægs- eller monteringsarbejde udgør kun et fast driftssted, hvis det varer mere end 12 måneder.

4. Uanset de foranstående bestemmelser i denne artikel skal udtrykket „fast driftssted“ anses for ikke at omfatte:

- a) anvendelsen af indretninger udelukkende til oplagring, udstilling eller udlevering af varer tilhørende foretagendet;

- b) opretholdelsen af et varelager, tilhørende foretagendet, udelukkende til oplagring, udstilling eller udlevering;
- c) opretholdelsen af et varelager, tilhørende foretagendet, udelukkende til bearbejdelse eller forarbejdelse hos et andet foretagende;
- d) opretholdelsen af et fast forretningssted udelukkende for at foretage indkøb af varer eller indsamle oplysninger til foretagendet;
- e) opretholdelsen af et fast forretningssted udelukkende for at udøve enhver anden virksomhed af forberedende eller hjælpende art for foretagendet;
- f) opretholdelsen af et fast forretningssted udelukkende til udøvelse af flere af de i litra a) - e) nævnte formål, forudsat, at virksomheden på det faste forretningssted, der er et resultat af denne kombination, er af forberedende eller hjælpende art.

5. I tilfælde, hvor en person, der ikke er en sådan uafhængig repræsentant, som omhandles i stykke 6, handler på et foretagendes vegne og har og sædvanligvis udøver i en kontraherende stat en fuldmagt til at indgå aftaler i foretagendets navn, anses foretagendet uanset bestemmelserne i stykke 1 og 2 for ved anvendelsen af kapitel II at have fast driftssted i denne stat med hensyn til enhver virksomhed, som han foretager for foretagendet, medmindre hans virksomhed er begrænset til sådanne, som nævnt i stykke 4, som, hvis den udøves gennem et fast forretningssted, ikke ville gøre dette faste forretningssted til et fast driftssted i henhold til bestemmelserne i pågældende stykke.

6. Et foretagende skal ikke anses for at have et fast driftssted i en kontraherende stat, blot fordi det driver erhvervsvirksomhed i denne stat gennem en mægler, kommissionær eller anden uafhængig repræsentant, forudsat at disse personer handler inden for rammene af deres sædvanlige erhvervsvirksomhed.

7. Den omstændighed, at et selskab, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, behersker eller beherskes af et selskab, der er hjemmehørende i den anden kontraherende stat, eller som (enten gennem et fast driftssted eller på anden måde) udøver erhvervsvirksomhed i denne anden stat, skal ikke i sig selv medføre, at et af de to selskaber anses for et fast driftssted for det andet.

## Kapitel II Beskatning af indkomst og formue

### Artikel 6 Indkomst af fast ejendom

1. Indkomst, som en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, oppebærer af fast ejendom (herunder indkomst af land- og skovbrug), der er beliggende i den anden kontraherende stat, kan beskattes i denne anden stat.

2. Bestemmelserne i stykke 1 skal finde anvendelse på indkomst, der hidrører fra direkte brug, udlejning eller bortforpagtning så vel som fra enhver anden form for benyttelse af fast ejendom.

3. Bestemmelserne i stykke 1 og 2 skal også finde anvendelse på indkomst af fast ejendom, der tilhører et foretagende, og på indkomst af fast ejendom, der anvendes ved udøvelsen af frit erhverv.

#### Artikel 7

##### Fortjeneste ved erhvervsvirksomhed

1. Fortjeneste indvundet af et foretagende i en kontraherende stat kan kun beskattes i denne stat, medmindre foretagendet driver erhvervsvirksomhed i den anden kontraherende stat gennem et dér beliggende fast driftssted. Såfremt foretagendet driver sådan virksomhed, kan dets fortjeneste beskattes i den anden stat, men dog kun for så vidt angår den del deraf, som kan henføres til dette faste driftssted.

2. I tilfælde, hvor et foretagende i en kontraherende stat driver erhvervsvirksomhed i den anden kontraherende stat gennem et dér beliggende fast driftssted, skal der under iagttagelse af bestemmelse i stykke 3 i hver kontraherende stat til dette faste driftssted henføres den fortjeneste, som det kunne forventes at have opnået, hvis det havde været et frit og uafhængigt foretagende, som udelukkede den samme eller lignende virksomhed på samme eller lignende vilkår, og som under fuldstændig frie forhold afsluttede forretninger med det foretagende, hvis faste driftssted det er.

3. Ved fastsættelsen af et fast driftssteds fortjeneste skal det være tilladt at fradrage udgifter, som er afholdt for det faste driftssted, herunder udgifter til ledelse og almindelig administration, hvad enten de er afholdt i den stat, hvori det faste driftssted er beliggende, eller andre steder.

4. I det omfang det har været sædvane i en kontraherende stat at fastsætte den fortjeneste, der kan henføres til et fast driftssted, på grundlag af en fordeling af foretagendets samlede fortjeneste mellem dets forskellige afdelinger, skal intet i stykke 2 udelukke denne kontraherende stat fra at fastsætte den skattepligtige fortjeneste på grundlag af en sådan sædvanemæssig fordeling; den valgte fordelingsmetode skal imidlertid være sådan, at resultatet bliver i overensstemmelse med de principper, der er fastlagt i denne artikel.

5. Ingen fortjeneste skal kunne henføres til et fast driftssted, blot fordi dette faste driftssted har foretaget indkøb af varer for foretagendet.

6. Ved anvendelsen af de foranstående stykker skal den fortjeneste, der henføres til det faste driftssted, fastsættes efter samme metode år for år, medmindre der er god og tydelig grund for en anden fremgangsmåde.

7. I tilfælde, hvor en fortjeneste omfatter indkomster, som er omhandlet særskilt i andre artikler i denne overenskomst, skal bestemmelserne i disse andre artikler ikke berøres af bestemmelserne i denne artikel.

#### Artikel 8

##### Skibsfart, transport ad indre vandveje og luftfart

1. Fortjeneste ved skibs- eller luftfartsvirksomhed i international trafik kan kun beskattes i den kontraherende stat, hvori foretagendets virkelige ledelse har sit sæde. Sådan fortjeneste omfatter også indkomst indvundet af foretagendet ved anvendelse, vedligeholdelse eller udlejning af containere (herunder anhängere, pramme og lignende materiel til transport af containere), anvendt til transport af varer i international trafik, hvis denne indkomst udgør en del af den fortjeneste, som er omhandlet i den foregående sætning.

2. Fortjeneste ved driften af både, der anvendes ved transport ad indre vandveje, kan kun beskattes i den kontraherende stat, hvori foretagendets virkelige ledelse har sit sæde.

3. Såfremt den virkelige ledelse for et foretagende, der driver skibsfartsvirksomhed, eller transportvirksomhed ad indre vandveje, har sit sæde om bord på et skib eller en båd, skal foretagendet

anses for at have sit sæde i den kontraherende stat, i hvilken skibet eller båden har sit hjemsted, eller, såfremt et sådant ikke findes, i den kontraherende stat, i hvilken skibets eller bådens roder er hjemmehørende.

4. Bestemmelserne i stykke 1 og 2 skal også finde anvendelse på fortjeneste ved deltagelse i en pool, i et forretningsfællesskab (joint business) eller i en international driftsorganisation.

5. Med hensyn til fortjeneste oppebåret af det danske, norske og svenske luftfartskonsortium Scandinavian Airlines System (SAS) skal bestemmelserne i stykke 1 og 4 kun finde anvendelse på den del af fortjenesten, som svarer til den andel i konsortiet, der ejes af den danske partner i Scandinavia Airlines System (SAS), Det Danske Luftfartsselskab (DDL).

#### Artikel 9

##### Indbyrdes forbundne foretagender

1. I tilfælde, hvor

- a) et foretagende i en kontraherende stat direkte eller indirekte deltager i ledelsen af, kontrollen af eller kapitalen i et foretagende i den anden kontraherende stat, eller
- b) samme personer direkte eller indirekte deltager i ledelsen af, kontrollen af eller kapitalen i såvel et foretagende i en kontraherende stat som et foretagende i den anden kontraherende stat,

og der i noget af disse tilfælde mellem de to foretagender er aftalt eller fastsat vilkår vedrørende deres kommercielle eller finansielle forbindelser, der afviger fra de vilkår, som ville være aftalt mellem uafhængige foretagender kan enhver fortjeneste, som, hvis disse vilkår ikke havde foreligget, ville være tilfaldet et af disse foretagender, men som på grund af disse vilkår ikke er tilfaldet dette, medregnes til dette foretagendes fortjeneste og beskattes i overensstemmelse hermed.

2. I tilfælde, hvor en kontraherende stat til fortjenesten for et foretagende i denne stat medregner, og i overensstemmelse hermed beskatter, fortjeneste, som et foretagende i den anden kontraherende stat er blevet beskattet af i denne anden stat, og denne anden kontraherende stat er enig i, at den således medregnede fortjeneste er fortjeneste, som ville være tilfaldet foretagendet i den førstnævnte stat, hvis vilkårene mellem de to foretagender havde været de samme, som ville være aftalt mellem uafhængige foretagender så skal denne anden stat foretage en dertil svarende regulering af det skattebeløb, som er beregnet der af fortjenesten, i det omfang dette er nødvendigt for at undgå dobbeltbeskatning. Ved reguleringen skal der tages hensyn til de øvrige bestemmelser i denne overenskomst, og de kontraherende staters kompetente myndigheder skal om nødvendigt rådføre sig med hinanden.

#### Artikel 10

##### Udbytte

1. Udbytte, som udbetales af et selskab, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, til en person, der er hjemmehørende i den anden kontraherende stat, kan beskattes i denne anden stat.

2. Sådant udbytte kan også beskattes i den kontraherende stat, hvori det udbyttebetalende selskab er hjemmehørende, i henhold til lovgivningen i denne stat, men den skat der pålægges må, såfremt modtageren er udbyttets retsmæssige ejer, ikke overstige 15 pct. af bruttobeløbet af udbyttet. Dette stykke berører ikke adgangen til at beskatte selskabet af den fortjeneste, hvorefter udbyttet er udbetalt.

3. Uanset stykke 2 må skatten ikke overstige 5 pct. af bruttobeløbet af udbyttet, hvis den retsmæssige ejer af udbyttet er et selskab, som direkte ejer mindst 10 pct. af kapitalen i det udbyttebetalende selskab. Dette stykke berører ikke en gunstigere be-

handling af udbyttet i henhold til direktiv 90/435/EØF af 23. juli 1990 om en fælles beskatningsordning for moder- og datterselskaber fra forskellige medlemsstater (EFT nr. L 225/6).

4. Udtrykket „udbytte“ betyder i denne artikel indkomst af aktier, „jouissance“ aktier eller „jouissance“ rettigheder, mineaktier, stifterandpartier eller andre rettigheder, der ikke er gældsfordringer og som giver ret til andel i fortjeneste, såvel som anden indkomst, der er undergivet samme skattemæssige behandling som indkomst af aktier i henhold til lovgivningen i den stat, i hvilken det udloddende selskab er hjemmehørende. Udtrykket „udbytte“ omfatter ligeledes i Forbundsrepublikken Tyskland en stille deltagers indkomst fra hans deltagelse som sådan, indkomst fra et „partiarisches Darlehen“, „Gewinnobligation“ og lignende overskuds-afhængig afkast så vel som udlodninger fra certifikater i investeringsforeninger.

5. Uanset stykke 2 og 3 kan indkomst, som oppebæres fra rettigheder eller fordringer, der deltager i overskud (herunder i Forbundsrepublikken Tyskland en stille deltagers indkomst fra hans deltagelse som sådan eller fra et „partiarisches Darlehen“ eller „Gewinnobligation“), beskattes i den kontraherende stat, hvorfra den hidrører, i henhold til lovgivningen i denne stat, hvis den er fradragsberettiget ved fastsættelsen af skyldnerens overskud. Den skat som pålægges må dog ikke overstige 25 pct. af bruttobeløbet af denne indkomst.

6. Bestemmelserne i stykke 1, 2 og 5 skal ikke finde anvendelse, såfremt udbyttets retmæssige ejer, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, driver erhvervsvirksomhed i den anden kontraherende stat, i hvilken det udbyttebetalende selskab er hjemmehørende, gennem et dér beliggende fast driftssted eller udøver frit erhverv i denne anden stat fra et dér beliggende fast sted, og den aktiebesiddelse, som ligger til grund for udlodningen af udbyttet, har direkte forbindelse med et sådant fast driftssted eller fast sted. I så fald skal bestemmelserne henholdsvis i artikel 7 eller i artikel 14 finde anvendelse.

7. I tilfælde, hvor et selskab, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, oppebærer fortjeneste eller indkomst fra den anden kontraherende stat, må denne anden stat ikke pålægge nogen skat på udbytte, som udbetales af selskabet, undtagen i det omfang udbyttet udbetales til en person, der er hjemmehørende i denne anden stat, eller i det omfang den aktiebesiddelse, som ligger til grund for udlodningen af udbyttet, har direkte forbindelse med et fast driftssted eller et fast sted, der er beliggende i denne anden stat, eller undergive selskabets ikke-udloddede fortjeneste nogen skat på ikke-udloddet fortjeneste, selv om det udbetalte udbytte eller den ikke-udloddede fortjeneste helt eller delvis består af fortjeneste eller indkomst hidrørende fra denne anden stat.

#### Artikel 11

##### Renter

1. Renter, der hidrører fra en kontraherende stat og betales til en person, der er hjemmehørende i den anden kontraherende stat, kan, hvis denne person er den retmæssige ejer, kun beskattes i denne anden stat.

2. Udtrykket „renter“ betyder i denne artikel indkomst af gældsfordringer af enhver art, hvad enten de er sikrede ved pant i fast ejendom eller ikke, og hvad enten de indeholder en ret til andel i skyldnerens fortjeneste eller ikke, og især indkomst af statsgældsbeviser og indkomst af obligationer eller forskrivninger, herunder agiobeløb og gevinster, der knytter sig til sådanne gældsbeviser, obligationer eller forskrivninger. Straffølg som følge af for sen betaling skal ikke anses for renter i denne artikel. Udtrykket „renter“ omfatter dog ikke indkomst, som er omfattet af artikel 10.

3. Bestemmelserne i stykke 1 skal ikke finde anvendelse, såfremt renternes retmæssige ejer, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, driver erhvervsvirksomhed i den anden kon-



traherende stat, hvorfra renterne hidrører, gennem et dér beliggende fast driftssted eller udøver frit erhverv i denne anden stat fra et dér beliggende fast sted, og den fordring, som ligger til grund for de udbetalte renter, har direkte forbindelse med et sådant fast driftssted eller fast sted. I så fald skal bestemmelserne henholdsvis i artikel 7 eller i artikel 14 finde anvendelse.

4. I tilfælde, hvor der er en særlig forbindelse mellem den, der betaler renterne, og den retmæssige ejer, eller mellem disse og en tredje person, og det som rente betalte beløb overstiger – uanset af hvilken grund – det rentebeløb, som ville være blevet aftalt mellem skyldneren og den retmæssige ejer, såfremt den nævnte forbindelse ikke havde foreligget, skal bestemmelserne i denne artikel ikke finde anvendelse på det overskydende rentebeløb. I så fald skal det overskydende beløb kunne beskattes i overensstemmelse med lovgivningen i hver af de kontraherende stater under hensyntagen til de øvrige bestemmelser i denne overenskomst.

## Artikel 12

### Royalties

1. Royalties, der hidrører fra en kontraherende stat og betales til en person, der er hjemmehørende i den anden kontraherende stat, kan, hvis denne person er den retmæssige ejer, kun beskattes i denne anden stat.

2. Udtrykket „royalties“ betyder i denne artikel betalinger af enhver art, der modtages som vederlag for anvendelsen af eller retten til at anvende enhver ophavsret til et litterært, kunstnerisk eller videnskabeligt arbejde herunder spillefilm, film- eller video-båndoptagelser til fjernsyn eller optagelser til radio, ethvert patent, varemærke, mønster eller model, tegning, hemmelig formel eller fremstillingsmetode eller for oplysninger om industrielle, kommercielle eller videnskabelige erfaringer.

3. Bestemmelserne i stykke 1 skal ikke finde anvendelse, såfremt royaltybeløbets retmæssige ejer, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, driver erhvervsvirksomhed i den anden kontraherende stat, hvorfra royaltybeløbet hidrører, gennem et dér beliggende fast driftssted eller udøver frit erhverv i denne anden stat fra et dér beliggende fast sted, og den rettighed eller ejendom, som ligger til grund for de udbetalte royalties, har direkte forbindelse med et sådant fast driftssted eller fast sted. I så fald skal bestemmelserne henholdsvis i artikel 7 eller i artikel 14 finde anvendelse.

4. I tilfælde, hvor en særlig forbindelse mellem den, der betaler royalties, og den retmæssige ejer, eller mellem disse og en tredje person, har bevirket, at de betalte royalties, når hensyn tages til den anvendelse, rettighed eller oplysning, for hvilken de er betalt, overstiger det beløb, som ville være blevet aftalt mellem skyldneren og den retmæssige ejer, såfremt den nævnte forbindelse ikke havde foreligget, skal bestemmelserne i denne artikel ikke finde anvendelse på det overskydende beløb. I så fald skal det overskydende beløb kunne beskattes i overensstemmelse med lovgivningen i hver af de kontraherende stater under hensyntagen til de øvrige bestemmelser i denne overenskomst.

## Artikel 13

### Fortjeneste ved afhændelse af formuegenstande

1. Fortjeneste, som en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, erhverver ved afhændelse af fast ejendom som er beliggende i den anden kontraherende stat, kan beskattes i denne anden stat. Fortjeneste ved afhændelse af aktier, rettigheder eller en andel i et selskab, enhver anden juridisk person eller et interessentskab, hvis aktiver hovedsagelig består af, eller af rettigheder til, fast ejendom, der er beliggende i en kontraherende stat, eller af aktier i et selskab, hvis aktiver hovedsagelig består af, eller af rettigheder til, sådan fast ejendom, der er beliggende i en kontraherende stat, kan beskattes i den stat, hvori den faste ejendom er beliggende.

2. Fortjeneste ved afhændelse af *rørlig formue*, der udgør en del af erhvervsformuen i et fast driftssted, som et foretagende i en kontraherende stat har i den anden kontraherende stat, eller ved afhændelse af *rørlig formue*, der hører til et fast sted, som en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, har til rådighed til udøvelse af frit erhverv i den anden kontraherende stat, herunder også fortjeneste ved afhændelse af et sådant fast driftssted (særskiilt eller sammen med hele foretagendet), eller af et sådant fast sted, kan beskattes i denne anden stat.

3. Fortjeneste ved afhændelse af skibe eller luftfartøjer, der anvendes i international trafik, af både, der anvendes ved transport ad indre vandveje, eller af *rørlig formue*, som er knyttet til driften af sådanne skibe, luftfartøjer eller både, kan kun beskattes i den kontraherende stat, hvori foretagendets virkelige ledelse har sit sæde. Artikel 8, stykke 3, skal finde tilsvarende anvendelse.

Med hensyn til fortjeneste oppebåret af det danske, norske og svenske luftfartskonsortium Scandinavian Airlines System (SAS) skal bestemmelserne i dette stykke kun finde anvendelse på den del af fortjenesten, som svarer til den andel i konsortiet, der ejes af den danske partner i Scandinavian Airlines System (SAS), Det Danske Luftfartsselskab (DDL).

4. Indkomst eller fortjeneste ved afhændelse af alle andre aktiver end de i stykke 1, 2 og 3 omhandlede kan kun beskattes i den kontraherende stat, hvori afhænderen er hjemmehørende.

5. I tilfælde, hvor en fysisk person, som var hjemmehørende i en kontraherende stat for en periode af mindst 5 år, og som er blevet hjemmehørende i den anden kontraherende stat, skal stykke 4 ikke berøre den førstnævnte stats ret til i henhold til dens nationale lovgivning at beskatte personen af værdistigning på aktier op til flytningen af hjemsted. Når aktierne efterfølgende afhændes og fortjenesten ved sådan afhændelse bliver beskattet i den anden kontraherende stat i henhold til stykke 4, skal den anden stat indrømme fradrag i skatten af den indkomst for et beløb svarende til den indkomstskat, som var betalt i den førstnævnte stat. Et sådant fradrag skal dog ikke kunne overstige den del af indkomstkatten, som beregnet inden fradraget er indrømmet, som kan henføres til den indkomst, som kan beskattes i førstnævnte stat i henhold til første sætning i dette stykke.

#### Artikel 14

##### Frit erhverv

1. Indkomst ved frit erhverv eller ved andet arbejde af selvstændig karakter oppebåret af en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, kan kun beskattes i denne stat, medmindre han har et fast sted, som til stadighed står til rådighed for ham i den anden kontraherende stat med henblik på udøvelse af hans virksomhed. Såfremt han har et sådant fast sted, kan indkomsten beskattes i den anden stat, men kun i det omfang den kan henføres til dette faste sted.

2. Udtrykket „frit erhverv“ omfatter især selvstændig videnskabelig, litterær, kunstnerisk, uddannende eller undervisende virksomhed samt selvstændig virksomhed som læge, advokat, ingeniør, arkitekt, tandlæge og revisor.

#### Artikel 15

##### Personligt arbejde i tjensteforhold

1. Såfremt bestemmelserne i artiklerne 16, 18, 19 og 20 ikke medfører andet, kan gage, løn og andet lignende vederlag for personligt arbejde i tjensteforhold oppebåret af en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, kun beskattes i denne stat, medmindre arbejdet er udført i den anden kontraherende stat. Er arbejdet udført dér, kan det vederlag, som oppebæres herfor, beskattes i denne anden stat.

2. Uanset bestemmelserne i stykke 1 kan vederlag, som en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, oppebærer for personligt arbejde i tjenesteforhold, udført i den anden kontraherende stat, kun beskattes i den førstnævnte stat, såfremt:

- a) arbejdet er udført i den anden stat i en periode eller i perioder, der tilsammen ikke overstiger 183 dage i det pågældende kalenderår, og
- b) vederlaget betales af en arbejdsgiver eller for en arbejdsgiver, der ikke er hjemmehørende i den anden stat, og
- c) vederlaget ikke udredes af et fast driftssted eller et fast sted, som arbejdsgiveren har i den anden stat.

3. Uanset de foranstående bestemmelser i denne artikel kan vederlag for personligt arbejde i tjenesteforhold, som udføres om bord på et skib eller luftfartøj, der anvendes i international trafik eller om bord på en båd, der anvendes til transport af indre vandveje, beskattes i den kontraherende stat, i hvilken foretagendets virkelige ledelse har sit sæde. I tilfælde, hvor en person, der er hjemmehørende i Danmark, modtager vederlag for personligt arbejde udført på et luftfartøj, drevet af Scandinavian Airlines System (SAS) i international trafik, kan et sådant vederlag kun beskattes i Danmark.

4. Bestemmelserne i stykke 2 skal ikke finde anvendelse for vederlag for arbejde inden for rammerne af professionel udlejning af arbejdskraft. I henhold til artikel 43 skal de kompetente myndigheder indgå de nødvendige aftaler for at undgå dobbelt påligning af kildeskatter og for at sikre begge kontraherende staters skattekrav.

#### **Artikel 16**

##### **Bestyrelseshonorarer**

1. Bestyrelseshonorarer og lignende betalinger, som oppebæres af en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, i hans egenskab af medlem af bestyrelsen for et selskab, der er hjemmehørende i den anden kontraherende stat, kan beskattes i denne anden stat.

2. Løn, gage og andet lignende vederlag, som oppebæres af en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, eller flere sådanne personer i egenskab af funktionær, der efter erhvervslovgivningen er ansvarlig for ledelsen af et selskab, som er hjemmehørende i den anden kontraherende stat, kan beskattes i denne anden stat.

#### **Artikel 17**

##### **Kunstnere og sportsfolk**

1. Uanset bestemmelserne i artiklerne 7, 14 og 15 kan indkomst, som en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, oppebærer som optrædende kunstner, såsom teater-, film-, radio- eller fjernsynskunstner, eller musiker, eller som sportsmand, ved hans virksomhed, udeøvet i denne egenskab i den anden kontraherende stat, beskattes i denne anden stat.

2. I tilfælde, hvor indkomst ved den virksomhed, som udeøves af en optrædende kunstner eller en sportsmand i hans egenskab som sådan, ikke tilfalder kunstneren eller sportsmanden selv, men en anden person, kan denne indkomst, uanset bestemmelserne i artiklerne 7, 14 og 15, beskattes i den kontraherende stat, i hvilken kunstnerens eller sportmandens virksomhed udeøves.

3. Bestemmelserne i stykke 1 og 2 skal ikke finde anvendelse for virksomhed fra kunstnere og sportsfolk, hvis deres besøg i en kontraherende stat udelukkende eller i væsentligt omfang direkte eller indirekte er støttet af offentlige midler fra den anden kontraherende stat.

#### Artikel 18

##### Pensioner og lignende betalinger

1. Såfremt bestemmelserne i artikel 19, stykke 2, ikke medfører andet, kan pensioner og lignende betalinger, der udbetales for tidligere personligt arbejde i tjenesteforhold til en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, kun beskattes i denne stat.

2. Uanset bestemmelserne i stykke 1 kan betalinger, som en fysisk person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, oppebærer i henhold til sociallovgivningen i den anden kontraherende stat, kun beskattes i denne anden stat.

3. Pensioner og andre periodiske eller ikke-periodiske betalinger, som en kontraherende stat eller en anden juridisk person under denne stats offentligretlige eller privatretlige lovgivning yder som godtgørelse for skade, der er opstået som følge af krigshandlinger eller politisk forfølgelse, kan kun beskattes i denne stat.

4. For så vidt angår en fysisk person, som var hjemmehørende i en kontraherende stat og som er blevet hjemmehørende i den anden kontraherende stat, skal stykke 1 eller artikel 21 ikke berøre den førstnævnte stats ret til i henhold til dens nationale lovgivning at beskatte pensioner, andre lignende betalinger og livrenter, som tilfalder en sådan fysisk person fra den førstnævnte stat, med mindre en sådan fysisk person blev hjemmehørende i den anden stat, for denne overenskomst trådte i kraft.

5. Udtrykket „livrente“ betyder en fastsat sum, der er periodisk betalbar til fastsatte tidspunkter, enten for livstid eller for et bestemt tidsrum eller et tidsrum, som lader sig bestemme, i henhold til en forpligtelse til at præstere disse betalinger mod rimeligt og fuldt vederlag i penge eller penges værdi.

6. Underholdsbidrag og andre tilsvarende ydelser, der hidrører fra en kontraherende stat og betales til en person, der er hjemmehørende i den anden kontraherende stat, kan kun beskattes i denne anden stat. Ved fastsættelsen af skattepligtig indkomst for en fysisk person, der er hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland, skal der indrømmes fradrag for underholdsbidrag og lignende beløb, som er betalt til en fysisk person, der er hjemmehørende i Danmark, med det beløb, som ville være indrammet, hvis den sidstnævnte person var omfattet af fuld skattepligt til Forbundsrepublikken Tyskland.

#### Artikel 19

##### Offentlige hverv

1. Vederlag – undtagen pensioner – der udbetales af en kontraherende stat, en enkeltstat („Land“), en politisk underafdeling eller lokal myndighed eller en anden juridisk person under den offentligretlige lovgivning i en af de to stater til en fysisk person for udførelse af hverv, kan kun beskattes i denne stat. Sådant vederlag kan imidlertid kun beskattes i den anden kontraherende stat, hvis hvervet er udført i denne stat, hvis den fysiske person er hjemmehørende i denne stat og ikke er statsborger i den førstnævnte stat, og den førstnævnte stat ikke i henhold til dens lovgivning har hjemmel til at pålægge den i første sætning omhandlede skat.

2. Pensioner, som udbetales af en kontraherende stat, en enkeltstat („Land“), en politisk underafdeling eller lokal myndighed eller en anden juridisk person under den offentligretlige lovgivning i en af de to stater til en fysisk person for tidligere udførelse af hverv, kan kun beskattes i denne stat.

3. Bestemmelserne i artiklerne 15, 16 og 18 skal finde anvendelse på vederlag og pensioner, der udbetales for udførelse af hverv i forbindelse med erhvervsvirksomhed, der drives af en kontraherende stat, en enkeltstat („Land“), en politisk underafdeling eller lokal myndighed eller en anden juridisk person under den offentligretlige lovgivning i en af de to stater.

4. Stykke 1 og, i tilfælde af litra a) nedenfor, stykke 1 og 2 skal også finde anvendelse for beløb, som er betalt

- a) for så vidt angår Forbundsrepublikken Tyskland af „Deutsche Post AG“, „Deutsche Postbank AG“, „Deutsche Telekom AG“, og „Deutsche Bundesbahn AG“, til tjenestemænd, så vel som beløb betalt af den tyske centralbank („Deutsche Bundesbank“), og for så vidt angår Danmark af Post- og Telegrafvæsenet, Danske Statsbaner og Danmarks Nationalbank;
- b) af eller på vegne af det tyske Goethe Institut eller Det Danske Kulturinstitut, så vel som andre lignende eller tilsvarende institutioner, som bestemmes af de kontraherende staters kompetente myndigheder, for hverv udført for disse institutioner;
- c) som et udligningstillæg fra offentlige midler i en kontraherende stat til lærer-personale, som er midlertidigt ansat i den anden kontraherende stat, og for sådanne beløb, som betales direkte eller indirekte fra offentlige midler af institutioner, som bestemmes af de kontraherende staters kompetente myndigheder.

I tilfælde, hvor sådanne beløb ikke er skattepligtige i den kontraherende stat, hvorfra de er betalt, skal bestemmelseerne i artikel 15 finde anvendelse.

#### Artikel 20

##### Studerende

Beløb, som en studerende, erhvervspraktikant eller lærling, som er eller umiddelbart før besøget i en kontraherende stat var hjemmehørende i den anden kontraherende stat, og som opholder sig i den førstnævnte stat udelukkende i studie- eller uddannelsesejemed, modtager til sit underhold, sit studium eller sin uddannelse, skal ikke beskattes i den førstnævnte stat under forudsætning af, at sådanne beløb hidrører fra kilder uden for denne stat.

#### Artikel 21

##### Andre indkomster

1. Indkomster, der oppebæres af en i en kontraherende stat hjemmehørende person, og som ikke er behandlet i de foranstående artikler, kan, uanset hvorfra de hidrører, kun beskattes i denne stat.

2. Bestemmelseerne i stykke 1 skal ikke finde anvendelse på anden indkomst end indkomst af fast ejendom som defineret i artikel 3, stykke 1, litra f), såfremt den i en kontraherende stat hjemmehørende modtager af sådan indkomst driver erhvervsvirksomhed i den anden kontraherende stat gennem et dér beliggende fast driftssted, eller udøver frit erhverv i denne anden stat fra et dér beliggende fast sted, og den rettighed eller ejendom, som ligger til grund for den udbetalte indkomst, har direkte forbindelse med et sådant fast driftssted eller fast sted. I så fald skal bestemmelseerne henholdsvis i artikel 7 eller i artikel 14 finde anvendelse.

#### Artikel 22

##### Formue

1. Fast ejendom, som ejes af en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, og som er beliggende i den anden kontraherende stat, kan beskattes i denne anden stat.

2. Rørlig formue, der udgør en del af erhvervsformuen i et fast driftssted, som et foretagende i en kontraherende stat har i den anden kontraherende stat, eller rørlig formue, der hører til et fast sted, som en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, har til rådighed til udøvelse af frit erhverv i den anden kontraherende stat, kan beskattes i denne anden stat.

3. Skibe og luftfartøjer, der anvendes i international trafik, både, der anvendes ved transport ad indre vandveje, samt rørlig formue, som er knyttet til driften af sådanne skibe, luftfartøjer og både, kan

kun beskattes i den kontraherende stat, hvori foretagendets virkelige ledelse har sit sæde. Artikel 8, stykke 3, skal finde tilsvarende anvendelse. Med hensyn til formue i det danske, norske og svenske luftfartskonsortium Scandinavian Airlines System (SAS) skal bestemmelserne i dette stykke kun finde anvendelse på den del af formuen, som svarer til den andel i konsortiet, der ejes af den danske partner i Scandinavian Airlines System (SAS). Det Danske Luftfartsselskab (DDL).

4. Al anden formue tilhørende en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, kan kun beskattes i denne stat.

#### Artikel 23

##### **Virksomhed i forbindelse med forundersøgelser, efterforskning eller udvinding af kulbrinter**

1. Uanset bestemmelserne i artiklerne 5 og 14 skal en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat og udever virksomhed i forbindelse med forundersøgelser, efterforskning eller udvinding af kulbrinter i den anden kontraherende stat, med hensyn til denne virksomhed anses for at udøve virksomhed i denne anden kontraherende stat gennem et dér beliggende fast driftssted eller fast sted.

2. Bestemmelserne i stykke 1 skal ikke finde anvendelse i tilfælde, hvor virksomheden er udøvet i en periode eller perioder, der sammenlagt ikke overstiger 30 dage i en 12 måneders periode. Ved anvendelsen af dette stykke skal imidlertid virksomhed, udøvet af et foretagende, der er forbundet med et andet foretagende som omhandlet i artikel 9, anses som udøvet af det foretagende, til hvilket det er forbundet, hvis den pågældende virksomhed er væsentlig den samme som den, der udøves af det sidstnævnte foretagende.

3. Uanset bestemmelserne i stykke 1 og 2, skal boreplatformvirksomhed udøvet uden for kysten kun udgøre et fast driftssted, hvis virksomheden er udøvet i en periode eller perioder, der sammenlagt overstiger 365 dage inden for en 18 måneders periode. Ved anvendelsen af dette stykke skal imidlertid virksomhed, udøvet af et foretagende, der er forbundet med et andet foretagende som omhandlet i artikel 9, anses som udøvet af det foretagende, til hvilket det er forbundet, hvis den pågældende virksomhed er væsentlig den samme som den, der udøves af det sidstnævnte foretagende.

4. Uanset bestemmelserne i stykke 1 og 2, kan fortjeneste, der oppebæres af en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, ved transport med skib eller luftfartøj af forsyninger eller mandskab til et sted, hvor der i den anden kontraherende stat drives virksomhed uden for kysten i forbindelse med forundersøgelser, efterforskning eller udvinding af kulbrinter, eller ved drift af bugserbåde og lignende fartøjer i forbindelse med sådan virksomhed, kun beskattes i den kontraherende stat, i hvilken foretagendets virkelige ledelse har sit sæde.

5. Gage, løn og andre lignende vederlag, som en fysisk person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, oppebærer for personligt arbejde i tjenesteforhold, som udføres om bord på et skib eller luftfartøj, som omhandlet i stykke 4, skal beskattes i overensstemmelse med artikel 15, stykke 3.

6. Uanset bestemmelserne i artikel 13, skal kapitalgevinst på boreplatforme anvendt i forbindelse med den i stykke 3 nævnte virksomhed, som anses for oppebåret af en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, når boreplatformvirksomheden ophører med at være skattepligtig i den anden kontraherende stat, være fritaget for beskatning i denne anden stat. Ved anvendelse af dette stykke skal kapitalgevinsten anses for oppebåret af den person, der er hjemmehørende i den anden kontraherende stat, som har den virkelige ledelse af virksomheden.

delsen af dette stykke betyder udtrykket „kapitalgevinst“ det beløb, hvormed markedsværdien på tidspunktet for overførslen overstiger restværdien på dette tidspunkt forhøjet med enhver foretagens nedskrivning.

#### Artikel 24

##### Undgåelse af dobbeltbeskatning

1. For så vidt angår en person, der er hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland, bestemmes beskatningen efter følgende regler:

- a) Såfremt bestemmelserne i litra b) ikke finder anvendelse, skal der fra grundlaget for tysk skat undtages indkomst fra Danmark og i Danmark beliggende formuegoder, som i henhold til denne overenskomst kan beskattes i Danmark. Forbundsrepublikken Tyskland forbeholder sig dog retten til at tage hensyn til den således undtagne indkomst eller formuegode ved fastsættelsen af skattesatsen.

Med hensyn til udbytte skal de foranstående bestemmelser kun finde anvendelse, når udbyttet er betalt til et selskab, som er hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland, af et selskab, der er hjemmehørende i Danmark, og hvori mindst 10 pct. af kapitalen er direkte ejet af det tyske selskab.

For så vidt angår formueskatter, skal der fra grundlaget for tysk skat ligeledes undtages enhver aktiebeholdning, hvoraf udbyttet, såfremt sådanne betales, i henhold til den umiddelbart foranstående sætning ville være undtaget fra beskatningsgrundlaget.

- b) Under forbehold for de tyske skatteregler for fradrag for udenlandsk skat, skal der indrømmes fradrag i tysk indkomstskat for dansk skat, som er betalt i henhold til lovgivningen og i overensstemmelse med denne overenskomst af følgende typer af indkomst:

aa) udbytte, som ikke er omfattet af litra a);

bb) indkomst, som kan beskattes i Danmark i henhold til artikel 13, stykke 1, anden sætning, artikel 15, stykke 4, artikel 16, artikel 17, artikel 18, stykke 4, og artikel 23.

- c) Når et selskab, der er hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland, udlodder indkomst, som er oppebåret fra kilder i Danmark, skal litra a) og b) ikke udelukke en kompenserende påligning af selskabsskat på sådanne udlodninger i henhold til bestemmelserne i skattelovgivningen i Forbundsrepublikken Tyskland.

##### 2. Dobbeltbeskatning skal undgås således i Danmark:

- a) Hvor en person, der er hjemmehørende i Danmark, oppebærer indkomst eller ejer formue, som i henhold til bestemmelserne i denne overenskomst kan beskattes i Forbundsrepublikken Tyskland, skal Danmark, såfremt bestemmelserne i litra f) ikke medfører andet, indrømme

aa) fradrag i denne persons indkomstskat med et beløb svarende til den indkomstskat (herunder den del af eventuel erhvervsskat, som falder på indtægten), som er betalt i Forbundsrepublikken Tyskland;

bb) fradrag i denne persons formueskat med et beløb svarende til den formueskat (herunder den del af eventuel erhvervsskat, som falder på formuen), som er betalt i Forbundsrepublikken Tyskland.

- b) Et sådant fradrag skal imidlertid ikke i noget tilfælde kunne overstige den del af indkomstskatten eller formueskatten, beregnet før sådant fradrag, der svarer til henholdsvis den indkomst eller den formue, som kan beskattes i Forbundsrepublikken Tyskland.

- c) Såfremt bestemmelserne i litra d) ikke medfører andet, skal udbytte, udbetalt af et selskab, der er hjemmehørende i For-

- bundsrepublikken Tyskland, til et selskab, der er hjemmehørende i Danmark, og som direkte eller indirekte ejer mindst 10 pct. af aktiekapitalen i det udbyttebetalende selskab, være fritaget for dansk skat.
- d) Bestemmelserne i litra c) skal kun finde anvendelse i det omfang,
- aa) indkomsten, hvoraf udbytteerne er betalt, har været omfattet af den almindelige selskabsbeskatning i Forbundsrepublikken Tyskland, eller af en skat i Forbundsrepublikken Tyskland eller i en anden stat, som kan sammenlignes med dansk skat; eller
- bb) det, for så vidt angår udbytte, betalt af et selskab, der er hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland, drejer sig om udbytte, som vedrører aktier eller andre rettigheder i et selskab, der er hjemmehørende i en tredje stat, og som ville være fritaget for dansk skat, hvis disse aktier eller rettigheder var ejet direkte af det selskab, der er hjemmehørende i Danmark.
- e) For så vidt angår udbytte, betalt af et selskab, der er hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland, til et selskab, der er hjemmehørende i Danmark, og som ejer direkte eller indirekte mindst 10 pct. af aktiekapitalen i det udbyttebetalende selskab, skal der, hvis udbytteerne ikke er fritaget for dansk skat i henhold til bestemmelserne i litra c), ved beregningen af fradrag tages hensyn til den tyske skat (herunder den del af erhvervsskatten, som falder på indtægten), som skal svares af det udbyttebetalende selskab af den fortjeneste, hvoraf udbytteerne er betalt.
- f) Hvor en person, der er hjemmehørende i Danmark, oppebærer indkomst eller ejer formue, som i henhold til bestemmelserne i denne overenskomst kun kan beskattes i Forbundsrepublikken Tyskland, eller som i henhold til bestemmelsen i artikel 15, stykke 1 og 3, kan beskattes i Forbundsrepublikken Tyskland, kan Danmark medregne denne indkomst eller formue i beskatningsgrundlaget, men skal indrømme fradrag i indkomstskatten eller formueskatten med den del af indkomstskatten eller formueskatten, som svarer til den indkomst, der hidrører fra, eller formue, der ejes i Forbundsrepublikken Tyskland.
- g) For indkomst, der kan beskattes i Tyskland i henhold til artikel 15, stykke 1 og 3, skal bestemmelserne i litra f) kun finde anvendelse i tilfælde, hvor der for de kompetente myndigheder i Danmark forelægges dokumentbevis for, at der er taget skridt til betaling af tysk skat på denne indkomst.

3. Ved anvendelsen af denne overenskomst skal fortjeneste eller indkomst for en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, anses for at hidrøre fra kilder i den anden kontraherende stat, hvis de er beskattet i den anden kontraherende stat i henhold til bestemmelserne i denne overenskomst.

### Kapitel III Beskatning af dødsboer, arv og gave

#### Artikel 25 Beskatningsregler

1. Fast ejendom, som udgør en del af dødsboet efter, eller en del af en gave ydet af, en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, og som er beliggende i den anden kontraherende stat, kan beskattes i denne anden stat.
2. Et foretagendes rørlige formue, som udgør en del af dødsboet efter, eller en del af en gave ydet af, en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, og



- a) som udgør erhvervsformuen i et fast driftsted, der er beliggende i den anden kontraherende stat, eller
- b) som anvendes ved udøvelsen af frit erhverv eller anden virksomhed af selvstændig karakter, og som hører til et fast sted i den anden kontraherende stat,

kan beskattes i denne anden stat.

3. Al anden formue, som udgør en del af dødsboet efter, eller en del af en gave ydet af, en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, kan, uanset hvor den befinder sig, kun beskattes i denne stat, med mindre andet er bestemt i artikel 26.

#### Artikel 26

##### Undgåelse af dobbeltbeskatning

1. For så vidt angår Forbundsrepublikken Tyskland, skal dobbeltbeskatning undgås på følgende måde:

- a) Såfremt arveladeren ved sin død eller giveren på gavetidspunktet var hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland, skal Forbundsrepublikken Tyskland, med forbehold af bestemmelserne i tysk lovgivning om fradrag for udenlandsk skat, indrømme fradrag i skat, som er pålagt i henhold til tysk lovgivning, for skat betalt i Danmark på formue, som kan beskattes i Danmark i henhold til artikel 25, stykke 1 og 2.
- b) Såfremt den begunstigede ved arveladers død eller på gavetidspunktet var hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland, kan Forbundsrepublikken Tyskland beskatte al formue, som er erhvervet af denne person, men skal, med forbehold af bestemmelserne i tysk lovgivning om fradrag for udenlandsk skat, indrømme fradrag i skat, som er pålagt i henhold til tysk lovgivning, for skat betalt i Danmark på formue, som ikke kan beskattes i Forbundsrepublikken Tyskland i henhold til artikel 25, stykke 1 og 2.

2. For så vidt angår Danmark, skal dobbeltbeskatning undgås efter følgende regler:

- a) Såfremt arveladeren ved sin død eller giveren på gavetidspunktet var hjemmehørende i Danmark, skal Danmark med forbehold af bestemmelserne i dansk lovgivning om fradrag for udenlandsk skat, indrømme fradrag i skat, som er pålagt i henhold til dansk lovgivning, for skat betalt i Forbundsrepublikken Tyskland på formue, som kan beskattes i Forbundsrepublikken Tyskland i henhold til artikel 25, stykke 1 og 2.
- b) Såfremt den begunstigede ved arveladers død eller på gavetidspunktet var hjemmehørende i Danmark, kan Danmark beskatte al formue, som er erhvervet af denne person, men skal, med forbehold af bestemmelserne i dansk lovgivning om fradrag for udenlandsk skat, indrømme fradrag i skat, som er pålagt i henhold til dansk lovgivning, for skat betalt i Forbundsrepublikken Tyskland på formue, som ikke kan beskattes i Danmark i henhold til artikel 25, stykke 1 og 2.

3. Fradraget efter stykke 1 og 2 skal dog ikke kunne overstige den del af den tyske, henholdsvis danske skat, som er beregnet før fradraget, som kan henføres til den formue, for hvilken der er indrømmet fradrag.

#### Artikel 27

##### 5 års regel

1. Hvis arvelader på tidspunktet for sin død eller giveren på gavetidspunktet

- a) var statsborger i en kontraherende stat uden samtidigt at være statsborger i den anden kontraherende stat,
- b) var fuld skattepligtig i førnævnte stat i henhold til denne stats skattelovgivning, og

- c) havde været hjemmehørende i den anden stat ifølge artikel 4, stykke 1, litra b) i en periode, som ikke overstiger 5 år,

skal han, uanset bestemmelserne i artikel 4, anses for at have været hjemmehørende i den kontraherende stat, hvor han var statsborger.

2. Stykke 1 skal finde tilsvarende anvendelse på en arving eller begunstiget, som på tidspunktet for arvefaldet eller gaven selv opfylder betingelserne, som er stillet i stykke 1.

#### Artikel 28

##### Frdrag af gæld

1. Gæld, som særligt er sikret i de i artikel 25 omtalte formuegoder, skal frdrages i værdien af disse formuegoder. Gæld, der ikke særligt er sikret i de i artikel 25 nævnte formuegoder, men som hidrører fra erhvervelse, ændring, reparation eller vedligeholdelse af disse, skal frdrages i værdien af disse formuegoder.

2. Såfremt bestemmelserne i stykke 1 ikke medfører andet, skal gæld, der er knyttet til et fast driftssted som omtalt i artikel 25, stykke 2, eller til et fast sted som omtalt i artikel 25, stykke 2, frdrages henholdsvis i værdien af det faste driftssted eller det faste sted.

3. Anden gæld skal frdrages i værdien af de formuegoder, på hvilke artikel 25 finder anvendelse.

4. Såfremt en gæld overstiger værdien af de formuegoder, fra hvilke den i henhold til bestemmelserne i stykke 1 og 2 kan frdrages i en kontraherende stat, skal det overskydende beløb frdrages i værdien af andre formuegoder, der er skattepligtige i denne stat.

5. Enhver overskydende gæld, der fortsat resterer i en kontraherende stat efter de i stykke 3 eller 4 nævnte frdrag, skal frdrages i værdien af de formuegoder, der er skattepligtige i den anden kontraherende stat.

6. I tilfælde, hvor bestemmelserne i stykke 1 til 5 måtte forpligte en kontraherende stat til at frdrage gæld i større omfang end hjemlet i denne stats lovgivning, skal disse nævnte bestemmelser kun finde anvendelse i det omfang, den anden kontraherende stat ikke er forpligtet til at frdrage den samme gæld i henhold til lovgivningen i denne anden stat.

#### Kapitel IV

##### Bistand i skattesager

#### Artikel 29

##### Genstand for bistand

1. De kompetente myndigheder i de kontraherende stater skal yde hinanden bistand. Sådant bistand skal omfatte

- a) udveksling af oplysninger,
- b) bistand ved inddrivelse, herunder sikringsakter, og
- c) forkyndelse af dokumenter.

2. Sådant bistand skal også omfatte fastsættelse og anden foranstaltning til fordel for skatteyderen så vel som til undgåelse af dobbeltbeskatning. Dette skal i særdeleshed gælde for samtidige foranstaltninger truffet af skattemyndighederne. Hvis foranstaltninger til bistand medfører dobbeltbeskatning, skal den undgås ved gensidig aftale efter artikel 43.

3. Skattedomstole i de kontraherende stater skal med hensyn til de skatter, som er omfattet af deres kompetence og denne overenskomst, efter anmodning yde hinanden juridisk bistand, formidlet af de kompetente myndigheder og i overensstemmelse med denne overenskomst.

#### Artikel 30

##### Oplysninger efter særlig anmodning

Efter anmodning fra den kompetente myndighed i en kontraherende stat skal den kompetente myndighed i den anden kontraherende stat yde den stat, som anmoder om bistand, alle oplysninger, som er nødvendige for denne stat for påligning og opkrævning af skat eller for inddrivelse og tvangsinddrivelse af skattekrav eller for anvendelse af denne overenskomst.

#### Artikel 31

##### Oplysninger uden særlig anmodning

1. Den kompetente myndighed i en kontraherende stat skal uden forudgående anmodning videregive oplysninger, hvorom den har kendskab, til den kompetente myndighed i den anden kontraherende stat, under følgende omstændigheder:

- a) når den har grund til at antage, at der kan ske tab af skatteprovenu i den anden kontraherende stat;
- b) når en skattepligtig person opnår en nedsættelse eller en fritagelse for skat i en kontraherende stat, som kan medføre en forøget skat eller en skattepligt i den anden kontraherende stat;
- c) når forretningstransaktioner mellem en person, som er skattepligtig i en kontraherende stat, og en person, som er skattepligtig i den anden kontraherende stat, ledes gennem en eller flere lande på en sådan måde, at en skattebesparelse kan blive følgen i en af de kontraherende stater eller i dem begge;
- d) når den har grund til at antage, at en skattebesparelse kan blive følgen af kunstige overførsler af fortjeneste inden for en gruppe af foretagender;
- e) når oplysninger, som er fremsendt til en kontraherende stat fra den kompetente myndighed i den anden kontraherende stat, har gjort det muligt at fremskaffe oplysninger, som kan være af betydning for skattepåligningen i den sidstnævnte stat.

2. De kompetente myndigheder i de kontraherende stater kan også, uden forudgående anmodning, og med skyldig hensyntagen til deres intante lovgivning sende hinanden oplysninger om ensartede sager, som de får kendskab til i et større antal, og som kan være af betydning ved påligningen og opkrævningen af skatter eller ved inddrivelse og tvangsinddrivelse af skattekrav. Dette skal være betinget af indgåelsen af en passende aftale mellem de kompetente myndigheder. En sådan aftale skal offentligt bekendtgøres, inden videregivelse af oplysninger påbegyndes.

#### Artikel 32

##### Indbyrdes modstridende oplysninger

Hvis den kompetente myndighed i en kontraherende stat fra den kompetente myndighed i den anden kontraherende stat modtager oplysninger om en persons skatteforhold, der forekommer den at være i modstrid med oplysninger, som den er i besiddelse af, skal den give underretning herom til den kompetente myndighed i den anden stat.

#### Artikel 33

##### Inddrivelse af skattekrav

1. Efter anmodning fra den kompetente myndighed i en kontraherende stat skal den anden kontraherende stat, under forbehold af bestemmelserne i stykke 5 og artikel 34, inddrive den førstnævnte stats skattekrav, som om de var dens egne skattekrav.

2. Bestemmelserne i stykke 1 skal kun finde anvendelse for skattekrav, for hvilke der er udstedt et instrument, som hjemler tvangsinddrivelse i den stat, der fremsætter anmodningen, og som ikke mere kan bestrides.

3. Med hensyn til skattekrav vedrørende en arvelader eller dennes bo, skal den stat, som anmodes om bistand, inddrive sådanne krav indtil værdien af boet eller af de formuegoder, som er erhvervet af hver af de berettigede i boet, alt efter hvorvidt kravet skal inddrives i boet eller hos de berettigede i boet.

4. Efter anmodning fra den kompetente myndighed i en kontraherende stat skal den anden kontraherende stat foretage sikringsakter med henblik på inddrivelse af ethvert skattebeleb, selv om kravet er bestridt, eller et instrument, der hjemler inddrivelse, alene er udstedt på foreløbigt grundlag eller til sikringsformål.

5. Det skattekrav, med hensyn til hvilket der ydes bistand med inddrivelsen, skal ikke i den kontraherende stat, som anmodes om bistand, nyde nogen fortrinsret, som specielt indrømmes skattekrav i denne stat.

6. Den kontraherende stat, som anmodes om bistand, kan indrømme henstand med betaling eller afdragsvis betaling, hvis dens lovgivning eller forvaltningspraksis hjemler dette i lignende tilfælde, men den skal underrette den anden kontraherende stat herom.

#### Artikel 34

##### Forældelsesfrister

1. Spørgsmål om forældelsesfrister for et skattekrav skal afgøres i henhold til lovgivningen i den kontraherende stat, som anmoder om bistand. Den kontraherende stat, som anmodes om bistand, er ikke pligtig til at inddrive kravet, hvis det ikke kunne inddrives i henhold til dens egen lovgivning. Anmodningen om inddrivelse skal indeholde oplysninger om den gældende forældelsesfrist for skattekravet.

2. Inddrivelsesforanstaltninger, som er truffet af den stat, der anmodes om bistand, i medfør af en anmodning om bistand, og som i henhold til lovgivningen i denne stat ville suspendere eller afbryde den i stykke 1 nævnte forældelsesfrist, skal også have denne virkning ifølge lovgivningen i den stat, som anmoder om bistand. Den stat, som anmodes om bistand, skal give den stat, som anmoder om bistand, meddelelse om sådanne foranstaltninger.

#### Artikel 35

##### Forkyndelse af dokumenter

1. Enhver kontraherende stat kan sende dokumenter direkte gennem postvæsenet til en person inden for den anden kontraherende stats område.

2. Efter anmodning af en kontraherende stat skal den anden kontraherende stat for adressaten forkynde dokumenter, herunder dokumenter vedrørende retsafgørelser, som udgår fra den stat, som anmoder om bistand, og som vedrører en skat, omfattet af denne overenskomst.

3. Den stat, som anmodes om bistand, skal foretage forkyndelse af dokumenter:

- a) på en måde, som er fastsat i dens egen lovgivning vedrørende forkyndelse af dokumenter af væsentlig samme art;
- b) i det omfang det er muligt, på en sådan måde som anmodet af den stat, som anmoder om bistand, eller så tæt på en sådan måde, som der er mulighed for i henhold til dens egen lovgivning.

4. Intet i denne overenskomst skal fortolkes således, at forkyndelse af dokumenter foretaget af en kontraherende stat i henhold til denne stats lovgivning er ugyldig, hvis sådan forkyndelse er i strid med bestemmelserne i denne artikel.

**Artikel 36**

**Indholdet af og svaret på anmodning om bistand**

1. En anmodning om bistand skal om fornødent angive:
  - a) den myndighed eller instans, der har iværksat den anmodning, som er fremsat af den kompetente myndighed;
  - b) navn, adresse og nærmere enkeltheder, som bidrager til identifikationen af den person, som anmodningen angår;
  - c) i tilfælde af en anmodning om bistand om oplysninger, den form, hvorunder den stat, som anmoder om bistand, ønsker oplysningerne meddelt, for at dens ønsker kan imødekommes;
  - d) i tilfælde af en anmodning om bistand med inddrivelse eller foretagelse af sikringsakter, arten og sammensætningen af skattekravet samt de formuegoder, hvor i skattekravet kan søges inddrevet;
  - e) i tilfælde af en anmodning om forkyndelse af dokumenter, arten og indholdet af det dokument, som skal forkyndes.
2. Anmodningen i henhold til artikel 33 skal ledsages af:
  - a) en erklæring om, at skattekravet vedrører en skat, som er omfattet af overenskomsten, og i tilfælde af inddrivelse om, at skattekravet ikke mere kan bestrides.
  - b) et officielt eksemplar af det instrument, som hjemler tvangsinddrivelse i den stat, som anmoder om bistand, og
  - c) ethvert andet dokument, som er påkrævet til inddrivelse eller foretagelse af sikringsakter.
3. Så snart den stat, som anmoder om bistand, får kendskab til enhver anden oplysning af betydning for anmodningen, skal den videresende oplysningen til den stat, som anmodes om bistand.
4. Hvis anmodningen om bistand imødekommes, skal den stat, som anmodes om bistand, underrette den stat, som anmoder om bistand, om de foranstaltninger, som er truffet, og om resultatet heraf.
5. Hvis den stat, som anmoder om bistand, har specificeret den form, hvorunder den ønsker oplysningerne meddelt, skal den stat, som anmodes om bistand, meddele oplysningerne i den ønskede form, hvis den er i stand dertil.

**Artikel 37**

**Begrænsninger i pligten til at yde bistand**

1. Såfremt artikel 34 ikke finder anvendelse, skal bestemmelserne i denne overenskomst ikke kunne fortolkes således, at den pålægger den stat, som anmodes om bistand, pligt til:
  - a) at træffe foranstaltninger, som strider mod dens egen lovgivning eller forvaltningspraksis eller mod lovgivning eller forvaltningspraksis i den stat, som anmoder om bistand;
  - b) at træffe foranstaltninger, som den anser for at stride mod almene interesser eller mod denne stats væsentlige interesser;
  - c) at meddele oplysninger, som ikke kan opnås i henhold til dens egen lovgivning eller forvaltningspraksis eller i henhold til lovgivning eller forvaltningspraksis i den stat, som anmoder om bistand;
  - d) at meddele oplysninger, som ville røbe nogen erhvervsmæssig, forretningsmæssig, industriel, kommerciel eller faglig hemmelighed eller nogen fremstillingsmetode, eller oplysninger, hvis offentliggørelse ville stride mod almene interesser eller mod denne stats væsentlige interesser;
  - e) at imødekomme en anmodning, hvis den stat, som anmoder om bistand, ikke har benyttet alle midler, som står til rådighed i dens eget område, med mindre gennemførelsen af sådanne

foranstaltninger ville give anledning til uforholdsmæssige vanskeligheder.

2. Hvis en anmodning om bistand afslås, skal den stat, som anmodes om bistand, så hurtigt som muligt underrette den stat, som anmoder om bistand, om den trufne afgørelse og om begrundelsen herfor.

#### Artikel 38

##### Tavshedspligt

1. Oplysninger, som modtages af en kontraherende stat i henhold til denne overenskomst, skal behandles som hemmelige på samme måde som oplysninger, som denne stat modtager i henhold til dens egen lovgivning, eller behandles på de vilkår for tavshedspligt, som gælder i den stat, som meddeler oplysningerne, hvis disse vilkår er mere restriktive.

2. Sådanne oplysninger må under alle omstændigheder kun meddeles til personer eller myndigheder (herunder domstole og forvaltningsmyndigheder), der er beskæftiget med påligning, opkrævning, inddrivelse eller tvangsinddrivelse, forvaltningsmæssige kontrol, retsforfølgning eller klagebehandling i forbindelse med denne stats skatter. De ovenfor nævnte personer eller myndigheder må kun benytte oplysningerne til sådanne formål, men de kan, uanset bestemmelse i stykke 1, meddele dem i offentlige retshandlinger eller i retsafgørelser vedrørende sådanne skatter, på betingelse af forudgående tilladelse fra den kompetente myndighed i den stat, som meddeler oplysningerne.

3. Uanset bestemmelse i stykke 1 og 2, kan oplysninger, som modtages af en kontraherende stat, benyttes til andre formål, når sådanne oplysninger kan benyttes til disse andre formål i henhold til lovgivningen i den stat, som meddeler oplysningerne, og den kompetente myndighed i denne stat tillader en sådan benyttelse. Oplysninger, som en kontraherende stat har stillet til rådighed for den anden kontraherende stat, kan videregives af sidstnævnte stat til en tredje stat under forudsætning af forudgående tilladelse fra den kompetente myndighed i den førstnævnte stat.

#### Artikel 39

##### Klager

1. Klage vedrørende foranstaltninger truffet i henhold til denne overenskomst af den stat, som anmodes om bistand, kan kun indbringes for den behørig myndighed i denne stat.

2. Klage vedrørende foranstaltninger truffet i henhold til denne overenskomst af den stat, som anmoder om bistand, især for så vidt angår inddrivelse, klage vedrørende skattekravets beståen eller dets størrelse eller det instrument, som hjemler dets tvangsinddrivelse, kan kun indbringes for den behørig myndighed i denne stat. Den stat, som anmoder om bistand, skal uden forsinkelse give underretning om sådan klage til den stat, som anmodes om bistand. Ved modtagelse af sådan underretning skal den stat, som anmodes om bistand, udsætte inddrivelsen, indtil den pågældende myndighed har truffet afgørelse. Den stat, som anmodes om bistand, kan imidlertid foretage sikringsakter for at bevare adgangen til inddrivelse, hvis den bliver bedt om det af den stat, som anmoder om bistand. Enhver berørt person kan ligeledes meddele den stat, som anmodes om bistand, om sådan klage. Når den stat, som anmodes om bistand, modtager sådanne oplysninger, skal den om fornødent forhandle om sagen med den stat, som anmoder om bistand.

3. Så snart en endelig afgørelse vedrørende klagen er truffet, skal den stat, som anmoder om bistand, eller den stat, som anmodes om bistand, underrette den anden stat om afgørelsen og dens betydning for anmodningen om bistand.

#### Artikel 40

##### Omkostninger

Almindelige omkostninger, som er pådraget i forbindelse med ydelse af bistand, skal bæres af den stat, som anmodes om bistand. Ekstraordinære omkostninger skal bæres af den stat, som anmoder om bistand.

#### Kapitel V

##### Beskyttelse af skatteydere og fremgangsmåden ved indgåelse af gensidige aftaler

#### Artikel 41

##### Ikke-diskriminering

1. Statsborgere i en kontraherende stat skal ikke i den anden kontraherende stat kunne undergives nogen beskatning eller dermed forbundne krav, som er anderledes eller mere byrdefulde end den beskatning og dermed forbundne krav, som statsborgere i denne anden stat under samme forhold, især med hensyn til hjemsted, er eller måtte blive undergivet. Uanset bestemmelserne i artikel 2, stykke 4, skal denne bestemmelse også finde anvendelse på personer, der ikke er hjemmehørende i en af eller begge de kontraherende stater.

2. Beskatningen af et fast driftssted, som et foretagende i en kontraherende stat har i den anden kontraherende stat, må ikke være mindre fordelagtig i denne anden stat end beskatningen af foretagender i denne anden stat, der driver samme virksomhed. Denne bestemmelse skal ikke kunne fortolkes som forpligtende en kontraherende stat til at indrømme personer, der er hjemmehørende i den anden kontraherende stat, de personlige skattemæssige begunstigelser, lempelser og nedsættelser, som den kun indrømmer personer, der er hjemmehørende inden for dens eget område.

3. Medmindre bestemmelserne i artikel 9, stykke 1, artikel 11, stykke 4, eller artikel 12, stykke 4, finder anvendelse, skal renter, royalties og andre betalinger, der udrødes af et foretagende i en kontraherende stat til en person hjemmehørende i den anden kontraherende stat, kunne fratrækkes ved fastsættelsen af et sådant foretagendes skattepligtige indkomst under samme betingelser, som hvis betalingerne var sket til en person hjemmehørende i den førstnævnte stat. På samme måde skal enhver gæld, som et foretagende i en stat har til en person hjemmehørende i den anden stat, kunne fratrækkes ved fastsættelsen af et sådant foretagendes skattepligtige formue under samme betingelser, som hvis gælden var blevet stiftet over for en person hjemmehørende i den førstnævnte stat.

4. Foretagender i en kontraherende stat, hvis formue helt eller delvis ejes eller kontrolleres, direkte eller indirekte, af en eller flere personer, der er hjemmehørende i den anden kontraherende stat, skal ikke i den førstnævnte stat kunne undergives nogen beskatning eller dermed forbundne krav, som er anderledes eller mere byrdefulde end den beskatning og dermed forbundne krav, som andre tilsvarende foretagender i den førstnævnte stat er eller måtte blive undergivet.

5. Uanset bestemmelserne i artikel 2 skal bestemmelserne i denne artikel finde anvendelse på skatter af enhver art og betegnelse.

#### Artikel 42

##### Forhandlinger

1. De kompetente myndigheder i de kontraherende stater skal søge ved gensidig aftale at løse vanskeligheder eller tvivsspørgsmål, der måtte opstå med hensyn til fortolkningen eller anvendelsen af overenskomsten i almindelighed eller i enkelt

tilfælde. De kan også forhandle om undgåelse af dobbeltbeskatning i tilfælde, som ikke er omhandlet af overenskomsten, eller om indgåelse af særlige aftaler til løsning af spørgsmål, som har forbindelse med skatter i overenskomstens forstand, og som opstår på grund af staternes forskellige metoder til fastsættelse af skattegrundlaget eller af andre grunde. De kan desuden forhandle med henblik på at formindske eller undgå andre vanskeligheder, som opstår på grund af forskelligheder i deres respektive skattelove og med henblik på at træffe foranstaltninger mod international skatteomgåelse og -unddragelse.

2. I særdeleshed kan de kompetente myndigheder i de kontraherende stater indgå vejledende aftaler med henblik på

- e) at afklare tvivsspørgsmål med hensyn til skatter, som overenskomsten finder anvendelse på efter artikel 2, stykke 3;
- b) at fastsætte, hvorledes overenskomstens bestemmelser om begrænsning, især bestemmelserne i artikel 10 til 12, skal gennemføres.

3. De kompetente myndigheder i de kontraherende stater kan forhandle om almindelige aftaler for på grundlag af overenskomsten at sikre skatteydernes ret til at kræve en koordineret anvendelse af overenskomsten i begge stater ved fælles fortolkning eller særlige procedurer.

#### Artikel 43

##### Fremsgangsmåden ved indgåelse af gensidige aftaler

1. I tilfælde, hvor en person mener, at foranstaltninger, truffet af en af eller begge de kontraherende stater, for ham medfører eller vil medføre en beskatning, som ikke er i overensstemmelse med bestemmelserne i denne overenskomst, kan han, uanset hvilke retsmidler der måtte være fastsat i disse staters interne lovgivning, indbringe sin sag for den kompetente myndighed i den kontraherende stat, i hvilken han er hjemmehørende eller, såfremt tilfældet er omfattet af artikel 41, stykke 1, for den kompetente myndighed i den af de kontraherende stater, i hvilken han er statsborger. Sagen skal forelægges inden tre år fra den dag, hvor der er givet ham den første underretning om den foranstaltning, der medfører en beskatning, som ikke er i overensstemmelse med bestemmelserne i overenskomsten.

2. Den kompetente myndighed skal, hvis indsigtelsen synes at være begrundet, og hvis den ikke selv kan nå til en tilfredsstillende løsning, søge at løse sagen ved gensidig aftale med den kompetente myndighed i den anden kontraherende stat med henblik på at undgå en beskatning, der ikke er i overensstemmelse med overenskomsten. Enhver indgået aftale skal gennemføres uden hensyn til frister, der måtte gælde ifølge de kontraherende staters interne lovgivning.

3. De kompetente myndigheder i de kontraherende stater kan rådføre sig med hinanden efter artikel 42 eller de ovenstående bestemmelser i denne artikel, i særdeleshed med henblik på at nå enighed som vidt som muligt om

- a) den samme henføring af fortjeneste til et foretagende i en kontraherende stat og til dets faste driftssted beliggende i den anden kontraherende stat;
- b) den samme henføring af fortjeneste mellem forbundne foretagender som omhandlet i artikel 9;
- c) den samme behandling af indkomst, som er sidestillet med indkomst fra aktier i kildestaten, og som bliver henført til anden indkomst i den anden stat;
- d) den samme behandling af gæld ved beskatningen af formue, dødsboer samt arv og gave.



#### Artikel 44

##### Fremgangsmåde

1. De kompetente myndigheder i de kontraherende stater kan træde i direkte forbindelse med hinanden med henblik på indgåelse af aftaler i overensstemmelse med artikel 42 og 43.

2. Når det for tilvejebringelse af en aftale skønnes ønskeligt, at der finder en mundtlig forhandling sted, kan en sådan finde sted i et udvalg bestående af repræsentanter for de kompetente myndigheder i de kontraherende stater.

3. De kompetente myndigheder kan i fællesskab pålægge et uafhængigt organ at give en ekspertudtalelse om en sag, som de har forelagt det.

4. Når fremgangsmåden vedrører en konkret sag, skal de berørte personer høres.

#### Kapitel VI

##### Særlige bestemmelser

#### Artikel 45

##### Anvendelse af overenskomsten i særlige sager

1. Bopælsstaten skal undgå dobbeltbeskatning ved indrømmelse af credit i henhold til artikel 24 i stedet for indrømmelse af eksemption i henhold til samme artikel.

- a) hvis indkomst eller formue i de kontraherende stater er placeret under forskellige bestemmelser i overenskomsten eller henført til forskellige personer (undtagen i henhold til artikel 9), og denne konflikt ikke kan løses ved en fremgangsmåde i overensstemmelse med kapitel V, og hvis den pågældende indkomst eller formue som resultat af denne forskel i placering eller henføring ville forblive ubeskattet eller kun genstand for nedsat beskatning, eller
- b) hvis bopælsstaten efter behørig rådføring og under forbehold for begrænsningerne i dens interne lovgivning giver underretning til den anden stat ad diplomatisk vej om anden indkomst, hvorpå den har til hensigt at anvende bestemmelserne i dette stykke. Underretningen skal først have virkning fra den første dag i det kalenderår, som følger efter det år, i hvilket underretningen er givet, og når alle lovbestemte betingelser om virkning af underretningen efter den interne lovgivning i den stat, som giver underretningen, er blevet opfyldt.

2. Denne overenskomst skal ikke kunne fortolkes således.

- a) at en skatteyder, som drager ubehørig fordel af lovgivningen, kan omgå sine skattemæssige forpligtelser i en kontraherende stat;
- b) Forbundsrepublikken Tyskland er forhindret i at pålægge skatter på beløb, som skal medregnes i indkomsten for en person, der er hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland, i henhold til fjerde del af den tyske Aussensteuergesetz;
- c) Danmark er forhindret i at pålægge skatter i henhold til regler, som efter begrundelse og formål svarer til de ovenfor i litra b) nævnte regler.

Hvis de ovenfor nævnte bestemmelser resulterer i dobbeltbeskatning, skal de kompetente myndigheder rådføre sig med hinanden i henhold til artikel 43, stykke 3, om undgåelse af dobbeltbeskatning.

#### Artikel 46

##### Tilbagebetaling af kildeskat

1. Hvis skatter på udbytter, renter, royalties eller andre former for indkomst i en af de kontraherende stater opkræves ved inde-

holdelse ved kilden, skal retten til at opkræve kildeskat efter satsen i henhold til intern lovgivning ikke berøres af bestemmelserne i denne overenskomst.

2. Den således indeholdte kildeskat skal tilbagebetales efter anmodning, i det omfang dens opkrævning er begrænset af denne overenskomst.

3. Tidsfristen for anmodning om tilbagebetaling er fire år efter udløbet af det kalenderår, i hvilket de pågældende udbytter, renter, royalties eller andre former for indkomst er blevet udbetalt.

4. Den kontraherende stat, hvorfra indkomsten stammer, kan forlange en administrativ bekræftelse fra den kontraherende stat, hvori skatteyderen er hjemmehørende, med hensyn til opfyldelsen af betingelserne for fuld skattepligt i denne stat.

5. De kompetente myndigheder i de kontraherende stater skal gennemføre de foranstående bestemmelser ved gensidig aftale i henhold til artikel 43.

6. De kompetente myndigheder i de kontraherende stater kan ved gensidig aftale fastsætte anden fremgangsmåde for gennemførelsen af skatteenedsættelse i henhold til denne overenskomst.

#### Artikel 47

##### Medlemmer af diplomatiske eller konsulære repræsentationer

1. Intet i denne overenskomst berører de skattemæssige be-  
gunstigelser, som medlemmer af diplomatiske eller konsulære  
repræsentationer så vel som embedsmænd ved internationale  
organisationer måtte nyde i kraft af folkerettens almindelige regler  
eller særlige aftaler.

2. I det omfang indkomst eller formue som følge af sådanne  
begunstigelser ikke beskattes i modtagerstaten, skal udsender-  
staten have ret til at beskatte sådan indkomst eller formue.

3. Uanset bestemmelserne i artikel 4, skal en fysisk person,  
som er medlem af en kontraherende stats diplomatiske, konsu-  
lære eller faste repræsentation, som er beliggende i den anden  
kontraherende stat eller i en tredje stat, anses ved anvendelsen af  
denne overenskomst for at være hjemmehørende i udsendersta-  
ten, hvis

- a) han i henhold til folkeretten ikke er underkastet beskatning i  
modtagerstaten, for så vidt angår sin indkomst fra kilder uden  
for denne stat eller sin formue, beliggende uden for denne stat,  
og
- b) han i udsenderstaten er underkastet beskatning af hele sin  
indkomst eller formue på samme måde som personer, der er  
hjemmehørende i denne stat.

4. Overenskomsten skal ikke gælde for internationale organi-  
sationer, for deres organer eller embedsmænd og for medlemmer  
af diplomatiske, konsulære eller faste repræsentationer fra en  
tredje stat, som opholder sig i en kontraherende stat og ikke i  
nogen af de kontraherende stater er underkastet beskatning af  
indkomst og formue på samme måde som personer, der er hjem-  
mehørende der.

#### Artikel 48

##### Territorial udvidelse

1. Denne overenskomst kan enten i sin helhed eller med de  
nødvendige ændringer udvides til enhver del af det til de kontrahe-  
rende stater hørende område, som specielt er holdt uden for  
denne overenskomsts anvendelse, og som påligner skatter af  
væsentlig samme art som de skatter, overenskomsten finder  
anvendelse på. Enhver sådan udvidelse skal have virkning fra det  
tidspunkt og være undergivet sådanne ændringer og betingelser,  
herunder betingelser vedrørende opsigelse, som måtte blive fast-  
sat mellem de kontraherende stater i noter, der skal udveksles ad

diplomatiisk vej, eller på enhver anden måde, der er i overensstemmelse med deres forfatningsmæssige regler.

2. Medmindre de kontraherende stater har aftalt andet, skal opsigelsen af overenskomsten af en af dem i henhold til artikel 50 også - på den måde, som er angivet i nævnte artikel - bringe anvendelsen af overenskomsten til ophør på enhver del af det til de kontraherende stater hørende område, til hvilken den er blevet udvidet i henhold til denne artikel.

#### **Artikel 49**

##### **Ikrafttræden**

1. Denne overenskomst skal ratificeres; ratifikationsinstrumenter skal udveksles så hurtigt som muligt i København

2. Overenskomsten skal træde i kraft en måned efter udvekslingen af ratifikationsinstrumenterne, og dens bestemmelser skal have virkning i begge stater

- a) for så vidt angår indkomst- og formueskatter, for det skatteår, som falder sammen med eller træder i stedet for det kalenderår, som følger umiddelbart efter det år, hvori overenskomsten trådte i kraft, og efterfølgende indkomstår;
- b) for så vidt angår skatter på dødsboer og arv, for boer efter personer, som døde den 1. januar i det kalenderår, som følger efter det år, hvori overenskomsten trådte i kraft, eller senere, og for så vidt angår skatter af gaver, for gaver, som ydes den 1. januar i det nævnte år eller senere;
- c) for foranstaltninger til bistand, som bliver udtørt den 1. januar i det kalenderår, som følger efter det år, hvori overenskomsten trådte i kraft, eller senere;
- d) for så vidt angår kildeskatter på udbytter, renter og royalties, for beløb, som er betalt eller godskrevet den 1. januar i det kalenderår, som følger efter det år, hvori overenskomsten trådte i kraft, eller senere.

3. Ved overenskomstens ikrafttræden skal overenskomsten, som blev underskrevet i København den 30. januar 1962 mellem Forbundsrepublikken Tyskland og Kongeriget Danmark til undgåelse af dobbeltbeskatning og om gensidig administrativ og retslig bistand vedrørende skatter af indkomst og formue samt erhvervsskat og ejendomsskatter ophøre med at have virkning for så vidt angår skatter, som denne overenskomst finder anvendelse på i henhold til med bestemmelserne ovenfor i stykke 2.

#### **Artikel 50**

##### **Gyldighedsperiode, Opsigelse**

Denne overenskomst skal forblive i kraft på ubestemt tid, men hver af de kontraherende stater kan den 30. juni eller tidligere i ethvert kalenderår efter udløbet af en periode på fem år fra datoen for dens ikrafttræden, give den anden kontraherende stat ad diplomatiisk vej skriftlig meddelelse om opsigelse, og i så fald skal overenskomsten ophøre med at have virkning i begge stater

- a) for så vidt angår indkomst- og formueskatter, for de skatteår, som er påbegyndt den 1. januar i det kalenderår, som følger umiddelbart efter det år, hvori underretningen er givet, eller som begynder den 1. januar i nævnte kalenderår eller senere;
- b) for så vidt angår skatter på dødsboer og arv, for boer efter personer, som dør den 1. januar i det kalenderår, som følger efter det år, hvori underretning om opsigelse er givet, eller senere, og for så vidt angår skatter af gaver, for gaver, som ydes den 1. januar i det nævnte år eller senere;
- c) for foranstaltninger til bistand, som udføres den 1. januar i det kalenderår, som følger efter det år, hvori underretning om opsigelse er givet, eller senere;

- d) for så vidt angår kildeskatter på udbytter, renter og royalties, for beløb, som bliver betalt eller godskrevet den 1. januar i det kalenderår, som følger efter det år, hvori underretning om opsigelse er givet, eller senere.

Udfærdiget i Bonn den 22. November 1995 i to eksemplarer, hver på dansk og tysk, således at begge tekster har lige gyldighed.

For Forbundsrepublikken Tyskland  
Peter Hartmann  
Dr. Theo Waigel

For Kongeriget Danmark  
Marianne Jelved

## Bilag

De gældende skatter, på hvilke overenskomsten skal finde anvendelse, er især:

### 1. I Forbundsrepublikken Tyskland

#### Kapitel II

- a) Indkomstskat (Einkommensteuer);
- b) Selskabsskat (Körperschaftsteuer);
- c) Formueskat (Vermögensteuer);
- d) Erhvervsskat (Gewerbesteuer);
- e) Grundskat (Grundsteuer);
- f) Solidaritetsligning på indkomst- og selskabsskat (Solidaritätszuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer);

#### Kapitel III

Afgift af arv og gave (Erb- und Schenkungsteuer);

#### Kapitel IV

- a) Skatter omfattet af kapitel II og III;
- b) Omsætningskat (Umsatzsteuer);
- c) Skat på grund-overdragelse (Grunderwerbsteuer);
- d) Forsikringskat (Versicherungsteuer);
- e) Skat på motorkøretøjer (Kraftfahrzeugsteuer);
- f) Kirkeskatter (Kirchensteuern);
- g) Skat på drikkevarer (Getränkesteuer);
- h) Forlystelsesskat (Vergnügungssteuer);
- i) Tillæg ved forsinket indgivelse af selvangivelse eller forsinket betaling, renter og omkostninger (Verspätungs- und Säumniszuschläge, Zinsen und Kosten);

### 2. I Danmark

#### Kapitel II

- a) Indkomstskatten til staten;
- b) Den kommunale indkomstskat;
- c) Den amtskommunale indkomstskat;
- d) Den særlige indkomstskat;
- e) Kirkeskatten;
- f) Udbytteskatten;

- g) Renteskatten;
- h) Royaltyskatten;
- i) Skatter i henhold til kulbrinteskatteloven;
- j) Formueskatten til staten;

**Kapitel III**

Afgift af arv og gave;

**Kapitel IV**

- a) Skatter omfattet af kapitel II og III;
- b) Frigørelsesafgift;
- c) Kommunal grundskyld;
- d) Amtskommunal grundskyld;
- e) Registreringsafgift og vægtafgift på motorkøretøjer;
- f) Afgift af ansvarsforsikring af motorkøretøjer;
- g) Renter, omkostninger og skattetillæg, som ikke er bøder.

## Protokol

Forbundsrepublikken Tyskland

og

Kongeriget Danmark

er ved undertegnelsen i Bonn den 22. November 1995 af Overenskomsten mellem de to Stater til undgåelse af dobbeltbeskatning for så vidt angår indkomst- og formueskatter og for så vidt angår skatter i boer, af arv og af gave samt vedrørende bistand i skattesager blevet enige om følgende bestemmelser, der skal udgøre en integrerende del af nævnte overenskomst:

I tilfælde, hvor der i overensstemmelse med den nationale lovgivning er udvekslet oplysninger om personer i henhold til denne overenskomst, skal følgende tillægsbestemmelser finde anvendelse:

- a) Den kontraherende stat, der modtager oplysningerne, må kun benytte sådanne oplysninger til de formål, og under de betingelser, der er fastsat i artikel 38.
- b) Den kontraherende stat, der modtager oplysningerne, skal efter anmodning informere den kontraherende stat, der meddeler oplysningerne, om anvendelsen af de meddelte oplysninger og om det opnåede resultat.
- c) Den kontraherende stat, der meddeler oplysningerne, skal være forpligtet til at sikre, at de oplysninger, der meddeles, er nøjagtige og at de er nødvendige for og svarer til det formål, hvortil de meddeles. Ethvert forbud mod meddelelse af oplysninger, foreskrevet i den gældende nationale lovgivning, skal overholdes i overensstemmelse med artikel 37. Hvis det viser sig, at der er meddelt unøjagtige oplysninger eller oplysninger, der ikke burde være meddelt, skal den kontraherende stat, der modtager oplysningerne, omgående informeres herom. Denne stat skal være forpligtet til at rette eller slette sådanne oplysninger.
- d) Efter anmodning skal den pågældende person informeres, når der meddeles oplysninger, der angår ham, og om anvendelsen af sådanne oplysninger. Der skal ikke være pligt til at give disse informationer, hvis det alt i alt fremgår, at det offentlige interesse i at tilbageholde dem er større end den pågældende persons interesse i at modtage dem. I alle andre henseender skal den pågældende persons ret til at blive informeret, når der meddeles oplysninger, der angår ham, reguleres af den nationale lovgivning i den kontraherende stat, hvortil anmodningen om information er fremsat.
- e) Den kontraherende stat, der modtager oplysningerne, skal bære ansvaret i overensstemmelse med dens nationale lovgivning over for enhver person, der måtte lide retsstridig skade som et resultat af oplysninger, der er meddelt i henhold til denne overenskomst. Den kontraherende stat, der modtager oplysningerne, kan ikke påberåbe sig overfor den skadede person, at skaden er forårsaget af den kontraherende stat, der meddeler oplysningerne.
- f) Hvis der i den nationale lovgivning i den kontraherende stat, der meddeler oplysningerne, er fastsat en frist for sletning af oplysninger, skal denne stat tilkendegive en sådan frist, når oplysningerne meddeles. Uanset en sådan frist skal meddelte personoplysninger slettes, så snart de ikke længere er nødvendige for det formål, hvortil de blev meddelt.
- g) Den meddelende og den modtagende kontraherende stat er forpligtet til at føre officielle protokoller om meddelelse og modtagelse af personoplysninger.
- h) Den meddelende og den modtagende kontraherende stat er forpligtet til at tage effektive foranstaltninger for at beskytte meddelte personoplysninger mod uautoriseret adgang, uautoriserede ændringer og uautoriseret udlevering.

[TRANSLATION - TRADUCTION]

CONVENTION BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND  
THE KINGDOM OF DENMARK FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE  
TAXATION WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME, CAPITAL,  
ESTATES, INHERITANCES AND DONATIONS AND FOR MUTUAL  
ASSISTANCE IN TAXATION MATTERS (GERMAN-DANISH TAX  
AGREEMENT)

The Federal Republic of Germany

and

the Kingdom of Denmark,

Desiring to avoid double taxation and provide mutual assistance in taxation matters through a new Convention which takes account of current relations between the two States and developments in tax law,

Have agreed as follows:

CHAPTER I. GENERAL PROVISIONS

*Article 1. Purpose of the Convention*

The Contracting Parties shall take joint action in pursuance of this Convention in order to avoid double taxation and ensure the collection of taxes. To that end, the competent authorities of the Contracting Parties shall inform each other about amendments to their tax laws at suitable intervals and shall discuss how the aforementioned aims are to be achieved. Under this Convention, the competent authorities may maintain direct contact with each other.

*Article 2. Scope of the Convention*

1. This Convention shall apply to the following taxes imposed on behalf of a Contracting Party or of its political subdivisions or local authorities, irrespective of the manner in which they are levied:

(a) Chapter II, taxes on income and capital: there shall be regarded as such taxes all taxes imposed on total income, on total capital or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, as well as taxes on capital appreciation;

(b) Chapter III, taxes on estates, inheritances and donations: there shall be regarded as such taxes:

(aa) Taxes imposed on the occasion of death in the form of tax on the corpus of the estate, of tax on inheritances, of transfer duties or of taxes on donations, mortis causa, or



(bb) Taxes imposed on transfers between living persons solely because the transfers are gratuitous or carried out in return for consideration which is too modest;

(c) Chapter IV, taxes of every kind and description unless the context otherwise requires: customs duties, monopoly levies and excise duties shall, however, be excluded; value-added tax and luxury taxes shall not be deemed excise duties within the meaning of this Chapter.

2. The existing taxes to which the Chapters of the Convention apply are listed in the Annex to this Convention.

3. The Convention shall also apply to any identical or substantially similar taxes which are imposed after the date of signature of the Convention in addition to, or in place of, the existing taxes.

4. In this Convention,

(a) Chapter II shall apply to the residents of one or both Contracting States;

(b) Chapter III shall apply to:

(aa) Estates and inheritances, if the deceased was resident in one or both Contracting States at the time of his death, and

(bb) Donations, if the donor was resident in one or both of the Contracting States at the time of the donation;

(c) Chapter IV shall apply to all persons irrespective of whether or not they are resident in a Contracting State or in another State or are nationals of a Contracting State or of another State.

### *Article 3. General definitions*

1. For the purposes of this Convention, unless the context otherwise requires:

(a) The terms "a Contracting State" and "the other Contracting State" mean, depending on the context, the Federal Republic of Germany or the Kingdom of Denmark and the term "States" means the Federal Republic of Germany or the Kingdom of Denmark;

(b) The term "Federal Republic of Germany" means the territory where the tax law of the Federal Republic of Germany is in force, as well as the areas of the sea-bed, subsoil and superjacent waters which are contiguous to the territorial sea of the Federal Republic of Germany, in so far as the Federal Republic of Germany under international law exercises sovereign rights and powers to explore and exploit natural resources therein;

(c) The term "Denmark" means the Kingdom of Denmark including the areas outside the Danish territorial sea which in accordance with international law and under Danish law are identified, or which may in the future be identified, as areas in which Denmark may exercise sovereign rights to explore and exploit the natural resources of the sea-bed, subsoil and superjacent waters and, with regard to other activities, to explore and work the area in question for economic purposes; the term excludes the Faeroes and Greenland;

(d) The term "person" includes individuals and companies;

(e) The term "company" means any body corporate or any entity which is treated as a body corporate for tax purposes;

(f) The term "immovable property" shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of private law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work mineral deposits, sources and other natural resources; ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property;

(g) The terms "enterprise of a Contracting State" and "enterprise of the other Contracting State" mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;

(h) The term "international traffic" means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise which has its place of effective management in a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;

(i) The term "capital forming part of the estate or a donation of a resident of a Contracting State" includes all assets, the transmission or transfer of which is subject to taxation under Chapter III of the Convention;

(j) The term "national" means:

(aa) In respect of the Federal Republic of Germany, all Germans within the meaning of article 116, paragraph 1, of the Basic Law of the Federal Republic of Germany and all bodies corporate, partnerships (Personengesellschaften) or other associations of persons (Personenvereinigungen) which have been set up in accordance with the law of the Federal Republic of Germany;

(bb) In respect of Denmark, all individuals who possess Danish nationality and all bodies corporate, partnerships (interessentskab) and other associations (forening) of persons which have been set up in accordance with Danish law;

(k) The term "competent authority" means:

(aa) In the Federal Republic of Germany, the Federal Ministry of Finance or the authority to which it has delegated its powers;

(bb) In Denmark, the Minister for Taxation or his duly authorized representative.

2. As regards the application of the Convention by a Contracting State, any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning which it has under the law of that State for the purposes of the taxes to which the Convention applies.

#### *Article 4. Resident*

1. For the purposes of this Convention, the term "resident of a Contracting State" means:

(a) For the purposes of taxes on income and capital, a person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature. But this term does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or capital situated therein;

(b) For the purpose of taxes on estates, inheritances and donations, a person with an estate or a donation who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature. But this term does not include any person whose estate or donation is liable to tax in respect only of capital situated therein.

2. Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

(a) He shall be deemed to be a resident only of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States he shall be deemed to a resident of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);

(b) If the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has his habitual abode;

(c) If he has an habitual abode in both States or in neither of them he shall be deemed to be a resident only of the State of which he is a national;

(d) If he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

3. Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident only of the State in which its place of effective management is situated.

#### *Article 5. Permanent establishment*

1. For the purposes of this Convention, the term "permanent establishment" means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

2. The term "permanent establishment" includes especially:

(a) A place of management;

(b) A branch;

(c) An office;

(d) A factory;

(e) A workshop;

(f) A mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.

3. A building site or construction or installation project constitutes a permanent establishment only if it lasts more than twelve months.

4. Notwithstanding the preceding provisions of this article, the term "permanent establishment" shall be deemed not to include:

(a) The use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;

(b) The maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;

(c) The maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;

(d) The maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information for the enterprise;

(e) The maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;

(f) The maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on several of the activities listed in subparagraphs (a) to (e), provided that the resultant overall activity of the fixed place of business is of a preparatory or auxiliary character.

5. Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, for the purposes of Chapter II, where a person -- other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies -- is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

6. An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.

7. The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise) shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

## CHAPTER II. TAXATION OF INCOME AND CAPITAL

### *Article 6. Income from immovable property*

1. Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, leasing or use in any other form of immovable property.

3. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of independent personal services.

*Article 7. Business profits*

1. The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

2. Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

3. In the determination of the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

4. Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this article.

5. No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

6. For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

7. Where profits include items of income which are dealt with separately in other articles of this Convention, then the provisions of those articles shall not be affected by the provisions of this article.

*Article 8. Shipping, inland waterways  
transport and air transport*

1. Profits from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated. Those profits shall also comprise income derived by the enterprise from the use, maintenance or leasing of containers (including trailer ships, lighters and similar equipment for the transportation of containers) used for the transportation of goods or merchandise in international traffic, if that income is attributable to the profits referred to in the previous sentence.

2. Profits from the operation of boats engaged in inland waterways transport shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

3. If the place of effective management of a shipping enterprise or of an inland waterways transport enterprise is aboard a ship or a boat, then it shall be deemed to be situated in the Contracting State in which the home harbour of the ship or boat is situated, or, if there is no such home harbour, in the Contracting State of which the operator of the ship or boat is a resident.

4. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

5. Paragraphs 1 and 4 shall apply only to that portion of the profits of the Danish, Norwegian and Swedish air transport enterprise Scandinavian Airlines System (SAS) which is equivalent to the participation in the consortium of Det Danske Luftfartsselskab (DDL), the Danish partner of Scandinavian Airlines System (SAS).

#### *Article 9. Associated enterprises*

##### I. Where:

(a) An enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or

(b) The same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

2. Where a Contracting State includes in the profits of an enterprise of that State -- and taxes accordingly -- profits on which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other State and if the other Contracting State agrees that the profits so included are profits which would have accrued to the enterprise of the first-mentioned State if the conditions made between the two enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then that other State shall make an appropriate adjustment to the amount of the tax charged therein on those profits, in so far as that is necessary for the avoidance of double taxation. In determining such adjustment, due regard shall be had to the other provisions of the Convention and the competent authorities of the Contracting States shall, if necessary, consult each other.

#### *Article 10. Dividends*

1. Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting Party to a resident of the other Contracting Party may be taxed in that other State.

2. However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the dividends, the tax so charged shall not exceed 15 per cent of the gross amount of the dividends. This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

3. Notwithstanding paragraph 2, the tax so charged shall not exceed 5 per cent of the gross amount of the dividends if the beneficial owner is a company which directly owns at least 10 per cent of the capital of the company paying the dividends. This paragraph shall not affect more favourable treatment of dividends on the basis of Council Directive No. 90/435/EEC of 23 July 1990 on the common system of taxation applicable in the cases of parent companies and subsidiaries of different Member States (O.J. EC No. L 225, p. 6).

4. The term "dividends" as used in this article means income from shares, "jouissance" shares or "jouissance" rights, mining shares, founders' shares or other rights, not being debt claims, participating in profits, as well as other income which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident. In the Federal Republic of Germany, the term "dividends" also comprises income of a sleeping partner from his participation in a sleeping partnership, income from loans with profit participation, participating debentures and other profit-dependent payments, as well as distributions on participation certificates in an investment trust.

5. Notwithstanding paragraphs 2 and 3, tax may be charged on income from rights and debt-claims with profit-sharing (in the Federal Republic of Germany such income shall include the income of a sleeping partner from his participation in a sleeping partnership, from loans with profit participation or from participating debentures) in the Contracting State in which it arises, according to the law of that State, if in that State it is deductible when determining the debtor's profits. Tax may not, however, exceed 25 per cent of the gross amount of income.

6. The provisions of paragraphs 1, 2 and 5 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of article 7 or article 14, as the case may be, shall apply.

7. Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or a fixed base situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

*Article 11. Interest*

1. Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed only in the other State when that person is the beneficial owner.

2. The term "interest" as used in this article means income from debt-claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor's profits, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums from such securities, bonds or debentures and prizes from lottery loans. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this article. The term "interest" does not, however, comprise the income dealt with in article 10.

3. The provisions of paragraph 1 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such cases the provisions of article 7 or article 14, as the case may be, shall apply.

4. Where by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, for whatever reason, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this article shall apply only to the last mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

*Article 12. Royalties*

1. Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting Party may be taxed only in that other State if that person is the beneficial owner.

2. The term "royalties" as used in this article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematograph films, or films or tapes used for radio or television broadcasting, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

3. The provisions of paragraph 1 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such cases the provisions of article 7 or article 14, as the case may be, shall apply.

4. Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having re-



gard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

*Article 13. Capital gains*

1. Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property situated in the other Contracting State may be taxed in that other State. Gains from the alienation of shares, rights or participation in a company, any other body corporate or partnership, the capital of which chiefly comprises immovable property situated in a Contracting State or rights thereto, or of stakes in a company the capital of which chiefly comprises immovable property situated in a Contracting State or rights thereto, may be taxed in the State in which the immovable property is situated.

2. Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) or of such fixed base, may be taxed in that other State.

3. Gains from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic, boats engaged in inland waterways transport or movable property pertaining to the operation of such ships, aircraft or boats, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated. Article 8, paragraph 3, shall apply accordingly. This paragraph shall apply only to that portion of the gains of the Danish, Norwegian and Swedish air transport consortium Scandinavian Airlines System (SAS) which is equivalent to the participation in the consortium of Det Danske Luftfartsselskap (DDL), the Danish partner of Scandinavian Airlines System (SAS).

4. Income or gains from the alienation of any property other than that referred to in paragraphs 1, 2, and 3 shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

5. When an individual has been resident in a Contracting State for at least five years and has become resident in the other Contracting State, paragraph 4 shall not affect the right of the first-mentioned State to tax in accordance with its domestic legal provisions capital gains in respect of shares held by that individual, for the period of time preceding that at which that person's place of residence changed. If the gain resulting from a subsequent alienation of the shares is taxed by the other Contracting State in pursuance of paragraph 4, the other State shall permit the amount equivalent to the income tax paid in the first-mentioned State to be deducted from tax on that income. The amount deducted may not, however, exceed that part of the income tax computed before the deduction and due on the income which may be taxed in the first-mentioned State in accordance with this paragraph.

*Article 14. Independent personal services*

1. Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other activities of an independent character shall be taxable only in that State unless he has a fixed base regularly available to him in the other Contracting State for the purpose of performing his activities. If he has such a fixed base, the income may be taxed in the other State, but only so much of it as is attributable to that fixed base.

2. The term "professional services" includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities as well as the independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists and accountants.

*Article 15. Dependent personal services*

1. Subject to the provisions of articles 16, 18, 19 and 20 salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

(a) The employment is exercised in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days of the calendar year concerned; and

(b) The remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State; and

(c) The remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

3. Notwithstanding the preceding provisions of this article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic, or aboard a boat engaged in inland waterways transport, may be taxed in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated. If a resident of Denmark derives remuneration from employment aboard an aircraft operated in international traffic by the consortium Scandinavian Airlines System, such remuneration may be taxed only in Denmark.

4. The provisions of paragraph 2 shall not apply to remuneration for work performed within the framework of a commercial personnel leasing agreement. The competent authorities shall make such arrangements as are necessary under article 43 in order to avoid the double levying of taxes deducted at source and to secure the tax claims of both States.

*Article 16. Directors' fees*

1. Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. Salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State or by several such persons in their capacity, in accordance with commercial law, as managers of a company resident in the other Contracting State may be taxed in the other State.

*Article 17. Income earned by artistes and sportsmen*

1. Notwithstanding the provisions of articles 7, 14 and 15, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as a sportsman, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

2. Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsman in his capacity as such accrues not to the entertainer or sportsman himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of articles 7, 14 and 15, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsman are exercised.

3. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply to the activities of entertainers and sportsmen when their sojourn in a Contracting State is wholly, or to a considerable extent, subsidized directly or indirectly from public funds of the other Contracting State.

*Article 18. Pensions and similar remuneration*

1. Subject to the provisions of paragraph 2 of article 19, pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment, shall be taxable only in that State.

2. Notwithstanding paragraph 1, payments received by a resident of a Contracting State on the basis of the social security legislation of the other Contracting State, shall be taxable only in that other State.

3. Pensions and other periodical or non-recurring payments which are made by a Contracting State or other body corporate under the public or private law of that State as compensation for injury or damage sustained as a result of hostilities or political persecution, may be taxed only in that State.

4. If an individual was a resident of a Contracting State and has become a resident of the other Contracting State, paragraph 1 or article 21 shall not affect the right of the first-mentioned State to tax according to its domestic legal provisions the pensions, similar payments and annuities accruing to the individual from the first-mentioned State, unless that individual has become a resident of the other State before the entry into force of the Convention.

5. The term "annuity" means specified amounts payable regularly on established dates for life or during a determined or determinable period on the basis of an obligation which provides for such payments in fair and reasonable consideration of payments in money or services of pecuniary value.

6. Maintenance or similar payments originating in one Contracting Party and paid or made to a resident of the other Contracting State, may be taxed only in the other State.

When determining the taxable income of an individual resident in the Federal Republic of Germany, the amount to be taken into consideration in respect of maintenance or similar payments to an individual resident in Denmark, shall be the amount which would have been taken into consideration if the latter person had been subject to unrestricted taxation in the Federal Republic of Germany.

*Article 19. Government Service*

1. Remunerations, other than a pension, paid by a Contracting State, a political subdivision, local authority or Land thereof, or another body corporate under the public law of either State to an individual in respect of services rendered shall be taxable only in that State. Such remuneration shall however be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State, the individual is a resident of that State and is not a national of the first-mentioned State and the first-mentioned State may not avail itself of its right under the first sentence to charge tax in accordance with its legislation.

2. Pensions paid by a Contracting State, a political subdivision, local authority or Land thereof, or any other body corporate under the public law of either State to an individual for past services, may be taxed only in that State.

3. The provisions of articles 15, 16 and 18 shall apply to remuneration and pensions in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State, a political subdivision, local authority or Land thereof or any other body corporate under the public law of either State.

4. Paragraph 1 and, in so far as subparagraph a is concerned, paragraphs 1 and 2 shall apply to payments made:

(a) In the Federal Republic of Germany by the Deutsche Post AG, Deutsche Postbank AG, Deutsche Telekom AG and Deutsche Bundesbahn AG to civil servants and by the Deutsche Bundesbank, and in Denmark by Post og Telegrafvaesenet, De Danske Statsbaner and Danmarks Nationalbank;

(b) By or on behalf of the German Goethe-Institut, Det Danske Kulturstiftelse, as well as by similar or comparable institutions as determined by the competent authorities of the Contracting States, and which are made in consideration of services rendered to such institutions;

(c) From public funds of a Contracting State as adjustment to teachers temporarily employed in the other Contracting Party, and to such payments which are made from public funds directly or indirectly by institutions as determined by the competent authorities of the Contracting States. Article 15 shall apply if these payments are not taxable in the Contracting State in which they originate.

*Article 20. Students*

Payments which a student, trainee or business apprentice who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned State solely for the purpose of his education or training re-

ceives for the purpose of his maintenance, education or training shall not be taxed in that State, provided that such payments arise from sources outside that State.

*Article 21. Other income*

1. Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing articles of this Convention shall be taxable only in that State.

2. The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property as defined in article 3, paragraph 1(f), if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of article 7 or article 14, as the case may be, shall apply.

*Article 22. Capital*

1. Capital represented by immovable property owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

2. Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or by movable property pertaining to a fixed base available to a resident of Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, may be taxed in that other State.

3. Capital represented by ships and aircraft operated in international traffic and by boats engaged in inland waterways transport, and by movable property pertaining to the operation of such ships, aircraft and boats, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated. Article 8, paragraph 3 shall apply accordingly. This paragraph shall apply only to that portion of the capital of the Danish, Norwegian and Swedish air transport consortium Scandinavian Airlines System (SAS) which is equivalent to the participation in the consortium of Det Danske Luffartsselskab (DDL), the Danish partner of Scandinavian Airlines System (SAS).

4. All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

*Article 23. Activities in connection  
with preparatory surveys and the exploration  
of hydrocarbon deposits, as well as with the extraction of hydrocarbons*

1. Notwithstanding the provisions of articles 5 and 14, a resident of a Contracting State who undertakes activities in connection with preparatory surveys and the exploration of hydrocarbon deposits, as well as with the extraction of hydrocarbons in the other Contracting

State shall be deemed in this connection to be carrying on business in the other Contracting State through a permanent establishment or fixed base situated therein.

2. Paragraph 1 shall not apply if the activities are undertaken for no more than a total of 30 days within a twelve-month period. For the purposes of this paragraph, however, activities undertaken by an enterprise which is an associated enterprise within the meaning of article 9 shall be deemed to be undertaken by the enterprise with which it is associated, if the activities in question are substantially the same as those undertaken by that enterprise.

3. Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, the offshore activities of a drilling rig shall be deemed to be a permanent establishment only if they undertaken for a total of more than 365 days within an eighteen-month period. For the purposes of this paragraph, however, activities undertaken by an enterprise which is associated with another enterprise within the meaning of article 9 shall be deemed to be undertaken by the enterprise with which it is associated, if the activities in question are substantially the same as those which are undertaken by that enterprise.

4. Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, profits derived by a resident of a Contracting State from the transportation of supplies or personnel by ship or aircraft to a place in the other Contracting State where offshore activities are undertaken in connection with preparatory surveys and the exploration of hydrocarbon deposits, as well as with the extraction of hydrocarbons, or from the operation of tugs and similar ships or boats in connection with those activities, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

5. Salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft in accordance with paragraph 4 shall be taxed in pursuance of article 15, paragraph 3.

6. Notwithstanding the provisions of article 13, a capital gain attributable to a resident of a Contracting State in connection with drilling rigs used for the activities referred to in paragraph 3 shall be exempt from tax in the other Contracting State if the activities of the drilling rig are no longer subject to taxation in that State. For the purposes of this Convention, the term "capital gain" means the amount by which the market value exceeds the residual value plus any depreciation claimed at the time of the alienation.

#### *Article 24. Avoidance of double taxation*

1. Tax shall be determined in the case of a resident of the Federal Republic of Germany as follows:

(a) Unless the provisions of subparagraph (b) apply, there shall be excluded from the basis upon which German income tax is imposed any item of income arising in Denmark and possesses property situated in Denmark which, in accordance with this Convention, may be taxed in Denmark. The Federal Republic of Germany shall, however, reserve the right to take into account the income and property thus excluded when calculating the rate of taxation.

The aforementioned provisions shall apply to dividends only if the dividends are paid to a company resident in the Federal Republic of Germany by a company resident in Den-

mark but at least 10 per cent of the capital of which is directly owned by the German company.

For the purposes of tax on capital, there shall be excluded from the basis upon which German tax on capital is imposed holdings of equity capital, if any dividends on such capital would be excluded from the tax evaluation basis in accordance with the aforementioned sentence.

(b) Subject to the provisions of German tax law regarding credit for foreign taxes, there shall be allowed as a credit against German income tax Danish tax paid in pursuance of legal provisions and in accordance with this Convention on the following items of income:

(aa) Dividends not dealt with in subparagraph (a);

(bb) Income which may be taxed in Denmark under article 13, paragraph 1(2), article 15, paragraph 4, articles 16 and 17, article 18, paragraph 4, and article 23.

(c) If a company resident in Germany distributes income from sources in Denmark, the provisions of subparagraphs (a) and (b) shall not preclude the compensatory imposition of tax on such income distributed (Auschüttungsbelastung) in accordance with the provisions of the tax law of the Federal Republic of Germany.

2. Double taxation in Denmark shall be avoided:

(a) Save as provided in subparagraph (f), in cases where a resident of Denmark derives income or holds capital which may be taxed in the Federal Republic of Germany in pursuance of this Convention, Denmark shall permit:

(aa) The deduction from that person's income tax of an amount equivalent to the amount of income tax paid in the Federal Republic of Germany (including any municipal trade earnings tax) (Gewerbeertragsteuer);

(bb) The deduction from the person's tax on capital of an amount equivalent to the capital tax paid in the Federal Republic of Germany (including any municipal capital tax) (Gewerbekapitalsteuer).

(b) Such deduction shall not, however, exceed that part of the income tax or capital tax, as computed before the deduction is given, which is attributable, as the case may be, to the income or capital which may be taxed in the Federal Republic of Germany.

(c) Save as provided in subparagraph (d), dividends paid by a company resident in the Federal Republic of Germany to a company resident in Denmark which directly or indirectly owns 10 per cent of the capital of the company paying the dividend, shall be exempt from Danish tax.

(d) Subparagraph c shall apply only in so far as:

(aa) The profit out of which the dividends are paid is subject to general corporation tax in the Federal Republic of Germany or to a tax in the Federal Republic of Germany or in another State, which is comparable to the Danish tax thereon;

(bb) The dividends paid by a company resident in the Federal Republic of Germany are dividends on holdings or other rights in a company resident in a third State, which would be exempt from Danish taxation, if the holdings or rights were directly held by a company resident in Denmark.

(e) If in the case of dividends paid by a company resident in the Federal Republic of Germany to a company resident in Denmark which directly or indirectly owns at least 10 per cent of the capital of the company paying the dividends, the dividends are not exempt from Danish taxation under subparagraph (c), there shall be credited the German tax (including that portion of the municipal trade tax due on the amount earned) which must be paid by the company paying the dividends on the profit from which the dividends are paid.

(f) If a resident of Denmark derives income or possesses property which under this Convention may be taxed only in the Federal Republic of Germany, or which may be taxed there under article 15, paragraphs 1 and 3, Denmark may include such income or property in the basis upon which tax is calculated but shall however permit the deduction from income tax or capital tax of the portion of income tax or tax on capital due on income from the Federal Republic of Germany or the property situated therein.

(g) Subparagraph (f) shall apply to income which may be taxed in the Federal Republic of Germany under article 15, paragraphs 1 and 3, only if the competent authorities in Denmark are presented with documents showing that arrangements have been made to pay the German tax on such income.

3. For the purposes of this article, profits and income of a resident of a Contracting State shall be deemed to be sources from within the other Contracting State, if they are taxed in that other Contracting State in pursuance of this Convention.

### CHAPTER III. TAXATION OF ESTATES, INHERITANCES AND DONATIONS

#### *Article 25. Taxation rules*

1. Immovable property forming part of the estate or donation of a resident of a Contracting State but which is situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. Movable property of an enterprise, which forms part of the estate or donation of a resident of a Contracting State and which

(a) Constitutes business property of a permanent establishment situated in the other Contracting State, or

(b) Is used for the performance of professional services or for the exercise of other activities of an independent character and is connected with a fixed base situated in the other Contracting State,

may be taxed in the other State.

3. All other property forming part of the estate or donation of a resident of a Contracting State may be taxed only in that State, irrespective of the location of such property, save where otherwise provided in article 26.

#### *Article 26. Avoidance of double taxation*

1. In the Federal Republic of Germany, double taxation shall be avoided as follows:



(a) If the deceased was resident in the Federal Republic of Germany at the time of his death, or if the donor was resident therein at the time of his donation, the Federal Republic of Germany, acting in accordance with the provisions of German law on the crediting of foreign taxes against tax determined under its law, shall credit the tax which in Denmark has been paid on property which may be taxed in Denmark under article 25, paragraphs 1 and 2.

(b) If the acquirer was a resident of the Federal Republic of Germany at the time of the donation or the death of the deceased person, the Federal Republic of Germany may tax the total property acquired by that person and, acting in accordance with the provisions of German law on the crediting of foreign tax against tax determined under its law, shall credit the tax which in Denmark has been paid on all property which is not taxable in the Federal Republic of Germany under article 25, paragraphs 1 and 2.

2. In Denmark, double taxation shall be avoided as follows:

(a) If the deceased was resident in Denmark at the time of his death, or if the donor was resident therein at the time of his donation, Denmark, acting in accordance with the provisions of Danish law on the crediting of foreign taxes against tax determined under Danish law, shall credit the tax which in the Federal Republic of Germany has been paid on property which may be taxed in the Federal Republic of Germany under article 25, paragraphs 1 and 2.

(b) If the acquirer was a resident of Denmark at the time of the donation or of the death of the deceased person, Denmark may tax the total property acquired by that person and, acting in accordance with the provisions of Danish law on the crediting of foreign tax against tax determined under Danish law, shall credit the tax which in the Federal Republic of Germany has been paid on all property which is not taxable in Denmark under article 25, paragraphs 1 and 2.

3. The amount which may be credited under either paragraph 1 or paragraph 2 may not, however, exceed that part of the German or Danish tax, as computed before the crediting, due on the property for which the credit is to be allowed.

*Article 27. Five-year rule*

1. If the deceased at the time of his death, or if the donor at the time of the donation was:

(a) The national of one Contracting State but not at the same time a national of the other Contracting State;

(b) Subject to unrestricted taxation in the first-mentioned State in accordance with its tax law, and

(c) Had been resident in the other State in accordance with article 4, paragraph 1(b) for a period of no more than five years,

he shall be deemed a resident of the State of which he was a national, notwithstanding article 4.

2. Paragraph 1 shall apply analogously to an heir or donee, if he himself fulfils the conditions of paragraph 1 at the time of the inheritance or donation.

*Article 28. Deduction of debts*

1. Debts especially secured on any property referred to in article 25 shall be deducted from the value of that property. Debts, not being especially secured on any property referred to in article 25, which have arisen from the acquisition, conversion, repair or upkeep of any such property, shall be deducted from the value of that property.

2. Subject to paragraph 1, debts pertaining to a permanent establishment referred to in article 25, paragraph 2, or a fixed base referred to in article 25, paragraph 2, shall be deducted from the value of the permanent establishment or fixed base, as the case may be.

3. Other debts shall be deducted from the value of the property to which article 25 applies.

4. If a debt exceeds the value of the property from which it is deductible in a Contracting State, according to paragraphs 1 or 2, the excess shall be deducted from the value of any other property taxable in that State.

5. Any excess still remaining in a Contracting State after the deductions referred to in paragraphs 3 or 4 shall be deducted from the value of the property liable to tax in the other Contracting State.

6. If under paragraphs 1 to 5, a Contracting State is obliged to deduct a debt which is larger than that provided for in its legislation, the aforementioned paragraphs shall apply only in so far as the other Contracting State is not obliged to deduct the same debts in accordance with its domestic legislation.

CHAPTER IV. MUTUAL ASSISTANCE IN MATTERS OF TAXATION

*Article 29. Subject matter of the mutual assistance*

1. The competent authorities of the Contracting States shall provide each other with mutual assistance. Such assistance shall comprise:

- (a) The exchange of information;
- (b) Support in the enforced collection of tax payable, including conservative measures; and
- (c) The notification of documents.

2. Mutual assistance shall likewise comprise assessments and other measures on behalf of the tax payer and for the purposes of avoiding double taxation. That shall apply in particular to measures the timing of which has been agreed by tax authorities. When measures of mutual assistance may lead to double taxation, such double taxation shall be avoided by common agreement in accordance with article 43.

3. Tax courts of the Contracting States shall provide each other with mutual judicial assistance in respect of taxes within their competence and to which this Convention applies, at the request and through the good offices of the competent authorities, in accordance with this Convention.

*Article 30. Information in response to a specific request*

At the request of the competent authorities of a Contracting State, the competent authorities of the other Contracting State shall supply the requesting State with all items of information as may be required by that State for the computation and collection of taxes, the enforced collection and execution of tax claims or the application of this Convention.

*Article 31. Information in the absence of a specific request*

1. In the following cases, the competent authorities of a Contracting State shall, without a prior request, pass on to the competent authorities of the other Contracting State information which has come to their knowledge:

- (a) If they have reason to suspect tax evasion in the other Contracting State;
- (b) If the tax payer has been granted a tax reduction or a tax exemption in a Contracting State, which should result in taxation or higher taxation in the other Contracting State;
- (c) In the event of business relations between a tax payer in a Contracting State and a tax payer in the other Contracting State, which are conducted through one or more third countries in such a way that tax savings could result in one or both of the Contracting States;
- (d) If they have reason to suspect tax savings through the artificial relocation of profits within a group of companies;
- (e) If in a Contracting State, in connection with information supplied by the competent authorities of the other Contracting State, facts and circumstances have been established which might pertain to the determination of tax in the other State.

2. The competent authorities of the Contracting States may without a specific request and taking account of their domestic legal provisions, supply information about a large number of similar facts and circumstances which come to their knowledge and which might be of significance in the determination and collection of taxes or in the enforced collection and execution of tax claims, provided that the competent authorities have reached a relevant agreement thereupon. The agreement must be made public before the information is provided.

*Article 32. Contradictory information*

If the competent authorities of a Contracting State receive from the competent authorities of the other Contracting State information regarding the tax position of a person which, in their opinion, contradicts the information at their disposal, they shall inform the competent authorities of the other State thereof.

*Article 33. Enforced collection of tax claims*

1. At the request of the competent authorities of a Contracting Party, the other Contracting Party, shall carry out the enforced collection of the tax claims of the first-mentioned State as if they were its own tax claims, save as provided in paragraph 5 and article 34.

2. Paragraph 1 shall apply only to tax claims forming the subject of a judicially enforceable instrument which is valid in the requesting State and against which a challenge may no longer be entered.

3. In the event of tax claims in relation to a deceased person or his estate, the requested State shall carry out the enforced collection of such claims only up to the value of the estate or that part of the estate which falls to each beneficiary, depending on whether the claims can be satisfied from the estate or enforced against the beneficiaries of the estate.

4. At the request of the competent authorities of a Contracting State, the other Contracting State shall take conservative measures with a view to the enforced collection of all amounts of tax, even when an objection has been entered to the tax claims, or when the judicially enforceable instrument is only temporary or has been issued solely as a safeguard.

5. When support is provided for the enforced collection of tax claims, such claims shall not receive in the requested State the special entitlement to preferential satisfaction which the tax claims of that State enjoy.

6. The requested State may grant a respite or agree to payments by instalments, if that is permissible under its law and administrative practice in similar cases. It shall inform the other Contracting State thereof.

#### *Article 34. Statutory periods of limitation*

1. The law of the requesting State shall be applicable to matters related to the statutory periods of limitation to tax claims. The requested State shall not be obliged to carry out the enforced collection of a claim if that claim could not be enforced under its own law. The request for enforced collection shall specify the statutory periods of limitation applicable to tax claims.

2. Enforced collection measures which are carried out by the requested State in response to a request and which, according to the law of that State would restrict or interrupt the statutory periods of limitation referred to in paragraph 1, shall have the same effect under the law of the requesting State. The requested State shall inform the requesting State of measures taken for that purpose.

#### *Article 35. Notification of documents*

1. Each Contracting State may send documents by post directly to a person in the territory of the other Contracting State.

2. At the request of a Contracting Party, the other Contracting Party shall send the addressee documents, including court decisions, which originate in the requesting State and which concern a tax coming within the purview of the Convention.

3. The requested State shall serve documents:

- (a) In a form prescribed by its law for the service of essentially similar documents;
- (b) As far as possible, in a particular form desired by the requesting State, or in the form most similar thereto, as prescribed by the law of the requested State.

4. This Convention shall not be construed as nullifying a service of documents by a Contracting Party in accordance with its legal provisions, if such service conflicts with the provisions of this Convention.

*Article 36. Content of and reply to the request*

1. The request shall, if necessary, indicate:

- (a) The authority or office issuing the request submitted by the competent authority;
- (b) The name, address and other useful details for the identification of the person concerned by the request;
- (c) In the event of a request for information, the form of the reply which the requesting State requires for its purposes;
- (d) In the event of a request for support with the enforced collection of tax claims or for conservative measures, the type and composition of the tax claims and the property from which the tax claims could be satisfied;
- (e) In the event of a request for the service of documents, the type and subject matter of the documents to be served.

2. The following shall be enclosed with requests under article 33:

- (a) A declaration that the claim concerns a tax coming within the purview of the Convention and that such claim can no longer be challenged in the event of a request for the enforced collection thereof;
- (c) An official copy of the judicially enforceable instrument valid in the requesting State;
- (d) Any other documents required for enforced collection or conservative measures.

3. As soon as any further information in connection with the request comes to the knowledge of the requesting State, it shall inform the requested State thereof.

4. If the request is met, the requested State shall inform the requesting State as soon as possible about the measures taken and the outcome thereof.

5. If the requesting State has requested information in a particular form, the requested State, in so far as it is in a position to do so, shall supply the information in the desired form.

*Article 37. Limits of the obligation to  
provide mutual assistance*

1. Save as provided in article 34, the Convention shall not be construed as obliging the requested State:

- (a) To carry out measures at variance with its own laws or administrative practice, or with the laws and administrative practice of the requesting State;
- (b) To carry out measures which, in its opinion, conflict with public order or the essential interests of the State;
- (c) To provide information which is not obtainable under its own laws or administrative practice or under the laws or administrative practice of the requesting State;

(d) To provide information which would disclose a trade, business, industrial or professional secret or trade process, or the disclosure of which would be contrary to public order or the essential interests of the State;

(e) To accede to a request if the requesting State has not exhausted all available domestic remedies, save in cases in which the execution of such measures would entail disproportionately large difficulties.

2. If the request for mutual assistance is refused, the requested State shall notify the requesting State of the decision as soon as possible and shall state the reasons therefor.

#### *Article 38. Secrecy*

1. The information which a Contracting State has received under this Convention must be kept secret, as must information which that State has received on the basis of its domestic legislation or the provisions on secrecy in force in the State providing the information, if such provisions are more restrictive.

2. That information may in any case be made available only to the persons or authorities (including the courts and administrative authorities) dealing with the assessment, levying, forced collection, execution, administrative review, prosecution or rulings on appeals in connection with taxes of that State. Those persons or authorities may use the information only for those purposes. Notwithstanding paragraph 1, they may, however, disclose such information in public judicial proceedings or in a court decision in connection with those taxes, subject to the prior approval of the competent authorities of the State providing the information.

3. Notwithstanding paragraphs 1 and 2, information which a Contracting State has received may also be used for other purposes if, under the law of the State providing the information, that information could be used for those other purposes and the competent authorities of that State permit that use. The information supplied by one Contracting State to the other Contracting State may be transmitted by the latter to a third State, subject to the prior approval of the competent authorities of the first-mentioned State.

#### *Article 39. Appeal*

1. An appeal against measures taken by the requested State under this Convention may be lodged only with the competent authorities of that State.

2. An appeal against measures taken by the requesting State under this Convention, especially in the event of enforced collection, which concerns the existence or amount of the tax claim or the judicially enforceable instrument, may be lodged only with the competent authorities of that State. The requesting State shall immediately notify the requested State that an appeal has been lodged. On receipt of the notification, the requested State shall suspend the enforced collection procedure, until a decision has been reached by the competent body. The requested State may, however, at the invitation of the requesting State, adopt conservative measures to secure enforced collection. Any party concerned may likewise notify the requested State when an appeal is lodged. On receipt of the notification, the requested State shall, if necessary, consult the requesting State on that matter.

3. As soon as a decision has been issued on the appeal, the requesting or requested State shall notify the other State of the decision and its effects on the request for assistance.

*Article 40. Costs*

The usual costs arising as a result of the granting of assistance shall be borne by the requested State. Extraordinary costs shall be borne by the requesting State.

CHAPTER IV. TAXPAYER'S PROTECTION AND MUTUAL AGREEMENT PROCEDURE

*Article 41. Non-discrimination*

1. Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances, in particular with regard to residence, are or may be subjected. This provision shall, notwithstanding the provisions of article 2, paragraph 4, also apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.

2. The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes which it grants to its own residents.

3. Except where the provisions of paragraph 1 of article 9, paragraph 4 of article 11, or paragraph 4 of article 12, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

4. Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or an requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

5. The provisions of this Article shall, notwithstanding the provisions of article 2, apply to taxes of every kind and description.

*Article 42. Consultation*

1. The competent authorities of the Contracting State shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Convention in general or in individual cases. They may also consult together for the avoidance of double taxation in cases not provided for in the Convention, or for the clarification through a special agreement of issues connected with taxes within the meaning of the Convention and which have arisen on account of the States' differing rules on tax bases or for other reasons. They may further consult together for the mitigation or elimination of other difficulties arising out of differences in their tax laws and for the counteracting of any underpayment of taxes or tax evasion.

2. The competent authorities of the Contracting States may in particular reach mutual agreements in order to:

- (a) Clarify doubts regarding the taxes to which the Convention applies under article 2, paragraph 3 thereof;
- (b) Determine how the restrictive provisions of the Convention, especially articles 10 to 12, are to be implemented.

3. The competent authorities of the Contracting States may consult together with regard to general rules in order to secure on the basis of this Convention the entitlement of taxpayers to the harmonized application of the Convention in both States through common interpretation or special procedures.

*Article 43. Mutual agreement procedure*

1. Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Convention, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authorities of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of article 41, to the competent authority of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Convention.

2. The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Convention. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

3. The competent authorities of the Contracting States may consult with each other in accordance with article 42 or the above provisions of this article, in particular in order to reach mutual agreement if possible on:

- (a) A consistent attribution of profit to an enterprise of a Contracting State and to a permanent establishment thereof situated in the other Contracting State;



(b) A consistent division of profits among associated enterprises within the meaning of article 9;

(c) A consistent treatment of income, which in the State in which it originates is treated for tax purposes in the same way as income from shares and which in the other State is classed as other income;

(d) A consistent treatment of debts for the purposes of taxes on estates, inheritances and donations.

#### *Article 44. Procedure*

1. The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly for the purpose of reaching an agreement within the meaning of articles 42 and 43.

2. When it seems advisable in order to reach agreement to have an oral exchange of opinions, such exchange may take place through a Commission consisting of representatives of the competent authorities of the Contracting States.

3. The competent authorities may jointly instruct an independent body to give an experts' opinion on a question which such authorities put to that body.

4. If the procedure pertains to a single case, the parties concerned shall be heard.

### CHAPTER VI. SPECIAL PROVISIONS

#### *Article 45. Application of the Convention in particular cases*

1. The State of residence shall avoid double taxation by the crediting of tax in accordance with article 24 and not by means of tax exemption under the said article:

(a) If in the Contracting States items of income or capital come under different provisions of the Convention or are attributable to different persons (save as provided for in article 9) and this conflict cannot be resolved by a procedure under Chapter V and if, as a result of this different classification or attribution, the items of income or capital in question would remain untaxed or would be taxed at too low a rate, or

(b) If the State of residence, after due consultation and subject to the limitations of its domestic law, notifies the other Contracting State by diplomatic channels of other items of income to which it intends to apply this paragraph. The notification shall take effect on the first day of the calendar year following the year in which notification was served and all the conditions required by the domestic law of the notifying State for the notification to take effect have been met.

2. This Convention may not be construed in such a way that:

(a) A taxpayer can evade his tax obligations in a Contracting State by abusing possible legal arrangements;

(b) The Federal Republic of Germany is prevented from taxing amounts which, according to Part Four of the German Foreign Tax Act, must be included in the income of a resident of the Federal Republic of Germany;

(c) Denmark is prevented from levying taxes according to provisions which, in spirit and purpose, are in keeping with the provisions referred to in subparagraph (b).

If the above provisions lead to double taxation, the competent authorities shall consult each other in pursuance of article 43, paragraph 3, in order to determine the manner in which such double taxation may be avoided.

*Article 46. Repayment of taxes deducted at source*

1. If in a Contracting State taxes are deducted at source from dividends, interest, royalties or other items of income, the right to deduct the tax at the rate provided for by the domestic law of that State, shall not be affected by this Convention.

2. Taxes deducted at source shall be repaid on application, if the levying of such taxes is restricted by this Convention.

3. The period within which the application for repayment must be made is four years after expiry of the calendar year in which the dividends, interest, royalties or other items of income have been received.

4. The Contracting State in which the income originates may demand an official attestation from the Contracting State in which the taxpayer is resident that he fulfils the conditions for unrestricted tax liability in that State.

5. The competent authorities of the Contracting States shall implement the above provisions by mutual agreement in accordance with article 43.

6. The competent authorities of the Contracting States may establish by mutual agreement other procedures for the implementation of the tax measures provided for in this Convention.

*Article 47. Diplomatic agents and consular officers*

1. Nothing in this Convention shall affect the fiscal privileges of diplomatic agents, consular officers and officials of international organizations under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

2. If items of income or property are not taxed in the receiving State on account of such privileges, the sending State shall be entitled to levy tax.

3. Notwithstanding the provisions of article 4, an individual who is a diplomatic agent, a consular officer or an officer of the permanent mission of a Contracting State in the other Contracting State or in a third State, shall for the purposes of the Convention be deemed a resident of the sending State if:

(a) Under international law, his income from sources outside the receiving State or capital situated outside that State is not taxed therein;

(b) His total income or property is taxed in the sending State in the same way as that of a resident of that State.

4. The Convention shall not apply to international organizations, their organs or officials, nor to diplomatic agents, consular officers or the officers of the permanent mission of

a third State, who are present in a Contracting State, but whose income or capital is not taxed in either Contracting State in the same way as that of residents of that State.

*Article 48. Territorial extension*

1. This Convention may be extended either in its entirety or with any necessary modifications, to any part of the territory of the Contracting States which has been expressly excluded from the application of the Convention and in which taxes are levied which are essentially comparable to the taxes to which this Convention applies. Such an extension shall take effect as from the time and with the modifications and conditions, including those pertaining to termination, which have been agreed between the Contracting States by notes which shall be exchanged by diplomatic channels or by any other means in keeping with the Constitutions of those States.

2. Save as otherwise agreed by the two Contracting States, when a Contracting State terminates the Convention in pursuance of article 50, the application of the Convention shall end in the manner provided for in that article in that part of the territory of the Contracting States to which the Convention has been extended in this article.

*Article 49. Entry into force*

1. This Convention shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged in Copenhagen as soon as possible.

2. This Convention shall enter into force one month after the exchange of the instruments of ratification and its provisions shall apply in both States:

(a) In respect of taxes on income and capital, in the tax year which is identical with, or which replaces the calendar year immediately following the year in which the Convention entered into force, and in the following years in which income is received;

(b) In respect of tax on estates and inheritances, to the estates of persons who die on or after 1 January of the calendar year following the year in which the Convention entered into force, and in respect of tax on donations, to donations made on or after 1 January of the aforementioned year;

(c) To mutual assistance provided on or after 1 January of the calendar year following the year in which the Convention entered into force;

(d) In respect of taxes deducted at source on dividends, interest and royalties, to amounts paid or credited on or after 1 January of the calendar year following the year in which the Convention entered into force.

3. The Convention signed between the Federal Republic of Germany and the Kingdom of Denmark, in Copenhagen, on 30 January 1962, for the Avoidance of Double Taxation and on Mutual Administrative and Legal Cooperation in the field of Taxes on Income and Capital, Municipal Trade Tax and Tax on Land and Buildings shall cease to apply on the entry into force of this Convention in respect of those taxes to which this Convention applies in pursuance of paragraph 2 thereof.

*Article 50. Period of validity, termination*

This Convention shall remain in force for an indefinite period. Nevertheless, either Contracting State may terminate the Convention in writing through diplomatic channels by 30 June of any calendar year when five years have elapsed as from the date of the entry into force of the Convention. In such event, the Convention shall cease to apply in either State:

(a) In respect of taxes on income and capital, in the tax year already running on 1 January of the calendar year following the year of termination or which begins on or after 1 January of the aforementioned calendar year;

(b) In respect of tax on estates and inheritances, to estates of persons who die on or after 1 January of the calendar year following the year of termination, and in respect of tax on donations, to donations made on or after 1 January of the aforementioned year;

(c) To acts of mutual assistance which are carried out on or after 1 January of the calendar year following the year of termination;

(d) In respect of taxes deducted at source from dividends, interest and royalties, to amounts paid or credited on or after 1 January of the calendar year following the year of termination.

Done in Bonn, on 22 November 1995, in duplicate, in the German and Danish languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:

PETER HARTMANN

DR. THEO WAIGEL

For the Kingdom of Denmark:

MARIANNE JELVED

ANNEX

The existing taxes to which the Convention shall apply shall in particular include the following:

**1. In the Federal Republic of Germany:**

Chapter II

- (a) Income tax (Einkommensteuer);
- (b) Corporation tax (Körperschaftsteuer);
- (c) Capital tax (Vermögensteuer);
- (d) Municipal trade tax (Gewerbesteuer);
- (e) Tax on land and buildings (Grundsteuer);
- (f) The solidarity surcharge on income tax and corporation tax (Solidaritätszuschlag);

Chapter III

Taxes on inheritances and donations (Erbschaftsteuer and Schenkungsteuer);

Chapter IV

- (a) The taxes listed in Chapters II and III;
- (b) Turnover tax (Umsatzsteuer);
- (c) Land transfer duty (Grunderwerbsteuer);
- (d) Insurance tax (Versicherungsteuer);
- (e) Motor vehicle tax (Kraftfahrzeugsteuer);
- (f) Church tax (Kirchensteuer);
- (g) Beverage tax (Getränkesteuer);
- (h) Entertainment tax (Vergnügungsteuer);
- (i) Extra charges for delay (Verspätungszuschläge), penalties for delay (Säumniszuschläge), interest and charges (Zinsen und Kosten);

**2. In Denmark:**

Chapter II

- (a) State income tax (indkomstskat til staten);
- (b) Communal income tax (kommunale indkomstskat);
- (c) District income tax (amtskommunale indkomstskat);
- (d) Special income tax (særlige indkomstskat);
- (e) Church tax (kirkeskatten);
- (f) Withholding tax on dividends (udbytteskatten);
- (g) Tax on interest (renteskatten);

- (h) Tax on royalties (royaltyskatten);
- (i) Taxes levied under the Act on the Taxation of Income from the Extraction of Hydrocarbons (skatter i henhold til kulbrinteskatteloven);
- (j) State capital tax (formueskatten til staten);

#### Chapter III

Tax on inheritances and donations (afgift af arv og gave);

#### Chapter IV

- (a) Taxes listed in Chapters II and III;
- (b) Tax on the release of land and buildings (frigørelsesafgift);
- (c) Communal tax on land (kommunal grundskyld);
- (d) District tax on land (amtskommunal grundskyld);
- (e) Motor vehicle tax (registreringsafgift og vægtafgift på motorkøretøjer);
- (f) Tax on third-party insurance for motor vehicles (afgift af ansvarsforsikring af motorkøretøjer);
- (g) Extra charges for delay, penalties for delay, interest and costs (skattetillæg som ikke er boder, renter og omkostninger).

PROTOCOL

The Federal Republic of Germany

and

The Kingdom of Denmark,

On the occasion of the signature of the Convention between the two States for the Avoidance of Double Taxation with respect to Taxes on Income, Capital, Estates, Inheritances and Donations and for Mutual Assistance in Taxation Matters (German-Danish Tax Convention) in Bonn, on 22 November 1995, have agreed on the following provisions concerning Chapter IV, which shall form an integral part of the Convention:

When under this Convention and in accordance with domestic law, personal data is transmitted, the following provisions shall likewise apply:

(a) Use of the data by the receiving State shall be permissible only for the purposes stated in article 38 and subject to the conditions enumerated therein;

(b) The receiving State shall inform the transmitting State, if so requested, about the use to which the transmitted data has been put and about the consequences thereof;

(c) The transmitting State shall take care to ensure that the data to be transmitted is accurate, indispensable and appropriate to the purposes of transmission. In this connection, the prohibitions on transmission laid down by the relevant domestic legislation shall be observed, together with the provisions of article 37. If incorrect data, or data which should not have been transmitted, has been transmitted, the receiving State shall be immediately informed thereof. That State shall be bound to correct or destroy the data;

(d) If the party concerned so requests, he shall be provided with information by the receiving State regarding the data transmitted about him and the use to which it is to be put. There shall be no obligation to supply information if, after due consideration, it is found that the public interest of not providing information outweighs the interest of the party concerned to receive information. In all other respects, the right of the party concerned to receive information about the data regarding his person which has been transmitted, shall be determined by the domestic law of the Contracting State to which the application has been made;

(e) If a person suffers unlawful damage as a result of the transmission of information exchanged under this Convention, the State receiving the data shall be liable for such damage in accordance with its domestic law. In its relations with the injured party, the receiving State may not rely by way of defence on the argument that the damage was caused by the transmitting Contracting State;

(f) If under the domestic law of the transmitting Contracting State data must be destroyed within specified periods, it shall draw attention to those deadlines at the time of transmission. Irrespective of such deadlines, the personal data transmitted shall be destroyed as soon as it is no longer required for the purposes for which it has been transmitted;

(g) The transmitting and the receiving Contracting State shall record the transmission and receipt of personal data;

(h) The transmitting and the receiving Contracting State shall effectively protect personal data which has been transmitted against unauthorized access, modification or publication.



[TRANSLATION - TRADUCTION]

CONVENTION ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET  
LE ROYAUME DE DANEMARK TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE  
IMPOSITION EN MATIÈRE D'IMPÔTS SUR LE REVENU ET SUR LA  
FORTUNE AINSI QUE SUR LES SUCCESSIONS ET LES DONATIONS  
ET CONCERNANT L'ASSISTANCE MUTUELLE EN MATIÈRE  
D'IMPOSITION FISCALE (CONVENTION FISCALE GERMANO-  
DANOISE)

La République fédérale d'Allemagne

et

Le Royaume de Danemark,

Animés du désir d'éviter la double imposition et de se prêter mutuellement assistance en matière d'imposition fiscale grâce à une nouvelle convention qui tient compte des relations actuelles entre les deux Etats et des développements du droit fiscal, Sont convenus de ce qui suit :

CHAPITRE PREMIER. DISPOSITIONS GÉNÉRALES

*Article premier. But de la Convention*

Les deux Etats contractants coopéreront afin d'éviter la double imposition au titre de la présente Convention et pour le recouvrement des impôts. A cet effet, les autorités compétentes des Etats contractants s'informeront périodiquement à propos des amendements à leur législation fiscale et débattront des moyens d'atteindre les buts susmentionnés. Conformément à la présente Convention les autorités compétentes maintiendront un contact direct entre elles.

*Article 2. Domaine d'application de la Convention*

1) La présente Convention s'applique aux impôts ci-après perçus pour le compte de chacun des Etats contractants, de ses régions ou de ses collectivités locales, quel que soit le mode de perception :

a) Le chapitre II, aux impôts sur le revenu et la fortune ; sont considérés comme tels les impôts perçus sur le revenu total, sur la fortune totale, ou sur des éléments du revenu ou de la fortune, y compris les impôts sur les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers et immobiliers, ainsi que les impôts sur les plus-values.

b) Le chapitre III, aux impôts sur les successions, sur les héritages et sur les donations ; sont considérés comme tels les impôts

aa) Perçus, du fait du décès, comme impôts sur les successions, sur les héritages et sur les dévolutions de patrimoine ou, en raison du décès, sur les donations, ou

bb) Perçus sur les transferts entre vifs uniquement du fait que les transferts ont été effectués à titre gratuit ou en échange d'une contrepartie minimale.

c) Le chapitre IV, aux impôts de toute nature ou dénomination, à moins que le contexte n'en décide autrement. Sont toutefois exclus les droits de douane et taxes à la consommation ; les taxes sur le chiffre d'affaires et sur les produits de luxe ne sont pas considérés comme des taxes à la consommation aux fins de l'application de ce chapitre.

2) Les impôts existant actuellement et auxquels s'applique la Convention sont mentionnés dans l'annexe à la Convention.

3) La Convention s'applique aussi aux impôts de nature identique ou essentiellement analogue qui seraient établis après la date de signature de la Convention et qui s'ajouteraient ou se substitueraient aux impôts actuels.

4) Aux fins de la présente Convention,

a) Le chapitre II s'applique aux personnes qui sont des résidents de l'un des Etats contractants ou des deux ;

b) Le chapitre III s'applique

aa) Aux successions et héritages lorsque le défunt était, lors de son décès, un résident de l'un des Etats contractants ou des deux ;

bb) Aux donations lorsque le donateur était, lors de la donation, un résident de l'un des Etats contractants ou des deux.

c) Le chapitre IV s'appliquent à toutes les personnes qu'elles soient ou non résidentes d'un Etat contractant ou d'un autre Etat ou qu'elles soient des ressortissants d'un Etat contractant ou d'un autre Etat.

### *Article 3. Définitions générales*

1) Aux fins de la présente Convention, et à moins que le contexte n'impose une interprétation différente,

a) L'expression "un Etat contractant" et "l'autre Etat contractant" s'entend, selon le contexte, de la République fédérale d'Allemagne ou du Danemark et l'expression "Etats" signifie la République fédérale d'Allemagne ou le Royaume de Danemark ;

b) L'expression "République fédérale d'Allemagne", désigne le territoire où la législation fiscale de la République fédérale d'Allemagne est en vigueur, y compris le territoire du fond de la mer adjacent à la mer côtière territoriale, le sous-sol de la mer et les colonnes d'eau situées au-dessus, dans la mesure où la République fédérale d'Allemagne y exerce, conformément au droit international, des droits souverains et les pouvoirs d'explorer et d'exploiter les ressources naturelles qui s'y trouvent ;

c) Le terme "Danemark" désigne le Royaume de Danemark y compris les territoires situés en dehors des eaux territoriales danoises qui sont considérés conformément au droit international et la législation danoise, actuellement ou à l'avenir comme des territoires où le Danemark exerce le droit souverain d'explorer et d'exploiter les ressources naturelles du fond marin, du sous-sol et des eaux situées au dessus ainsi que d'explorer et de développer

la zone en question pour des raisons économiques. L'expression n'inclut pas les îles Féroé et le Groenland;

d) Le terme "personne" comprend les personnes physiques et les sociétés ;

e) Le terme "société" désigne toute personne morale ou tout sujet de droit qui est considéré fiscalement comme une personne morale ;

f) L'expression "biens immobiliers" a le sens que lui attribue la législation de l'Etat contractant où les biens considérés sont situés. Elle couvre en tout état de cause les accessoires, le cheptel mort ou vif des exploitations agricoles et forestières, les bâtiments, les droits régis par les dispositions du droit commun de la propriété foncière, l'usufruit des biens immobiliers et les droits donnant lieu au paiement de rémunérations variables ou fixes en contrepartie de l'exploitation, ou du droit d'exploitation, de gisements minéraux, de sources et d'autres ressources naturelles ; les navires, les bateaux et les aéronefs ne sont pas réputés constituer des biens immobiliers ;

g) Les expressions "entreprise d'un Etat contractant" et "entreprise de l'autre Etat contractant" désignent respectivement une entreprise exploitée par un résident d'un Etat contractant et une entreprise exploitée par un résident de l'autre Etat contractant ;

h) L'expression "trafic international" s'entend de tout transport par un navire ou un aéronef exploité par une entreprise dont le siège de direction est dans un Etat contractant, sauf lorsque le navire ou l'aéronef n'est exploité qu'entre des points situés dans l'autre Etat contractant;

i) L'expression "biens qui font partie de la succession ou d'une donation d'une personne résidant dans un Etat contractant" désigne tous les biens dont la dévolution ou le transfert est assujéti à l'un des impôts visés au chapitre III de la Convention ;

j) Le terme un "ressortissant" désigne,

aa) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, tous les Allemands au sens de la loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne et toutes les personnes morales, sociétés de personnes (Personengesellschaften) et autres associations de personnes créées selon le droit en vigueur en République fédérale d'Allemagne ;

bb) En ce qui concerne le Danemark, toutes les personnes physiques qui possèdent la nationalité danoise et toutes les personnes morales, sociétés de personnes et autres associations de personnes créées selon le droit en vigueur en Danemark ;

k) L'expression "autorité compétente" désigne,

aa) En République fédérale d'Allemagne, le Ministre fédéral des finances ou l'autorité à laquelle il a délégué ses pouvoirs ;

bb) En Danemark, le Ministre des impôts, son fondé de pouvoir ou l'autorité à laquelle il a délégué ses pouvoirs.

2) En ce qui concerne l'application de la présente Convention par une partie contractante, une expression non définie a le sens qui lui est conféré par la législation de l'Etat qui l'applique, à moins que le contexte exige autrement.

*Article 4. Résident*

1. Aux fins de la présente Convention, l'expression "résident d'un Etat contractant " désigne,

a) Aux fins des impôts sur le revenu et la fortune, toute personne qui, en vertu de la législation de cet Etat, est assujettie à l'impôt dans cet Etat en raison de son domicile, de sa résidence, de son siège de direction ou de tout autre critère analogue. Toutefois, cette expression ne comprend pas les personnes qui sont assujetties à l'impôt dans cet Etat uniquement au titre des revenus dont la source est située dans cet Etat ou au titre de la fortune située dans cet Etat ;

b) Aux fins des impôts sur les successions, sur les héritages et sur les donations, toute personne dont la succession ou la donation ou l'héritage est, en vertu de la législation de cet Etat, assujetti à l'impôt dans cet Etat en raison de son domicile, de sa résidence, de son siège de direction ou de tout autre critère analogue. Toutefois, cette expression ne comprend pas les personnes dont la succession ou la donation est assujettie à l'impôt dans cet Etat uniquement au titre de la fortune située dans cet Etat.

2) Lorsque, selon les dispositions du paragraphe 1, une personne physique est un résident des deux Etats contractants, sa situation est réglée de la manière suivante :

a) Cette personne est considérée comme un résident de l'Etat contractant où elle dispose d'un foyer d'habitation stable ; si elle dispose d'un foyer d'habitation stable dans les deux Etats contractants, elle est considérée comme un résident de l'Etat contractant avec lequel ses liens personnels et économiques sont les plus étroits (centre des intérêts vitaux) ;

b) Si l'Etat contractant où cette personne a le centre de ses intérêts vitaux ne peut être déterminé, ou si elle ne dispose d'un foyer d'habitation stable dans aucun des Etats contractants, elle est considérée comme un résident de l'Etat contractant où elle séjourne de façon habituelle ;

c) Si cette personne séjourne de façon habituelle dans les deux Etats contractants ou si elle ne séjourne de façon habituelle dans aucun d'eux, elle est considérée comme un résident de l'Etat contractant dont elle possède la nationalité ;

d) Si cette personne possède la nationalité des deux Etats contractants ou si elle ne possède la nationalité d'aucun d'eux, les autorités compétentes des Etats contractants règlent la question d'un commun accord.

3) Lorsque, selon les dispositions du paragraphe 1, une personne autre qu'une personne physique est un résident des deux Etats contractants, elle est considérée comme un résident de l'Etat contractant où son siège de direction effective est situé.

*Article 5. Etablissement stable*

1) Aux fins de la présente Convention, l'expression "établissement stable" désigne une installation fixe d'affaires par l'intermédiaire de laquelle une entreprise exerce tout ou partie de son activité.

2) L'expression "établissement stable" comprend notamment :

a) Un siège de direction ;

- b) Une succursale ;
  - c) Un bureau ;
  - d) Une usine ;
  - e) Un atelier ;et
  - f) Une mine, un puits de pétrole ou de gaz, une carrière ou tout autre lieu d'extraction de ressources naturelles.
- 3) Un chantier de construction ou de montage ne constitue un établissement stable que s'il dure plus de 12 mois.
- 4) Nonobstant les dispositions précédentes du présent article, on considère qu'il n'y a pas "établissement stable" si :
- a) Il est fait usage d'installations aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison de marchandises appartenant à l'entreprise ;
  - b) Des produits ou des marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposés aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison ;
  - c) Des produits ou des marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposés aux seules fins de transformation par une autre entreprise ;
  - d) Une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins d'acheter des marchandises ou de réunir des informations pour l'entreprise ;
  - e) Une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins d'exercer des activités qui ont un caractère préparatoire ou auxiliaire ;
  - f) Une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins d'exercer une combinaison des activités énumérées aux alinéas a) à e) à condition que, prise dans son ensemble, l'activité de l'installation fixe d'affaires qui résulte de ladite combinaison ait un caractère préparatoire ou auxiliaire.
- 5) Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 et 2, lorsqu'une personne -- autre qu'un agent jouissant d'un statut indépendant auquel s'applique le paragraphe 6 -- agit pour le compte d'une entreprise et possède, dans un Etat contractant, le pouvoir, qu'elle y exerce habituellement, de conclure des contrats au nom de l'entreprise, cette entreprise est réputée avoir un établissement stable dans cet Etat pour toutes activités que cette personne exerce pour elle, à moins que ces activités ne se limitent à celles qui sont visées au paragraphe 4 et qui, exercées par l'intermédiaire d'une installation fixe d'affaires, ne feraient pas de celle-ci un établissement stable au sens dudit paragraphe.
- 6) Une entreprise n'est pas réputée avoir un établissement stable dans un Etat contractant du seul fait qu'elle y exerce son activité par l'entremise d'un courtier, d'un commissionnaire général ou de tout autre intermédiaire jouissant d'un statut indépendant, si ces personnes agissent dans le cadre ordinaire de leur activité.
- 7) Le fait qu'une société résidente d'un Etat contractant contrôle une société ou est contrôlée par une société résidente de l'autre Etat contractant ou qui y exerce son activité (que ce soit par l'intermédiaire d'un établissement stable ou non) ne suffit pas, en lui-même, à faire de l'une ou l'autre de ces sociétés un établissement stable de l'autre.

CHAPITRE II. IMPOSITION DU REVENU ET DE LA FORTUNE

*Article 6. Revenus immobiliers*

1) Les revenus qu'un résident d'un Etat contractant tire de biens immobiliers (y compris les revenus des exploitations agricoles et forestières) situés dans l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

2) Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent aux revenus provenant de l'exploitation directe, de la location ou de toute autre forme d'exploitation de biens immobiliers.

3) Les dispositions des paragraphes 1 et 2 s'appliquent également aux revenus provenant des biens immobiliers d'une entreprise ainsi qu'aux revenus des biens immobiliers servant à l'exercice d'une profession indépendante.

*Article 7. Bénéfices des entreprises*

1) Les bénéfices d'une entreprise d'un Etat contractant ne sont imposables que dans cet Etat, à moins que l'entreprise n'exerce son activité dans l'autre Etat contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé. Si l'entreprise exerce son activité d'une telle façon, ses bénéfices sont imposables dans l'autre Etat, mais uniquement dans la mesure où ils sont imputables audit établissement stable.

2) Sous réserve des dispositions du paragraphe 3, lorsqu'une entreprise d'un Etat contractant exerce son activité dans l'autre Etat contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, il est imputé, dans chaque Etat contractant, à cet établissement stable les bénéfices qu'il aurait pu normalement réalisés s'il avait constitué une entreprise distincte exerçant des activités identiques ou analogues dans des conditions identiques ou analogues et traitant en toute indépendance avec l'entreprise dont il constitue un établissement stable.

3) Pour déterminer les bénéfices d'un établissement stable, sont admises en déduction les dépenses exposées aux fins poursuivies par cet établissement stable, y compris les dépenses de direction et les frais généraux d'administration ainsi exposés, soit dans l'Etat où est situé cet établissement stable, soit ailleurs.

4) S'il est d'usage, dans un Etat contractant, de déterminer les bénéfices imputables à un établissement stable sur la base d'une répartition des bénéfices totaux de l'entreprise entre ses diverses parties, le paragraphe 2 n'empêche pas cet Etat contractant de déterminer les bénéfices imposables selon la répartition en usage; la méthode de répartition adoptée doit cependant être telle que le résultat obtenu soit conforme aux principes énoncés dans le présent article.

5) Aucun bénéfice n'est attribué à un établissement stable pour la seule raison qu'il a acheté des produits ou des marchandises pour le compte de l'entreprise.

6) Aux fins de l'application des paragraphes précédents, les bénéfices à imputer à l'établissement stable sont déterminés chaque année selon la même méthode, à moins qu'il n'existe des motifs suffisants de procéder autrement.

7) Lorsque les bénéfiques comprennent des éléments de revenu traités dans d'autres articles de la présente Convention, les dispositions desdits articles ne sont pas affectées par les dispositions du présent article.

*Article 8. Navigation maritime et aérienne  
et transport fluvial*

1) Les bénéfiques qu'une entreprise d'un Etat contractant tire de l'exploitation de navires ou d'aéronefs en trafic international ne sont imposables que dans l'Etat contractant ou le siège de direction de l'entreprise est situé. Font partie de ces bénéfiques, les revenus que l'entreprise tire de l'utilisation, de l'entretien ou de la location des conteneurs (y compris les bateaux remorques, l'éclairage et l'équipement approprié pour le transport des conteneurs) utilisés pour le transport des marchandises en trafic international, si ce revenu est attribuable aux bénéfiques mentionnés dans la phrase précédente.

2) Les bénéfiques tirés de l'exploitation de navires pour le transport fluvial ne sont imposables que dans l'Etat contractant ou le siège de direction de l'entreprise est situé.

3) Si la direction effective de l'entreprise de transport ou de l'entreprise de transport fluvial est à bord d'un navire, le siège effectif sera l'Etat contractant où le navire a son port d'attache et s'il n'a pas de port d'attache, le siège sera l'Etat contractant dont le capitaine est le résident.

4) Les dispositions des paragraphes 1 et 2 s'appliquent aussi aux bénéfiques provenant de la participation à un pool, une coentreprise ou un organisme international d'exploitation.

5) Les paragraphes 1 et 4 s'appliquent uniquement à la portion des profits de l'entreprise de transport aérien Scandinavian Airlines System qui réunit le Danemark, la Norvège et la Suède (SAS) qui équivaut à la participation dans le consortium de Det Danske Luftfartselskab (DDL), le partenaire danois du Scandinavian Airlines System (SAS).

*Article 9. Entreprises associées*

1) Lorsque :

a) Une entreprise de l'un des Etats contractants participe directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'autre Etat contractant, ou que

b) Les mêmes personnes participent directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'un des Etats contractants et d'une entreprise de l'autre Etat contractant,

et que, dans l'un ou l'autre cas, les deux entreprises sont, dans leurs relations commerciales ou financières, liées par des conditions convenues ou imposées qui diffèrent de celles qui seraient convenues entre des entreprises indépendantes, les bénéfiques que l'une de ces entreprises aurait réalisés sans ces conditions mais n'a pas réalisés du fait de ces conditions peuvent être inclus dans les bénéfiques de l'entreprise considérée et imposés en conséquence.

2) Lorsqu'un Etat contractant inclut dans les bénéfiques d'une entreprise de cet Etat et impose en conséquence des bénéfiques sur lesquels une entreprise de l'autre Etat contractant a été imposée dans cet autre Etat, et que les bénéfiques ainsi inclus sont les bénéfiques qui

auraient été réalisés par l'entreprise du premier Etat si les conditions convenues entre les deux entreprises avaient été celles qui auraient été convenues entre des entreprises indépendantes, l'autre Etat procède à une rectification appropriée du montant de l'impôt qui y a été perçu sur ces bénéficiaires, dans la mesure nécessaire pour éviter une double imposition des bénéficiaires. Pour déterminer cette rectification, on tient compte des autres dispositions de la présente Convention et les autorités compétentes des Etats contractants se consultent s'il y a lieu.

*Article 10. Dividendes*

1) Les dividendes payés par une société résidente d'un Etat contractant à un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

2) Toutefois, ces dividendes peuvent aussi être imposés dans l'Etat contractant dont la société distributrice est un résident, et selon la législation de cet Etat, mais, si la personne qui perçoit les dividendes en est le bénéficiaire effectif, l'impôt ainsi établi ne peut excéder 15 p. 100 du montant brut des dividendes. Ce paragraphe ne concerne pas l'imposition de la société pour les bénéficiaires qui servent au paiement des dividendes.

3) Nonobstant le paragraphe 2, en ce qui concerne les dividendes dont le bénéficiaire effectif est une société qui dispose directement d'au moins 10 p. 100 du capital de la société qui verse le capital. Ce paragraphe ne concerne pas un traitement plus favorable des dividendes sur la base de la directive du Conseil no 90/435/EEC du 2 juillet 1990 relative au système commun d'imposition applicable dans les cas de sociétés mères et de succursales de différents Etats membres (O.J. EC L 225, p. 6)

4) Le terme "dividendes" employé dans le présent article désigne les revenus provenant d'actions, actions ou bons de "jouissance", parts de mine, parts de fondateur ou autres parts bénéficiaires, qui ne sont pas de créances, de participations à des profits ainsi que d'autres revenus qui ne sont soumis à la même imposition que les revenus tirés d'action par la législation de l'Etat dont la société qui en fait la distribution est un résident. En République fédérale d'Allemagne, le terme "dividendes" comprend également les revenus tirés par un commanditaire de sa participation en cette qualité, les revenus de prêts avec participation au bénéfice et les bons de jouissance ainsi que les paiements analogues et les sommes distribuées au titre de parts dans un investissement.

5) Nonobstant les paragraphes 2, et 3, l'impôt peut être perçu sur des revenus tirés des droits et des créances avec participation au bénéfice (en République fédérale d'Allemagne, ce revenu comprend le revenu d'un commanditaire pour sa participation dans une société en commandite ainsi que des revenus provenant de prêts avec participation au profit ou de bons de jouissance) de l'Etat contractant d'où ces revenus proviennent, conformément à la loi de cet Etat, dans la mesure ou dans cet Etat ce revenu est déductible lorsqu'on détermine les bénéficiaires du débiteur. L'impôt ne doit pas néanmoins dépasser 25 p. 100 du montant brut du revenu.

6) Les dispositions des paragraphes 1 à 3 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des dividendes, résident d'un Etat contractant, exerce dans l'autre Etat contractant dont la société qui paie les dividendes est un résident, soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession in-



dépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que la participation génératrice des dividendes se rattache effectivement à cet établissement stable ou à cette base fixe. Dans ce cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, suivant le cas, sont applicables.

7) Lorsqu'une société résidente d'un Etat contractant tire des bénéfices ou des revenus de l'autre Etat contractant, cet autre Etat ne peut percevoir aucun impôt sur les dividendes payés par la société, sauf dans la mesure où ces dividendes sont payés à un résident de cet autre Etat ou dans la mesure où la participation génératrice des dividendes se rattache effectivement à un établissement stable ou à une base fixe situés dans cet autre Etat, ni prélever aucun impôt, au titre de l'imposition des bénéfices non distribués, sur les bénéfices de la société, même si les dividendes payés ou les bénéfices non distribués consistent en tout ou en partie en bénéfices ou revenus provenant de cet autre Etat.

#### *Article 11. Intérêts*

1) Les intérêts provenant de l'un des Etats contractants et payés à un résident de l'autre Etat contractant ne sont imposables que dans cet autre Etat lorsque ce résident en est le bénéficiaire effectif.

2) Le terme "intérêts", employé dans le présent article, désigne les revenus des créances de toute nature, même garanties au moyen d'hypothèques ou d'une participation aux bénéfices du débiteur, et notamment les revenus des titres publics et des obligations, y compris les primes qui s'y rattachent et les gains provenant des obligations à lots. Les suppléments pour versements en retard ne sont pas considérés comme des intérêts au sens du présent article. Le terme "intérêts" ne comprend pas les revenus visés à l'article 10.

3) Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des intérêts, résident d'un Etat contractant, exerce dans l'autre Etat contractant d'où proviennent les intérêts soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que la créance génératrice des intérêts se rattache effectivement à cet établissement stable ou à cette base fixe. Dans ce cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, suivant le cas, sont applicables.

4) Lorsque, en raison de relations spéciales existant entre le débiteur et le bénéficiaire effectif ou que l'un et l'autre entretiennent avec une tierce personne, le montant des intérêts, compte tenu de la créance pour laquelle ils sont payés, excède celui dont seraient convenus le débiteur et le bénéficiaire effectif en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. Dans ce cas, la partie excédentaire des paiements reste imposable selon la législation de chaque Etat contractant et compte tenu des autres dispositions de la présente Convention.

#### *Article 12. Redevances*

1) Les redevances provenant de l'un des Etats contractants payées à un résident de l'autre Etat contractant ne sont imposables que dans cet autre Etat lorsque ce résident en est le bénéficiaire effectif.

2) Le terme " redevances" employé dans le présent article désigne les rémunérations de toute nature payées pour l'usage ou la concession de l'usage d'un droit d'auteur sur une œuvre littéraire, artistique ou scientifique, y compris les films cinématographiques ou les enregistrements destinés à la télévision ou à la radio, d'un brevet, d'une marque de fabrique ou de commerce, d'un dessin ou d'un modèle, d'un plan, d'une formule ou d'un procédé secrets, ou pour la communication de données d'expérience à caractère industriel, commercial ou scientifique.

3) Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des redevances, résident d'un Etat contractant, exerce dans l'autre Etat contractant d'où proviennent les redevances soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que les droits ou les biens qui donnent lieu au paiement des redevances se rattachent effectivement à cet établissement stable ou à cette base fixe. Dans ce cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, suivant le cas, sont applicables.

4) Lorsque, en raison de relations spéciales existant entre le débiteur et le bénéficiaire effectif ou que l'un et l'autre entretiennent avec une tierce personne, le montant des redevances, compte tenu de la prestation pour laquelle elles sont payées, excède celui dont seraient convenus le débiteur et le bénéficiaire effectif en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. Dans ce cas, la partie excédentaire des paiements reste imposable selon la législation de chaque Etat contractant et compte tenu des autres dispositions de la présente Convention.

### *Article 13. Gains en capital*

1) Les gains qu'un résident d'un Etat contractant tire de l'aliénation de biens immobiliers situés dans l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat. Les gains provenant de l'aliénation d'actions, de droits ou de participation dans une société, une personne morale ou un partenariat, dont le capital comprend principalement des biens immobiliers situés dans un Etat contractant ou des droits dans cet Etat, peuvent être imposés dans l'Etat ou les biens immobiliers sont situés.

2) Les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers qui font partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un Etat contractant a dans l'autre Etat contractant, ou de biens mobiliers qui appartiennent à une base fixe dont un résident d'un Etat contractant dispose dans l'autre Etat contractant pour l'exercice d'une profession indépendante, y compris de tels gains provenant de l'aliénation de cet établissement stable (seul ou avec l'ensemble de l'entreprise) ou de cette base fixe, sont imposables dans cet autre Etat.

3) Les gains provenant de l'aliénation de navires, d'aéronefs exploités en trafic international, de bateaux engagés dans le transport fluvial et de biens mobiliers affectés à l'exploitation de ces navires, aéronefs ou bateaux, ne sont imposables que dans l'Etat contractant où se trouve le siège de direction effective de l'entreprise. Le paragraphe 3 de l'article 8 sera applicable par conséquent.

Le présent paragraphe ne s'applique qu'à la portion des gains du consortium de transport aérien scandinave (SAS) entre le Danemark, la Suède et la Norvège équivalente à la

participation dans le consortium du Det Danske Luftfartsselskap (DDL), le partenaire danois du Scandinavian Airlines System (SAS).

4) Les gains provenant de l'aliénation de tous biens autres que ceux visés aux paragraphes 1 à 3 ne sont imposables que dans l'Etat contractant dont le cédant est un résident.

5) Dans le cas d'une personne physique qui a été un résident d'un Etat contractant pendant au moins cinq ans et qui est devenue un résident de l'autre Etat contractant, le paragraphe 4 n'affecte pas le droit du premier Etat d'imposer selon sa législation intérieure, pour les actions de cette personne pour la période de temps précédant celle qui cours de laquelle le lieu de résidence a changé. Si les gains résultant d'une aliénation subséquente des actions sont imposés par l'autre Etat contractant conformément au paragraphe 4, l'autre Etat doit permettre que le montant équivalant à l'impôt sur le revenu payé dans le premier Etat mentionné soit déduit de l'impôt sur ce revenu. Le montant déduit ne doit pas néanmoins excéder la part de l'impôt sur le revenu calculé avant la déduction qui est due sur le revenu et qui peut être imposée dans le premier Etat mentionné conformément au présent paragraphe.

#### *Article 14. Professions indépendantes*

1) Les revenus qu'un résident d'un Etat contractant tire d'une profession libérale ou d'autres activités de caractère indépendant ne sont imposables que dans cet Etat, sauf si ce résident dispose de façon habituelle, dans l'autre Etat contractant, d'une base fixe pour l'exercice de ses activités. S'il dispose d'une telle base fixe, les revenus sont imposables dans l'autre Etat, mais seulement pour la fraction imputable à ladite base fixe.

2) L'expression "profession libérale" comprend notamment les activités indépendantes d'ordre scientifique, littéraire, artistique, éducatif ou pédagogique, ainsi que les activités indépendantes des médecins, dentistes, avocats, ingénieurs, architectes et experts-comptables.

#### *Article 15. Professions salariées*

1) Sous réserve des dispositions des articles 16 à 19, les salaires, traitements et rémunérations similaires qu'un résident d'un Etat contractant perçoit au titre d'un emploi salarié ne sont imposables que dans cet Etat, à moins que l'emploi ne soit exercé dans l'autre Etat contractant. Si l'emploi y est exercé, les rémunérations perçues à ce titre sont imposables dans cet autre Etat.

2) Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, les rémunérations qu'un résident d'un Etat contractant perçoit au titre d'un emploi salarié exercé dans l'autre Etat contractant ne sont imposables que dans le premier Etat si

a) Le bénéficiaire séjourne dans l'autre Etat pendant une ou des périodes n'excédant pas au total 183 jours au cours de l'année civile considérée ;

b) Les rémunérations sont payées par un employeur ou pour le compte d'un employeur qui n'est pas un résident de l'autre Etat ; et

c) La charge des rémunérations n'est pas supportée par un établissement stable ou une base fixe que l'employeur a dans l'autre Etat.

3) Nonobstant les dispositions précédentes du présent article, les rémunérations perçues au titre d'un emploi salarié exercé à bord d'un navire ou d'un aéronef exploité en trafic international ou à bord d'un bateau engagé dans le transport fluvial peuvent être imposées dans l'Etat contractant ou se trouve le siège de direction effective de l'entreprise. Si un résident du Danemark reçoit une rémunération pour un emploi à bord d'un aéronef exploité en trafic international par le consortium SAS, cette rémunération ne peut être imposée qu'au Danemark.

4) Les dispositions du paragraphe 2 ne s'appliquent pas aux rémunérations perçues au titre d'un emploi exercé dans le cadre du travail temporaire. Les autorités compétentes concluront, conformément à l'article 43, les accords nécessaires pour éviter un double prélèvement des impôts retenus à la source et garantir les droits fiscaux des deux Etats contractants.

#### *Article 16. Tantièmes et jetons de présence*

1) Les tantièmes, jetons de présence et rétributions similaires qu'un résident d'un Etat contractant reçoit en qualité de membre du conseil d'administration ou de surveillance, dirigeant ou membre de la direction d'une société résidente de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

2) Les salaires, gages et autres rémunérations perçues par un résident d'un Etat contractant ou par d'autres personnes en leur qualité d'administrateurs de sociétés ayant leur siège dans un autre Etat contractant, peuvent être conformément au droit commercial, imposés dans cet autre Etat.

#### *Article 17. Artistes et sportifs*

1) Nonobstant les dispositions des articles 7, 14 et 15, les revenus qu'un résident d'un Etat contractant tire de ses activités personnelles exercées dans l'autre Etat contractant en tant qu'artiste du spectacle, tel qu'un artiste de théâtre, de cinéma, de la radio ou de la télévision ou qu'un musicien, ou en tant que sportif, sont imposables dans cet autre Etat.

2) Lorsque les revenus d'activités qu'un artiste ou un sportif exerce personnellement et en cette qualité sont attribués non pas à l'artiste ou au sportif lui-même mais à une autre personne, ces revenus sont imposables, nonobstant les dispositions des articles 7, 14 et 15, dans l'Etat contractant où l'artiste ou le sportif exerce ses activités.

3) Les paragraphes 1 et 2 ne s'appliquent pas aux revenus tirés des activités exercées par des artistes ou des sportifs dans un Etat contractant lorsque le séjour dans cet Etat est financé entièrement ou en grande partie, directement ou indirectement, au moyen de fonds publics de cet autre Etat.

#### *Article 18. Pensions et versements analogues*

1) Sous réserve des dispositions du paragraphe 2 de l'article 19, les pensions et rémunérations similaires payées à un résident d'un Etat contractant pour un emploi précédent ne sont imposables que dans cet Etat.

2) Nonobstant le paragraphe 1, les sommes qu'un résident d'un Etat contractant perçoit au titre de la sécurité sociale légale de l'autre Etat contractant ne sont imposables que dans cet autre Etat.

3) Les indemnités périodiques et uniques qu'un Etat contractant ou l'une de ses collectivités locales paie à un résident de l'autre Etat contractant en compensation d'un dommage subi à la suite de faits de guerre ou d'une persécution politique ne sont imposables que dans cet Etat.

4) Si une personne physique qui était un résident d'un Etat contractant est devenue un résident d'un autre Etat contractant, le paragraphe 1 ou l'article 21 n'affectent pas le droit du premier Etat mentionné d'imposer conformément à ses dispositions intérieures légales les pensions, les pensions analogues et les rentes accumulées à la personne du premier Etat mentionné à moins que la personne ne soit devenue un résident de l'autre Etat avant l'entrée en vigueur de la Convention.

5) Le terme "rente" désigne une somme fixe payable périodiquement à échéances fixes, à titre viager ou pendant une période déterminée ou qui peut l'être, en vertu d'une obligation d'effectuer ces versements en contrepartie d'un capital suffisant intégralement versé en espèces ou en valeur appréciable en espèces.

6) La maintenance ou les paiements analogues qui trouvent leur source dans un Etat contractant et qui sont versés à un résident de l'autre Etat contractant ne sont imposés que dans l'autre Etat. En déterminant le revenu imposable d'une personne physique résidant dans la République fédérale d'Allemagne, le montant qui sera pris en considération en ce qui concerne l'entretien ou des paiements analogues à une personne physique qui réside au Danemark sera celui qui aurait été envisagé si la personne avait été soumise à une imposition illimitée dans la République fédérale d'Allemagne.

#### *Article 19. Fonction publique*

1) Les rémunérations, autres que les pensions, payées par un Etat contractant, l'une de ses régions, l'une de ses collectivités locales ou une autre personne morale de droit public de l'un des deux Etats à une personne physique au titre de services rendus ne sont imposables que dans cet Etat. Toutefois, ces rémunérations ne sont imposables que dans l'autre Etat contractant si les services sont rendus dans cet Etat, si la personne physique est un résident de cet Etat, si elle est un ressortissant de cet Etat et si elle n'est pas un ressortissant du premier Etat. Le premier Etat mentionné ne doit pas profiter du droit énoncé dans la première phrase pour lever des impôts conformément à sa législation.

2) Nonobstant l'article 18, les pensions payées par un Etat contractant, l'une de ses régions, l'une de ses collectivités locales ou une autre personne morale de droit public de l'un des deux Etats à une personne physique au titre de services rendus ne sont imposables que dans cet Etat.

3) Les dispositions des articles 15, 16 et 18 s'appliquent aux rémunérations et pensions payées au titre de services rendus dans le cadre d'une activité industrielle ou commerciale exercée par un Etat contractant, l'une de ses régions, l'une de ses collectivités locales ou une autre personne morale de droit public de l'un des Etats.

4) Les dispositions du paragraphe 1 et dans la mesure où l'alinéa a) est concerné, les paragraphes 1 et 2 s'appliquent également aux rémunérations payées,

a) Dans le cas de la République fédérale d'Allemagne, par la Deutsche Post AG, Deutsche Postbank AG, Deutsche Telekom AG, Deutsche Bundesbahn AG, aux fonctionnaires et la Deutsche Bundesbank, et au Danemark par la Post og Telegrafvaesenet, la De Danske Statsbaner et la Danmarks Nationalbank ;

b) Par ou pour l'Institut Goethe allemand, Det Danske Kulturinstitut, ainsi que pour des institutions analogues ou comparables qui seront déterminées par les autorités compétentes des Etats contractants et qui seront effectuées en considération des services rendus à ces institutions,

c) A partir des fonds publics d'un Etat contractant pour ajuster le salaire des professeurs employés de façon temporaire dans l'autre partie contractante, et à ces paiements qui sont prélevés sur des fonds publics directement ou indirectement par des institutions choisies par les autorités compétentes des Etats contractants.

L'article 15 s'appliquera si ces paiements ne sont pas imposables dans les Etats contractants d'où proviennent.

#### *Article 20. Etudiants*

Les sommes qu'un étudiant, un stagiaire ou une personne en apprentissage commercial qui est, ou qui était immédiatement avant de se rendre dans un Etat contractant, un résident de l'autre Etat contractant et qui séjourne dans le premier Etat à seule fin d'y poursuivre ses études ou sa formation reçoit pour couvrir ses frais d'entretien, d'études ou de formation ne sont pas imposables dans cet Etat, à condition qu'elles proviennent de sources situées en dehors de cet Etat.

#### *Article 21. Autres revenus*

1) Les revenus d'un résident de l'un des Etats contractants, d'où qu'ils proviennent, qui ne sont pas traités dans les articles précédents ne sont imposables que dans cet Etat.

2) Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas aux revenus autres que les revenus provenant de biens immobiliers, lorsque le bénéficiaire, résident de l'un des Etats contractants, exerce dans l'autre Etat contractant une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, ou exerce dans cet Etat une profession indépendante à partir d'une base fixe qui y est située, et que le droit ou le bien générateur des revenus se rattache effectivement à l'établissement ou à la base. En pareil cas, les dispositions de l'article 7 ou éventuellement de l'article 14 sont applicables.

#### *Article 22. Fortune*

1) Le capital représenté par les biens immobiliers que possède un résident d'un Etat contractant et qui sont situés dans l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat

2) Le capital représenté par les biens mobiliers qui font partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un Etat contractant possède dans l'autre Etat contractant, ou les biens mobiliers qui appartiennent à une base fixe dont un résident d'un Etat contractant dispose dans l'autre Etat contractant pour l'exercice d'une profession indépendante, sont imposables dans cet autre Etat.

3) Le capital représenté par les navires et les aéronefs exploités en trafic international et par des bateaux engagés dans le transport fluvial ainsi que les biens mobiliers affectés à leur exploitation ne sont imposables que dans l'Etat contractant où se trouve la direction effective de l'entreprise. Le paragraphe 3 de l'article 8 s'applique en conséquence. Le présent paragraphe ne s'applique pas à la portion du capital du consortium du SAS équivalente à la participation dans le consortium de Det Danske Luftfartsselskab (DDL), le partenaire danois du Scandinavian Airlines System (SAS).

4) Tous les autres éléments de la fortune d'un résident d'un Etat contractant ne sont imposables que dans cet Etat.

*Article 23. Activités liées  
aux études préparatoires et l'exploration des  
réserves d'hydrocarbures et à l'extraction des hydrocarbures*

1) Nonobstant les dispositions des articles 5 et 14, un résident d'un Etat contractant qui entreprend des activités liées aux études préparatoires et l'exploration des réserves d'hydrocarbures ainsi que l'extraction des hydrocarbures dans l'autre Etat contractant est considéré comme exerçant des activités économiques et commerciales dans l'autre Etat contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable ou d'une base fixe qui y est située.

2) Le paragraphe 1 ne s'appliquera pas si les activités sont entreprises pour 30 jours au maximum au cours d'une période de 12 mois. Néanmoins pour l'application du présent paragraphe, les activités exercées par une entreprise associée à une autre entreprise dans le sens de l'article 9 sont considérées comme des activités exercées par celle avec laquelle elle est associée si elles sont de même nature.

3) Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 et 2 les activités offshore d'une plateforme de forage ne seront considérées comme des activités exercées par un établissement stable que si elles sont exercées pendant plus de 365 jours pour une période de 18 mois. Néanmoins pour l'application du présent paragraphe, les activités exercées par une entreprise associée à une autre entreprise dans le sens de l'article 9 sont considérées comme des activités exercées par celle avec laquelle elle est associée si elles sont de même nature.

4) Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 et 2, les bénéfices versés par le résident d'un Etat contractant pour le transport de fournitures ou du personnel par bateau ou aéronef à un endroit dans l'autre Etat contractant où des activités offshore sont entreprises en vue d'études préparatoires et l'exploration de réserves d'hydrocarbures ainsi que l'exploitation d'hydrocarbures ou pour des opérations de barges ou de navires analogues sont imposés uniquement dans l'Etat contractant ou la direction effective de l'entreprise est située.

5) Les salaires, les gages et autre rémunération similaire reçus par un résident d'un Etat contractant pour l'emploi exercé à bord d'un navire ou d'un aéronef conformément au paragraphe 4 peuvent être imposés conformément au paragraphe 3 de l'article 15.

6) Nonobstant les dispositions de l'article 13 une plus-value versée à un résident d'un Etat contractant pour des activités de forage mentionnées dans le paragraphe 3 ne sera pas imposée dans l'autre Etat contractant si les activités de forge ne sont plus soumises à l'imposition dans cet Etat. Pour l'application de la présente Convention, l'expression "plus-value" signifie le montant par lequel la valeur en bourse dépasse la valeur résiduelle à laquelle s'ajoute la dépréciation calculée lors de l'aliénation.

*Article 24. Elimination de la double imposition*

1) Pour un résident de la République fédérale d'Allemagne, l'impôt est déterminé de la façon suivante :

a) Dans la mesure où les dispositions de l'alinéa b) ne s'appliquent pas, les revenus provenant du Danemark ainsi que les éléments de fortune situés au Danemark imposables au Danemark conformément à la présente Convention peuvent être imposés au Danemark. La République fédérale d'Allemagne se réserve cependant le droit de prendre en considération les revenus et éléments de fortune ainsi exclus lors de la fixation du taux d'imposition.

Les dispositions ci-dessus s'appliquent également aux revenus provenant de dividendes liés à des titres de participation dans des sociétés de capitaux qui sont payés à une société résidente de la République fédérale d'Allemagne par une société résidente de la Danemark et dont au moins 10 p. 100 du capital est détenu directement par la société allemande.

Aux fins de l'impôt sur la fortune, sont également exclus de l'assiette de l'impôt allemand les titres de participation dont les dividendes, au cas où ils seraient payés, devraient être exclus de l'assiette de l'impôt selon les phrases précédentes.

b) L'impôt danois qui a été acquitté selon le droit danois et conformément à la présente Convention sur les revenus ci-après est déduit, compte tenu de la législation fiscale allemande relative à la déduction des impôts étrangers:

aa) Les revenus de dividendes qui ne sont pas visés à l'alinéa a);

bb) Les revenus qui seraient imposables en Danemark conformément au paragraphe 1 de l'article 13, du paragraphe 4 de l'article 15, aux articles 16 et 17, au paragraphe 4 de l'article 18 et à l'article 23.

c) Si une société qui réside en Allemagne distribue des revenus qui proviennent du Danemark, les dispositions des alinéas a) et b) ne devraient pas interdire le prélèvement compensatoire d'impôt sur de tels revenus (Auschüttungsbelastung) conformément aux dispositions de la législation fiscale de la République fédérale d'Allemagne.

2) Pour un résident du Danemark, la double imposition est évitée de la manière suivante :

a) A l'exception des dispositions de l'alinéa f), lorsqu'un résident du Danemark perçoit des revenus qui, selon la présente Convention, sont imposables en République fédérale d'Allemagne, le Danemark doit permettre :

aa) La déduction de l'impôt sur le revenu de cette personne le montant correspondant à l'impôt sur le revenu payé à cet effet en République fédérale d'Allemagne. (y compris tout impôt sur les recettes municipales commerciales) [Gewerbeertragsteuer];



bb) La déduction de l'impôt sur la fortune de la personne, un montant équivalent de l'impôt sur la fortune payé dans la République fédérale d'Allemagne (y compris tout impôt municipal sur la fortune) [Gewerbekapitalsteuer].

b) La déduction ne doit pas néanmoins dépasser la part de l'impôt sur le revenu ou de l'impôt sur la fortune calculée avant la déduction et qui peut être attribuée selon le cas, à l'impôt ou au capital qui peuvent être imposés en République fédérale d'Allemagne.

c) A l'exception des dispositions prévues à l'alinéa d), les dividendes payés par une société résidente de la République fédérale d'Allemagne à une société résidente du Danemark qui possède directement ou indirectement 10 p. 100 du capital de la société qui paie les dividendes sont exemptés de l'impôt danois.

d) L'alinéa c s'applique uniquement dans les cas où :

aa) Les bénéficiaires à partir desquels les dividendes sont payés sont soumis à l'impôt général sur les sociétés dans la République fédérale d'Allemagne ou à un impôt comparable à l'impôt danois dans la République fédérale d'Allemagne ou dans un autre Etat ;

bb) Les dividendes payés par une société qui réside dans la République fédérale d'Allemagne sont des dividendes sur des titres de participation ou sur d'autres droits qu'elle détient dans une société résidente d'un Etat tiers et qui auraient été exonérés si les titres de participation générateurs des dividendes avaient été détenus directement par la société résidente du Danemark.

e) Si dans le cas de dividendes payés par une société résidente dans la République fédérale d'Allemagne à une société résidente au Danemark qui possède de la manière directe ou indirecte au moins 10 p. 100 du capital de la société qui paie les dividendes, ceux-ci ne sont pas exempts de l'impôt danois suivant l'alinéa c). Ces dividendes devront être déduits de l'impôt allemand (y compris la portion de l'impôt commercial municipal qui est due sur le montant perçu). Ce montant doit être payé par la société qui paie les dividendes sur le bénéfice à partir duquel les dividendes sont payés.

f) Lorsqu'un résident du Danemark reçoit des revenus ou possède des biens qui, selon la présente Convention, sont imposables en République fédérale d'Allemagne, ou qui peuvent être imposés selon les paragraphes 1 et 3 de l'article 15, ces revenus et ces biens peuvent servir de base au calcul de l'impôt et permettre que soit déduite de l'impôt sur le revenu et de l'impôt sur la fortune, la portion de l'impôt sur le revenu ou de l'impôt sur la fortune due sur les revenus provenant de la République fédérale d'Allemagne ou des propriétés qui y sont situées.

g) L'alinéa f) s'applique à des revenus qui peuvent être imposés dans la République fédérale d'Allemagne conformément aux paragraphes 1 et 3 de l'article 15 si les autorités compétentes au Danemark reçoivent des documents prouvant que des arrangements ont été faits pour que l'impôt allemand soit payé sur ces revenus.

3) Pour l'application du présent article, les bénéficiaires et les revenus d'un résident d'un Etat contractant seront considérés comme ayant leur source dans l'autre Etat contractant s'ils sont imposés dans l'autre Etat contractant conformément à la présente Convention.

CHAPITRE III. IMPOSITION DES SUCCESSIONS, HÉRITAGES ET DONATIONS

*Article 25. Règles d'imposition*

1) Les biens immobiliers qui font partie de la succession ou d'une donation d'un résident d'un Etat contractant et se trouvent dans l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

2) Les biens mobiliers d'une entreprise qui font partie de la succession ou d'une donation d'un résident d'un Etat contractant et

a) Représentent l'actif d'un établissement stable situé dans l'autre Etat contractant, ou

b) Servent à l'exercice d'une profession libérale ou d'une autre activité indépendante et appartiennent à une base fixe située dans l'autre Etat contractant sont imposables dans l'autre Etat.

3) Tous les autres biens qui font partie de la succession ou d'une donation d'un résident d'un Etat contractant ne sont imposables que dans cet Etat, quel que soit le lieu où ils se trouvent, sauf si l'article 26 en décide autrement.

*Article 26. Elimination de la double imposition*

1) En République fédérale d'Allemagne, la double imposition peut être évitée de la manière suivante :

a) Si le défunt était, lors de son décès, ou le donateur, lors de la donation, un résident de la République fédérale d'Allemagne, la République fédérale d'Allemagne déduit de son impôt, compte tenu de la législation allemande relative à la déduction des impôts étrangers, l'impôt payé au Danemark pour les biens imposables en Danemark conformément aux paragraphes 1 et 2 de l'article 24.

b) Si, lors du décès du défunt ou lors de la donation, un acquéreur était un résident de la République fédérale d'Allemagne, la République fédérale d'Allemagne impose l'acquisition de cette personne selon les dispositions de la législation allemande. Elle déduit toutefois de son impôt, compte tenu de la législation allemande relative à la déduction des impôts étrangers, l'impôt payé au Danemark pour l'ensemble de la fortune qui n'est pas imposable en République fédérale d'Allemagne conformément aux paragraphes 1 et 2 de l'article 25.

2) Au Danemark, la double imposition en Danemark est évitée de la manière suivante:

a) Si le défunt était, lors de son décès, ou le donateur, lors de la donation, un résident du Danemark, le Danemark déduit de l'impôt établi selon sa législation le montant correspondant aux impôts payés en République fédérale d'Allemagne pour les biens imposables en République fédérale d'Allemagne conformément aux paragraphes 1 et 2 de l'article 25.

b) Si, lors du décès du défunt ou lors de la donation, un acquéreur était un résident du Danemark selon la législation danoise et n'était pas en même temps un résident de la République fédérale d'Allemagne selon la législation allemande, le Danemark impose l'acquisition de cette personne selon les dispositions de la législation danoise. Elle déduit toutefois de l'impôt danois l'impôt payé en République fédérale d'Allemagne pour l'ensemble de la

fortune qui n'est pas imposable au Danemark conformément aux paragraphes 1 et 2 de l'article 25.

3) Le montant à déduire conformément au paragraphe 1 ou au paragraphe 2 ne peut toutefois excéder la partie de l'impôt allemand ou danois établi avant la déduction, qui frappe la fortune pour laquelle la déduction doit être accordée.

*Article 27. Règle des cinq ans*

1) Si le défunt était, lors de son décès, ou le donateur, lors de la donation,

a) Un ressortissant d'un Etat contractant sans être en même temps un ressortissant de l'autre Etat contractant;

b) S'il était imposé dans le premier Etat selon le droit fiscal de ce dernier comme un résident de cet Etat; et

c) S'il avait été un résident de l'autre Etat contractant pendant une durée maximale de cinq ans conformément à l'alinéa b) du paragraphe 1 de l'article 4, il est réputé être un résident de l'Etat contractant dont il était ressortissant.

2) Le paragraphe 1 s'applique mutatis mutandis à l'imposition d'un héritier ou d'un donataire lorsqu'il remplit personnellement les conditions visées au paragraphe 1 lors de la succession ou de la donation.

*Article 28. Déduction des dettes*

1) Les dettes garanties de façon particulière au moyen des biens visés au paragraphe 1 de l'article 25 sont déduites de la valeur de ces biens. Les dettes qui ne sont pas garanties de façon particulière au moyen des biens visés au paragraphe 1 de l'article 25 mais qui ont été contractées dans le cadre de l'acquisition, de la modification, de la remise en état ou de l'entretien desdits biens sont déduites de la valeur de ces biens.

2) Sous réserve du paragraphe 1, les dettes qui se rapportent à un établissement stable visé à l'alinéa a) du paragraphe 2 de l'article 25 ou à une base fixe visée à l'alinéa b) du paragraphe 2 de l'article 25 sont déduites de la valeur de l'établissement stable ou de la base fixe.

3) Les autres dettes sont déduites de la valeur des biens auxquels s'applique l'article 25.

4) Si une dette excède la valeur des biens dont elle doit être déduite dans un Etat contractant conformément aux paragraphes 1 ou 2, le montant en excédent est déduit de la valeur des autres biens imposables dans cet Etat.

5) Si, après les déductions à opérer au titre des paragraphes 3 ou 4, une dette subsiste dans un Etat contractant, elle est déduite de la valeur des biens imposables dans l'autre Etat contractant.

6) Si un Etat contractant est tenu, au titre des paragraphes 1 à 5, d'opérer une déduction de dettes supérieure à ce que prévoit sa législation, lesdits paragraphes ne s'appliquent que dans la mesure où l'autre Etat contractant n'est pas tenu de déduire les mêmes dettes au titre de sa législation intérieure.

CHAPITRE IV. ASSISTANCE EN MATIÈRE FISCALE

*Article 29. Règles générales*

- 1) Les autorités compétentes des Etats contractants se prêtent mutuellement assistance
  - a) En échangeant des renseignements,
  - b) En s'appuyant aux fins du recouvrement, y compris pour les mesures conservatoires, et
  - c) En communiquant des documents.
- 2) Font également l'objet d'une assistance les constatations et les autres mesures en faveur du contribuable ainsi que les mesures visant à éviter la double imposition. Cela vaut en particulier pour les mesures harmonisées dans le temps prises par les administrations fiscales. Si des mesures d'assistance peuvent entraîner une double imposition, celle-ci sera éliminée d'un commun accord dans le cadre de l'article 43.
- 3) Les tribunaux compétents en matière d'imposition peuvent se prêter mutuellement assistance en ce qui concerne l'impôt dans le cadre de leur compétence sur demande et par l'intermédiaire des autorités compétentes, conformément à la présente Convention.

*Article 30. Renseignements fournis sur demande particulière*

Sur la demande de l'autorité compétente d'un Etat contractant, l'autorité compétente de l'Etat requis fournit à l'Etat requérant les renseignements qui peuvent servir à déterminer de façon exacte les impôts dans cet Etat, la collecte de l'impôt et l'exécution des remboursements d'impôt ou la mise en œuvre de la présente Convention.

*Article 31. Renseignements fournis sans demande particulière*

- 1) L'autorité compétente d'un Etat contractant peut fournir à l'autorité compétente de l'autre Etat contractant les renseignements qui viennent à leur connaissance sans demande préalable lorsqu'il y a des raisons de présumer
  - a) Qu'il y a fraude fiscale dans l'autre Etat contractant
  - b) Qu'une réduction ou une exonération d'impôt accordée pourrait entraîner pour le contribuable une imposition ou une augmentation d'impôt dans l'autre Etat ;
  - c) Que des relations d'affaires entre un contribuable dans un Etat contractant et un contribuable dans un autre Etat contractant ont été instaurées par le biais d'Etats tiers aux fins d'évasion fiscale dans l'un ou dans les deux Etats contractants ;
  - d) Qu' il y a évasion fiscale par le biais d'une relocation artificielle de bénéfices dans un groupe de sociétés;
  - e) Que des faits ayant trait à la fourniture des renseignements par les autorités compétentes de l'autre Etat contractant sont pertinents pour la détermination exacte des impôts dans cet Etat.
- 2) Les autorités compétentes des Etats contractants peuvent aussi, à titre réciproque et conformément à leur législation intérieure, se communiquer sans demande particulière des

renseignements sur des faits analogues qui viennent à leur connaissance et qui peuvent être intéressants pour déterminer l'assiette de l'impôt, sa collecte et son remboursement à condition que les autorités compétentes se sont mis d'accord sur cette procédure. Les renseignements sont fournis si l'accord est public.

*Article 32. Information contradictoire*

Si les autorités compétentes d'un Etat contractant reçoivent des autorités compétentes de l'autre Etat contractant des renseignements relatifs à la situation fiscale d'une personne qui contredisent des informations dont elles disposent, elles doivent informer les autorités compétentes de l'autre Etat.

*Article 33. Recouvrement de créances fiscales*

1) Sur la demande de l'autorité compétente de l'un des Etats contractants, l'Etat requis procède, sous réserve du paragraphe 5 et de l'article 34, au recouvrement des créances fiscales du premier Etat comme s'il s'agissait de ses propres créances fiscales.

2) Le paragraphe 1 ne s'applique qu'aux créances fiscales qui font l'objet d'un titre exécutoire valide dans l'Etat requérant et ne sont pas contestées.

3) En ce qui concerne les créances fiscales liées à un défunt ou à son héritage, l'Etat requis ne recouvre les créances analogues que jusqu'à hauteur de la valeur de l'héritage ou de la partie de la fortune qui échoit à chaque bénéficiaire de la succession, selon que les créances doivent être payées sur la succession ou vis-à-vis des bénéficiaires de la succession.

4) Sur la demande de l'autorité compétente de l'un des Etats contractants, l'Etat requis prend des mesures de sûreté aux fins du recouvrement des impôts, même lorsqu'il a été formé opposition contre les créances fiscales ou qu'il n'a été délivré qu'un titre exécutoire provisoire ou établi à des fins de sûreté.

5) Les créances fiscales pour le recouvrement desquelles une assistance est fournie ne bénéficient pas dans l'Etat requis du droit de remboursement privilégié qui est accordé à titre particulier pour les créances fiscales de cet Etat.

6) L'Etat requis peut accorder un report de paiement ou un paiement échelonné lorsque cela est admis en pareil cas par sa législation ou sa pratique administrative ; il en informe l'Etat requérant.

*Article 34. Délais de prescription*

1) Les questions relatives aux délais de prescription touchant les créances fiscales relèvent exclusivement de la législation de l'Etat requérant. L'Etat requis n'est pas obligé de prendre des mesures pour le recouvrement d'un remboursement si sa propre législation ne rend pas possible le recouvrement. La demande de recouvrement doit contenir des indications relatives aux délais de prescription applicables aux créances fiscales.

2) Les mesures de recouvrement exécutées par l'Etat requis en vertu d'une demande et qui bloqueraient ou interrompraient le délai de prescription selon la législation de cet Etat

ont le même effet selon la législation de l'Etat requérant. L'Etat requis notifie à l'Etat requérant les mesures prises à cette fin.

*Article 35. Communication de documents*

1) Chacun des Etats contractants peut faire parvenir des documents directement par la poste à une personne sur le territoire de l'autre Etat contractant.

2) L'Etat requis remet, sur demande, au destinataire les documents, y compris les décisions judiciaires, qui proviennent de l'Etat requérant et qui concernent un impôt visé dans la Convention.

3) L'Etat requis remet les documents

a) Sous la forme prescrite par sa législation pour la remise de documents essentiellement semblables ;

b) Dans la mesure du possible sous la forme particulière souhaitée par l'Etat requérant ou sous une forme qui s'en rapproche le plus et qui est prévue par la législation de l'Etat requis.

4) La présente Convention ne peut être interprétée comme entraînant la nullité d'une présentation effectuée par un Etat contractant conformément à sa législation lorsqu'elle est contraire aux dispositions de la présente Convention.

*Article 36. Contenu et Réponse à la demande*

1) La demande doit indiquer, si c'est nécessaire :

a) L'autorité ou le bureau qui a fait la demande soumise par l'autorité compétente ;

b) Le nom, l'adresse et d'autres détails utiles pour l'identification de la personne concernée par la demande ;

c) S'il s'agit d'une demande de renseignements, la forme de la réponse que l'Etat requérant demande et à quelles fins.

d) S'il s'agit d'une demande d'appui pour le recouvrement d'impôts ou pour des mesures conservatoires, le type et la composition des demandes de remboursement et les biens à partir desquels le recouvrement peut être effectué ;

e) S'il s'agit d'une demande pour le service des documents, le type et la question traitée dans le document.

2) Les éléments suivants doivent être inclus selon les dispositions de l'article 33 :

a) Une déclaration indiquant que la demande de remboursement concerne un impôt entrant dans le cadre de la Convention et qu'un tel remboursement ne peut plus être contesté si une demande en recouvrement était présentée ;

b) Une copie officielle de l'instrument applicable juridiquement qui soit valable dans l'Etat requérant ;

c) Tout autre document exigé pour le recouvrement ou pour des mesures conservatoires.

3) L'Etat requérant doit informer l'Etat requis de tous renseignements supplémentaires relatifs à la demande dont il a connaissance.

4) Si la demande aboutit, l'Etat requis doit informer l'Etat requérant le plus rapidement possible des mesures prises et de leur résultat.

5) Si l'Etat requérant a demandé les renseignements sans une forme particulière, l'Etat requis, dans la mesure où il est position de le faire, doit fournir l'information dans la forme souhaitée.

*Article 37. Limites de l'obligation d'assistance*

1) Sous réserve des dispositions de l'article 34, la Convention ne fait pas obligation à l'Etat requis :

a) De prendre des mesures contraires à ses lois et à ses pratiques administratives ou contraires aux lois et pratiques administratives de l'Etat requérant ;

b) De prendre des mesures qui sont, selon lui, contraires à l'ordre public ou aux intérêts essentiels de l'Etat ;

c) De fournir des informations qui ne pourraient être obtenues en vertu de ses propres lois ou pratique administrative ou en vertu des lois ou pratiques administratives de l'Etat requérant;

(d) De fournir des informations qui pourraient révéler un secret commercial, industriel ou professionnel ou d'un procédé commercial qui risqueraient d'entraîner des dommages à l'ordre public et aux intérêts fondamentaux de l'Etat;

(e) D'accéder à une demande alors que l'Etat requérant n'a pas encore utilisé toutes les dispositions intérieures à sa disposition, hormis le cas où l'utilisation de ces mesures entraînerait des difficultés immenses et disproportionnées.

2) Si la demande d'assistance mutuelle est refusée, l'Etat requis doit informer l'Etat requérant de la décision le plus tôt possible et indiquer les raisons du refus.

*Article 38. Obligation de conserver le secret*

1) Les renseignements obtenus par l'un des Etats contractants en application de la présente Convention doivent être tenus secrets au même titre que des éléments connus par cet Etat conformément à sa législation intérieure ou aux dispositions plus strictes de l'Etat qui les a communiqués.

2) Ces renseignements ne peuvent être diffusés qu'aux personnes ou aux autorités (y compris les tribunaux et les autorités administratives) s'occupant de l'évaluation, la perception, le recouvrement forcé de l'impôt ainsi que l'exécution, le contrôle administratif, la procédure judiciaire et la procédure d'appel des questions qui y sont relatives dans cet Etat. Ces personnes ne peuvent utiliser l'information que dans ce but. Nonobstant le paragraphe 1, ils ne peuvent être divulgués lors de débats judiciaires publics ou de la publication de jugements que lorsque l'autorité compétente de l'Etat qui les a communiqués n'y fait pas opposition.

3) Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 et 2, les renseignements reçus par un Etat contractant peuvent être utilisés à d'autres fins si selon la législation de l'Etat qui fournit les renseignements, ceux-ci peuvent être utilisés dans d'autres buts et que les autorités compétentes de cet Etat en permettent l'utilisation. Les renseignements fournis par un Etat contractant à un autre Etat contractant peuvent être transmis par ce dernier à un Etat tiers après autorisation de l'autorité compétente du premier Etat

#### *Article 39. Recours*

1) Un recours contre les mesures prises par l'Etat requis en vertu de la présente Convention ne peut être introduit qu'auprès des autorités compétentes de cet Etat.

2) Un recours contre les mesures prises par l'Etat requérant dans le cas d'un recouvrement forcé qui concernent l'existence ou le montant de la créance fiscale ou le titre exécutoire ne peut être introduit qu'au grès des autorités compétentes de cet Etat. L'Etat requérant notifie sans délai à l'Etat requis qu'un recours a été introduit. A la réception de la notification, l'Etat requis suspend la procédure de recouvrement jusqu'à la décision de l'autorité compétente. L'Etat requis peut toutefois, si l'Etat requérant le lui demande, prendre des mesures de sécurité pour garantir le recouvrement. Tout intéressé peut également notifier l'introduction d'un recours à l'Etat requis. A la réception de la notification, l'Etat requis consultera, le cas échéant, l'Etat requérant.

3) Dès qu'une décision exécutoire a été prise au sujet du recours, l'Etat requérant ou l'Etat requis informe l'autre Etat de cette décision et de ses effets sur la demande d'assistance.

#### *Article 40. Coûts*

Les coûts ordinaires résultant d'une demande d'assistance sont à la charge de l'Etat requis. Si les coûts sont extraordinaires, ils seront à la charge de l'Etat requérant.

### CHAPITRE V. PROTECTION DES CONTRIBUABLES ET PROCÉDURE AMIABLE

#### *Article 41. Non-discrimination*

1) Les ressortissants d'un Etat contractant ne sont soumis dans l'autre Etat contractant à aucune imposition ou obligation y relative qui est autre ou plus lourde que celles auxquelles sont ou pourront être assujettis les ressortissants de cet autre Etat qui se trouvent dans la même situation, notamment en ce qui concerne la résidence. La présente disposition s'applique aussi, nonobstant le paragraphe 4 de l'article 2, aux ressortissants qui ne sont pas des résidents d'un Etat contractant ou des deux Etats contractants.

2) L'imposition d'un établissement stable qu'une entreprise d'un Etat contractant a dans l'autre Etat contractant n'est pas établie dans cet autre Etat d'une façon moins favorable que l'imposition des entreprises de cet autre Etat qui exercent la même activité. La présente disposition ne peut être interprétée comme obligeant un Etat contractant à accorder aux résidents de l'autre Etat contractant les déductions, abattements et réductions personnels d'impôt qu'il accorde à ses propres résidents.



3) A moins que les dispositions du paragraphe 1 de l'article 9, du paragraphe 4 de l'article 11, ou du paragraphe 4 de l'article 12 ne soient applicables, les intérêts, redevances et autres dépenses payés par une entreprise d'un Etat contractant à un résident de l'autre Etat contractant sont déductibles, pour la détermination des bénéfices imposables de cette entreprise, dans les mêmes conditions que s'ils avaient été payés à un résident du premier Etat. De même, les dettes d'une entreprise d'un Etat contractant envers les résidents de l'autre Etat contractant sont déductibles pour la détermination de la fortune imposable de cette entreprise, dans les mêmes conditions que si elles avaient été contractées envers un résident du premier Etat.

4) Les entreprises d'un Etat contractant dont le capital est en tout ou partie, directement ou indirectement, détenu ou contrôlé par un ou plusieurs résidents de l'autre Etat contractant ne sont soumises dans le premier Etat contractant à aucune imposition ni obligation y relative qui serait autre ou plus lourde que celle à laquelle sont ou pourront être assujetties les autres entreprises de même nature de ce premier Etat.

5) Le présent article s'applique, nonobstant l'article 2, aux impôts de toute nature ou dénomination.

#### *Article 42. Consultation*

1) Les autorités compétentes des Etats contractants s'efforcent, par voie d'accord amiable, de résoudre les difficultés ou de dissiper les doutes auxquels peuvent donner lieu, en général ou dans des cas particuliers, l'interprétation ou l'application de la Convention. Elles peuvent aussi se concerter sur la manière d'éliminer la double imposition dans les cas non prévus par la Convention ou d'éclaircir, au moyen d'un accord particulier, des questions se rapportant aux impôts visés par la Convention et qui résultent de critères différents entre les Etats contractants au sujet de l'assiette d'imposition ou d'autres raisons. Elles peuvent en outre se concerter pour atténuer ou résoudre d'autres difficultés résultant de différences entre leurs droits fiscaux et prévenir la fraude et l'évasion fiscales au plan international.

2) Les autorités compétentes des Etats contractants peuvent convenir, au moyen de consultations,

a) De dissiper les doutes futurs sur la question de savoir à quels impôts s'applique la Convention conformément au paragraphe 3 de l'article 2 ;

b) De déterminer comment doivent s'appliquer les dispositions de la Convention en matière de limitation, notamment celles des articles 10 à 12.

3) Les autorités compétentes des Etats contractants peuvent se concerter sur des réglementations générales, afin de garantir, sur la base de la Convention, le droit des contribuables à une application harmonisée de la Convention dans les deux Etats au moyen d'interprétations communes ou de procédures particulières.

#### *Article 43. Procédure amiable*

1) Si une personne estime que les mesures prises par un Etat contractant ou par les deux Etats contractants entraînent ou entraîneront pour elle une imposition non conforme aux dispositions de la présente Convention, elle peut, indépendamment des recours prévus

par le droit interne de ces Etats, soumettre son cas à l'autorité compétente de l'Etat contractant dont elle est un résident ou, si son cas relève du paragraphe 1 de l'article 41, à celle de l'Etat contractant dont elle possède la nationalité. Le cas doit être présenté dans un délai de trois ans à partir de la première notification de l'action qui a abouti à l'imposition non conforme aux dispositions de la Convention.

2) L'autorité compétente s'efforce, si la réclamation lui paraît fondée et si elle n'est pas elle-même en mesure d'y apporter une solution satisfaisante, de résoudre le cas par voie d'accord amiable avec l'autorité compétente de l'autre Etat contractant, en vue d'éviter une imposition non conforme à la Convention. L'accord est appliqué quels que soient les délais prévus par le droit interne des Etats contractants.

3) Les autorités compétentes des Etats contractants peuvent notamment se consulter, conformément à l'article 42 ou aux dispositions susmentionnées du présent article, pour décider d'un commun accord, dans la mesure du possible, que

a) Les bénéfices attribuables à une entreprise d'un Etat contractant et à son établissement stable situé dans l'autre Etat contractant sont imputés de manière concordante ;

b) Les bénéfices d'entreprises liées au sens du paragraphe 1 de l'article 9 sont délimités de façon concordante ;

c) Les revenus fiscalement assimilés, dans l'Etat d'où ils proviennent, à des revenus de parts de sociétés sont traités, dans l'autre Etat, comme des revenus provenant de dividendes et qui sont considérés dans l'autre Etat comme autre revenu.

d) Les dettes, en cas d'impôt sur la fortune, sur les successions, sur les héritages et sur les donations, sont traitées de manière concordante.

#### *Article 44. Procédure*

1) Les autorités compétentes des Etats contractants peuvent communiquer directement entre elles en vue de parvenir à un accord au sens des articles 42 et 43.

2) Lorsque des échanges de vues oraux semblent souhaitables pour parvenir à un accord, ces échanges peuvent avoir lieu par l'intermédiaire d'une commission composée de représentants des autorités compétentes des Etats contractants.

3) Les autorités compétentes peuvent charger d'un commun accord un comité indépendant de rendre un avis d'expert sur une question qu'elles lui soumettent.

4) Si la procédure se rapporte à un cas d'espèce, les personnes concernées doivent être entendues.

### CHAPITRE VI. DISPOSITIONS PARTICULIÈRES

#### *Article 45. Application de la Convention dans des cas particuliers*

1) L'Etat de résidence évite la double imposition non pas au moyen d'une exonération à accorder conformément à l'article 24 mais d'une déduction conforme aux principes énoncés dans ledit article,

a) Lorsque des revenus ou des éléments de fortune sont classés sous des dispositions conventionnelles différentes ou sont imputés à des personnes différentes dans les Etats contractants (sauf selon l'article 9) et que ce conflit ne peut être réglé par une procédure visée au chapitre V et les revenus ou les éléments de fortune en question ne seraient pas imposés ou le seraient trop peu en raison de ce classement ou de cette imputation différents, ou

b) Lorsque l'Etat de résidence, après une consultation en bonne et due forme et sous réserve des limites fixées par sa législation intérieure, a notifié par la voie diplomatique à l'autre Etat contractant d'autres revenus auxquels il entend appliquer le présent paragraphe. La notification ne prendra effet qu'au premier jour de l'année civile suivant celle au cours de laquelle elle a été transmise et où toutes les conditions légales fixées par la législation intérieure de l'Etat notificateur pour son entrée en vigueur sont remplies.

2) La présente Convention ne peut être interprétée comme

a) Permettant de se soustraire à l'obligation fiscale dans un Etat contractant par l'abus de possibilités d'action judiciaire tendant à faire modifier une situation juridique ;

b) Empêchant la République fédérale d'Allemagne de prélever ses impôts sur des montants à imputer au revenu d'un résident de la République fédérale d'Allemagne conformément à la quatrième partie de la Loi allemande sur les impôts extérieurs ;

c) Empêchant le Danemark de prélever ses impôts au titre de dispositions correspondant, quant au but et à l'effet, à celles de l'alinéa b).

Lorsque les dispositions susmentionnées entraînent une double imposition, les autorités compétentes se concertent conformément au paragraphe 3 de l'article 43 sur les moyens d'éviter la double imposition.

#### *Article 46. Remboursement d'impôts déduits à la source*

1) Si des impôts sont prélevés par voie de retenue à la source dans l'un des Etats contractants sur des dividendes, des intérêts, des redevances ou d'autres revenus perçus par un résident de l'autre Etat contractant, le droit du premier Etat de procéder à la retenue selon le pourcentage prévu par sa législation intérieure n'est pas modifié par la présente Convention

2) L'impôt prélevé à la source doit cependant être remboursé sur la demande du contribuable si la collecte d'un tel impôt est interdite par la Convention.

3) Les demandes de remboursement doivent être présentées avant la fin de la quatrième année suivant l'année civile du paiement des dividendes, intérêts, redevances ou autres revenus.

4) L'Etat contractant d'où provient le revenu peut demander une attestation officielle de l'Etat contractant où réside le contribuable indiquant qu'il remplit les conditions de l'assujettissement illimité à l'impôt dans cet Etat.

5) Les autorités compétentes peuvent régler d'un commun accord les modalités d'application des dispositions susmentionnées conformément à l'article 43.

6) Les autorités compétentes des Etats contractants peuvent établir par accord mutuel d'autres procédures pour la mise en œuvre des mesures d'imposition prévues dans la présente Convention.

*Article 47. Membres des missions diplomatiques ou consulaires  
et des postes consulaires*

1) Les dispositions de la présente Convention ne portent pas atteinte aux privilèges fiscaux dont bénéficient les membres des missions diplomatiques ou des postes consulaires ainsi que des organisations internationales en vertu soit des règles générales du droit international, soit des dispositions d'accords particuliers.

2) Si des revenus ou des éléments de fortune ne sont pas imposés dans l'Etat d'accueil du fait de tels privilèges, le droit d'imposition revient à l'Etat d'envoi.

3) Nonobstant les dispositions de l'article 4, une personne qui est membre d'une mission diplomatique ou d'un poste consulaire d'un Etat contractant situés dans l'autre Etat contractant ou dans un Etat tiers est réputée être un résident de l'Etat d'envoi aux fins de la Convention si

a) Elle n'est pas imposée dans l'Etat d'accueil, selon le droit international, sur des revenus provenant de sources situées hors de cet Etat, et

b) Elle est soumise, dans l'Etat d'envoi, aux mêmes obligations fiscales pour ses revenus globaux qu'un résident de cet Etat.

4) La Convention ne s'applique pas aux organisations internationales, à leurs organes ou employés, ni aux membres des missions diplomatiques ou des postes consulaires d'un Etat tiers qui sont présents dans l'un des Etats contractants mais dont les revenus ou la fortune ne sont imposés dans l'un ou l'autre des Etats contractants comme s'ils étaient des résidents de ces Etats.

*Article 48. Extension territoriale*

1) La présente Convention peut être étendue soit dans sa totalité, soit avec des modifications à n'importe quelle partie du territoire des Etats contractants qui ont été exclues de l'application de la convention et dans lesquels les impôts collectés sont comparables essentiellement aux impôts auxquels la Convention s'applique. Cette extension territoriale y compris les modifications et conditions relatives à la dénonciation prendront effet à la date à partir de laquelle les parties contractantes se sont entendues par l'échange de notes diplomatiques ou par tout autre moyen conforme aux constitutions des Etats.

2) A l'exception des dispositions sur lesquelles les deux Etats contractants se sont entendus, lorsqu'une partie contractante dénonce la Convention conformément à l'article 50, l'application de la Convention prend fin selon la procédure prévue par cet article dans la partie du territoire de l'Etat contractant à laquelle la Convention a été étendue selon les termes du présent article.

*Article 49. Entrée en vigueur*

1) La présente Convention sera ratifiée et les instruments de ratification seront échangés dès que possible à Copenhague.

2) La présente Convention entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification et ses dispositions s'appliqueront, dans les deux Etats contractants,

a) En ce qui concerne l'impôt sur le revenu, et sur la fortune, durant l'année fiscale identique ou qui remplace l'année civile qui suit immédiatement l'année au cours de laquelle la Convention est entrée en vigueur et dans les années suivantes au cours desquelles le revenu est perçu ;

b) En ce qui concerne l'impôt sur les successions, aux héritages de personnes décédées à partir du 1er janvier de l'année civile postérieure à celle de l'entrée en vigueur de la Convention et, en ce qui concerne l'impôt sur les donations, aux donations exécutées à partir du 1er janvier de ladite année ;

c) En ce qui concerne les actes d'assistance effectués à partir du 1er janvier de l'année civile postérieure à celle de l'entrée en vigueur de la Convention ;

d) En ce qui concerne les impôts déduits à la source sur les dividendes, les intérêts, les redevances, aux montants payés ou déduits à partir du 1er janvier de l'année civile suivant l'année au cours de laquelle la Convention est entrée en vigueur.

3) La Convention signée entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Danemark à Copenhague le 30 janvier 1962 pour éviter la double imposition et sur la coopération juridique et administrative mutuelle dans le domaine des impôts sur le revenu et sur la fortune, l'impôt commercial municipal sur les propriétés et bâtiments cesseront de s'appliquer dès l'entrée en vigueur de la présente Convention en ce qui concerne les impôts auxquels la Convention s'applique conformément au paragraphe 2.

#### *Article 50. Période de validité et Dénonciation*

La présente Convention restera en vigueur pendant une durée indéterminée, mais chacun des Etats contractants pourra, jusqu'au 30 juin de toute année civile postérieure à la cinquième année suivant la date de son entrée en vigueur, adresser à l'autre Etat contractant, par la voie diplomatique, une notification écrite de dénonciation ; dans ce cas, elle cessera d'être applicable dans les deux Etats,

a) En ce qui concerne l'impôt sur le revenu, aux revenus perçus à partir du 1er janvier de l'année civile postérieure à celle de la dénonciation, et, en ce qui concerne l'impôt sur la fortune, aux impôts prélevés sur les éléments de fortune existant à partir du 1er janvier de l'année civile postérieure à celle de la dénonciation ;

b) En ce qui concerne l'impôt sur les successions, aux héritages de personnes décédées à partir du 1er janvier de l'année civile postérieure à celle de la dénonciation, et, en ce qui concerne les donations, aux donations exécutées à partir du 1er janvier de ladite année ;

c) En ce qui concerne les actes d'assistance effectués à partir du 1er janvier de l'année civile postérieure à celle de la dénonciation ;

d) En ce qui concerne les impôts déduits à la source des dividendes, intérêts et redevances ainsi que montants payés crédités à partir du 1er janvier de l'année civile suivant l'année de la dénonciation.

Fait à Bonn le 22 novembre 1995 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et danoise les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

PETER HARTMANN

DR THEO WAIGEL

Pour le Royaume de Danemark :

MARIANNE JELVED

ANNEXE

La Convention s'applique aux impôts ci-après existant actuellement :

**1. Dans la République fédérale d'Allemagne :**

Chapitre II

- a) L'impôt sur le revenu,
- b) L'impôt sur les sociétés,
- c) L'impôt sur la fortune,
- d) L'impôt sur le revenu des communes
- e) L'impôt foncier,
- f) La surtaxe de solidarité sur l'impôt sur le revenu et l'impôt sur la fortune

Chapitre III

L'impôt sur les successions et les donations

Chapitre IV

- a) Les impôts visés aux chapitres II et III
- b) L'impôt sur le chiffre d'affaires
- c) Droit de mutation foncière
- d) La taxe d'assurance
- e) La taxe sur les véhicules automobiles (f) La taxe épiscopale (g) La taxe sur les boissons
- h) La taxe sur les spectacles et les divertissements
- i) les redevances supplémentaires pour retard, les amendes pour retard, intérêts et frais.

**2. Au Danemark**

Chapitre II

- a) L'impôt de l'État sur le revenu
- b) L'impôt sur le revenu des communes
- c) L'impôt sur le revenu des districts
- d) Taxe spéciale sur le revenu
- e) Taxe épiscopale
- f) Taxes retenues sur les dividendes
- g) Taxe sur les intérêts
- h) Taxe sur les redevances
- i) Taxe collectées selon l'Acte sur l'imposition de revenus provenant des hydrocarbures
- j) Impôt de l'Etat sur la fortune

Chapitre III

Impôt sur les successions et les donations

Chapitre IV

- a) Taxes énumérées dans les chapitres II et III
- b) Taxe sur les exonérations des propriétés et des immeubles
- c) Taxe foncière communale d) taxe foncière de district
- d) Taxe sur les véhicules automobiles f) taxe sur l'assurance d'une tierce partie sur les véhicules à moteur
- g) Les pénalités de retard, les surtaxes de retard, les intérêts et frais.



PROTOCOLE

La République fédérale d'Allemagne

et

le Royaume de Danemark

A l'occasion de la signature de la Convention entre les deux Etats pour éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune ainsi que sur les successions et les donations et concernant l'assistance mutuelle en matière d'imposition fiscale (Convention fiscale germano-danoise) à Bonn le 22 novembre 1995 sont convenus des dispositions suivantes concernant le chapitre IV qui sera partie intégrale de la Convention :

Lorsque conformément à la présente Convention et à la législation intérieure, des données personnelles sont transmises, les dispositions suivantes s'appliquent :

a) l'utilisation des données par l'Etat qui les reçoit n'est permise que pour les buts énoncés dans l'article 38 et selon les conditions qui sont énumérées ;

b) L'Etat qui reçoit les données doit informer l'Etat qui les transmet, s'il le lui demande, comment ces données seront utilisées et les conséquences de leur utilisation;

c) L'Etat qui transmet les données doit s'assurer que celles-ci sont précises, indispensables et appropriées. A cet égard, les interdictions de transmissions figurant dans les législations intérieures doivent être observées ainsi que les dispositions de l'article 37. Si des données fausses sont transmises, l'Etat qui les reçoit doit en être immédiatement informé. Cet Etat devra corriger ces données ou les détruire.

d) Si la partie concernée le demande, elle doit recevoir les renseignements sur les données transmises à son propos et l'usage qui en est fait. Il n'y aura pas d'obligation de fournir des informations si, après analyse, on estime que l'intérêt public est mieux servi en ne fournissant pas les informations sur les données. Quoi qu'il en soit, le droit de la partie concernée de recevoir des informations à propos de données qui la touche qui ont été transmises est déterminé par la législation intérieure de l'Etat contractant à laquelle la demande a été présenté.

e) Si une personne subit des dommages inconsiderés du fait de la transmission d'information échangée selon les termes de la Convention, l'Etat qui a reçu les données est responsable de ces dommages conformément à sa législation intérieure. L'Etat qui a reçu les données ne peut pas faire valoir à la partie (affectée) l'argument selon lequel le dommage a été causé par l'Etat contractant qui les a transmises.

f) Si selon la législation intérieure de l'Etat qui les transmet, les données doivent être détruites pendant des périodes spécifiques, l'attention doit être attirée sur ces délais au moment de la transmission. Indépendamment de ces délais, les données personnelles transmises doivent être détruites si elles ne sont plus nécessaires.

g) Les Etats contractants qui transmettent et qui reçoivent les données doivent enregistrer la transmission et la réception des données personnelles.

h) Les Etats contractants qui transmettent et qui reçoivent les données doivent les protéger de façon affective contre des accès non autorisés ainsi que contre leur modification et leur publication.